Res.
Austr.
5508
1

Neun Reden

für

den Anſchluß Oeſterreichs an Deutſchland,

gehalten in der Paulskirche

von den Abgeordneten

Eiſenmann von Würzburg, **Reitter** von Prag, **Giskra** von Wien, **Wagner** von Steyr, **Schneider** von Wien, **Uhland** von Tübingen, **Berger** von Wien, **Groß** von Prag und **Wurm** von Hamburg.

Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

1848.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Res.
Austr. 5508 i

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Res.
Austr. 5508 i

37 - NEUN REDEN FÜR DEN ANSCHLUSS OESTERREICHS AN DEUTSCHLAND, gehalten in der Paulskirche von den Abgeordneten Eisenmann von Würzburg, Reitter von Prag, Giskra von Wien, Wagner von Steyr, Schneider von Wien, Uhland von Tübingen, Berger von Wien, Groß von Prag und Wurm von Hamburg. Frankfurt am Main, J. D. Sauerländer´s Verlag 1848. 8°. 92 (1) S., Heftstreifen. - (EA). (858,-) 6.000,-

Friedlaender 82. (Uhland:) WG 26; Hirschberg 518. - Schwach stockfleckig. - Erstausgabe der berühmten „Neun Reden für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland". - „30 Abgeordnete haben über diesen Gegenstand in vier Sitzungen das Wort ergriffen... Wer mit Aufmerksamkeit die (hier abgedruckten) bedeutenderen Reden ... liest, dem werden folgende drei Wahrheiten klar werden: Erstens: Keine Freiheit in Oesterreich ohne dessen innigsten Anschluß an Deutschland! ... Drittens: Kein mächtiges Deutschland ohne die österreichisch - deutschen Provinzen". - Mit dem Erstdruck der Rede Ludwig Uhlands (S. 67 - 70), der Mitglied des Siebzehnerrats und (liberaler) württembergischer Abgeordneter der Nationalversammlung in Frankfurt war: „...Eben weil es gährt, müssen wir die Form bereit halten, in die das siedende Metall sich ergießen kann, damit die blanke, unverstümmelte, hochwüchsige Germania aus der Grube steige. (Anhaltendes Bravo!)" (Schlußworte von Uhlands Rede). - Sehr selten. – L 14.

07/98

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Einleitung.

Als in Folge der deutſchen März-Revolution die geſinnungstüchtigſten Männer des Volkes durch ihren Zuſammentritt das Vorparlament in Frankfurt gebildet und nach kurzen aber inhaltsſchweren Verhandlungen den Grundſtein zu einer Volksvertretung für ganz Deutſchland gelegt hatten, da wurde dieſes Morgenroth der Einigung des ganzen deutſchen Volkes von allen Patrioten in Oeſterreich mit Jubel begrüßt. Dieſe warme Sympathie für die deutſche Sache in Oeſterreich wurde die feſteſte Stütze der in Wien errungenen Freiheit. Nur zu bald erkannten die Gegner dieſer Freiheit die Unmöglichkeit ſie mit Erfolg zu bekämpfen, ſobald die in Oeſterreich lebenden Deutſchen die Kluft wieder ausfüllen, welche ſie von ihren übrigen Brüdern in Deutſchland trennte und die nur ein Werk der treuloſen Politik der Fürſten war. Das ganze lichtſcheue Heer der Privilegirten des alten Metternichiſchen Syſtems verſuchte nun durch heuchleriſche Phraſen in Schrift und Wort das biedere deutſche Volk in Oeſterreich zu bethören und ihm Liebe einzuflößen für ein Trugbild, das ſie ein großes Oeſterreich nannten. Dieſe Menſchen gingen in ihrer Gewiſſensloſigkeit ſo weit, die argloſen Slaven, die bisher in inniger Brüderlichkeit mit den Deutſchen lebten, durch verlockende Begünſtigungen, durch ein Hinweiſen auf ein ſlaviſches Oeſterreich zu beſtechen und gegen das Deutſchthum zu ſtacheln. Leider nur zu gut iſt es Ihnen gelungen die Slaven von ihren beſten und aufrichtigſten Freunden — den Deutſchen — zu trennen. Zu ſpät erblickte das deutſche Wien die Falle, welche ihm die ſchwarzgelbe Politik der Höflinge geſtellt hatte; es empörte ſich zwar bei dem Anblicke der Mittel, deren man ſich bediente um Ungarn zu knechten, aber es war zu ſpät; das deutſche Wien hatte in den ſlaviſchen Provinzen der Feinde bereits ſo Viele, daß es der Camarilla möglich wurde die ganze Militärmacht dieſen Provinzen zu entziehen, um damit Wien zu erdrücken. — Der kecke Brief eines Jellachich, der es auf ſich nehmen will, ganz Oeſterreich ſlaviſch zu machen; die freiheitsmörderiſche Proklamation eines Windiſch-Grätz, der mit ſeinen in Prag mit Blumen bekränzten Kanonen das edle Volk von Wien hinſchlachtete; Alles dieſes wird endlich den Deutſchen in Oeſterreich die Augen geöffnet und ihnen gezeigt haben, daß man ſie nur darum von Deutſchland trennen wollte, um ſie dann wieder deſto leichter knechten zu können. —

Während dieſer raſchen und blutigen Entwickelung der Dinge in Oeſterreich wurde in der deutſchen Nationalverſammlung zu Frankfurt über die erſten Paragraphen der deutſchen Verfaſſung berathen, in welchen Paragraphen beſonders das Verhältniß Oeſterreich's zu Deutſchland feſtzuſtellen war. In dem Entwurfe, der vom Verfaſſungsausſchuſſe der Nationalverſammluag vorgelegt wurde, lauten die drei erſten Paragraphen alſo:

§ 1. Das deutſche Reich beſteht aus dem Gebiet des bisherigen deutſchen Bundes. Die Verhältniſſe des Herzogthums Schleswig und die Grenzbeſtimmung im Großherzogthum Poſen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten. —

§ 2. Kein Theil des deutſchen Reiches darf mit nichtdeutſchen Ländern zu **Einem** Staate vereinigt ſein.

(Zu dieſem Paragraphen haben nur 4 Mitglieder des Verfaſſungsausſchuſſes folgendes Minoritätserachten beigefügt: Inſofern die eigenthümlichen Verhältniſſe Oeſterreich's die Ausführung dieſes § 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinſichtlich deſſelben nicht zulaſſen, ſoll die angeſtrebte Einheit und Macht Deutſchland's im größtmöglichen Maaße durch den innigſten Anſchluß Oeſtereich's an Deutſchland im Wege des völkerrechtlichen Bündniſſes zwiſchen der Reichsgewalt und der öſterreichiſchen Regierung erzielt werden.)

§ 3. Hat ein deutſches Land mit einem nichtdeutſchen Lande daſſelbe Oberhaupt, ſo iſt das Verhältniß zwiſchen beiden Ländern nach den Grundſätzen der reinen Perſonalunion zu ordnen.

Hören wir nun die Worte, welche der Berichterſtatter des Verfaſſungsausſchuſſes dieſem Entwurfe vorangehen ließ.

Motive.

Ihr Ausſchuß, dem die Ehre geworden iſt, den Entwurf einer Verfaſſung für Deutſchland vorzulegen, und der Ihnen zunächſt die Abſchnitte, welche das Reich und die Reichsgewvlt betreffen, vorlegt, fühlt in vollem Maaße die Schwierigkeiten ſeiner Aufgabe. Der Ausſchuß erkennt die Pflicht, auf einer Seite ſich ebenſo vor einer gefährlichen Gleichgiltigkeit gegen die beſtehenden Verhältniſſe und vor übereilten Verſuchen zu hüten, nur ein vorſchwebendes Ideal verwirklichen zu wollen, das nur in das Leben geführt werden könnte, wenn auf völlig neue Grundlagen die Verfaſſung gebaut werden dürfte, auf der anderen Seite aber ein ängſtliches Feſthalten an den beſtehenden Einrichtungen und eine Halbheit zu vermeiden, deren Früchte von Niemanden mit Vertrauen begrüßt werden würden. Neue Verfaſſungen haben die Bürgſchaft ihres Beſtehens nur, wenn ſie aus den innerſten Verhältniſſen des Volkes, dem ſie beſtimmt ſind, hervorgegangen, in den nationalen Anſichten und Bedürfniſſen ihre Wurzel haben, und das Mögliche und Erreichbare unter gegebe-

nen Verhältniſſen zu verwirklichen ſuchen. — Es kann nicht darauf ankommen, das alte Gebäude neu zu übertünchen, oder einen neuen Balken einzuſchieben; es bedarf einer Umgeſtaltung unſerer bisherigen Verfaſſung mit neuen Elementen, neuen Grundformen, berechnet auf den erhabenen Zweck, Deutſchland's Größe und Macht dauernd zu begründen. — Wenn wir auch nicht verkennen, daß wie jede menſchliche Einrichtung, ſo auch eine neue Verfaſſung nur allmählig ſich fortbilden wird, daß unrichtige Auffaſſungen und manche über neue Opfer Einzelner hervorgebrachte Verſtimmungen im Laufe der Zeit verſchwinden und ein organiſches Zuſammenwachſen der Verhältniſſe nur das Werk der Zeit ſein kann, ſo durfte uns dieß nicht dazu bringen, zuviel der künftigen Entwickelung zu überlaſſen. Wir mußten die Mahnung der Zeit, die Stimme des erwachten Volksgeiſtes, die Forderungen des Volkes vollſtändig beachten, und ſchon jetzt alle jene Grundzüge des künftigen verfaſſungsmäßigen Lebens Deutſchland's durchführen, ohne welche jeder ſpäteren Ausbildung die Grundbedingung ihrer Wirkſamkeit fehlen würde. — Deutſchland bietet das Verhältniß einer Reihe von einander unabhängiger, durch mancherlei Stammesintereſſen und Verſchiedenheit der Gewohnheiten getrennter Staaten, durch politiſche Verhältniſſe und Vorurtheile früher entfremdeter Völkerſchaften dar; während ein großes geiſtiges, in der Grundabſtammung wurzelndes, auf Gemeinſinn von Sitten, Anſichten, Bedürfniſſen und Gleichförmigkeit vieler Verhältniſſe beruhendes Band jene Staaten dauernd umſchlang. — Bis zum Jahr 1806 war wenigſtens durch die freilich ſchon ſeit dem weſtphäliſchen Frieden und durch die Uebermacht einzelner Fürſten erſchütterte Reichsverfaſſung die Idee einer Einheit des Reichs in dem Volksbewußtſein. Nach den Befreiungskriegen lebte dieſe Idee wieder mit neuer Stärke auf; man hoffte in neuer, den Intereſſen des Volks entſprechender Form ein einig verbundenes Reich erſtehen zu ſehen; aber an dem Souveränitätsſchwindel einzelner Fürſten, die nichts opfern wollten, an der Eiferſucht der zwei Großmächte, an der Uebereilung, mit welcher die Bundesacte bearbeitet wurde, ſcheiterte das neue Werk. — Für die deutſchen Staaten, ſelbſt wieder als große, mittlere und kleinere auftretend, beſtand ſeit 1815 ein völkerrechtlicher Verein, ein Staatenbund, der ſich als Zweck nur die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutſchland's und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Staaten ſetzte. In dieſem Staatenbunde machte ſich in jedem Augenblick die Beſorgniß jedes Staates geltend, zuviel Rechte dem Bunde zu opfern; die vielſeitige Eiferſucht, das Mißverhältniß einiger großen Staaten zu den kleinen, erzeugte Reibungen oder Gleichgiltigkeit und hinderte ein raſches, kräftiges Einſchreiten in Fällen, in welchen es nothwendig geweſen wäre. Jeder Staat hatte nur ſo viele Pflichten dem Bunde

gegenüber zu erfüllen, als er durch den Bundesvertrag übernommen hatte. Die volksthümliche Entwickelung fehlte ebenſo, als es an einer Macht mangelte, der ſich die einzelnen Staaten unterwerfen mußten. Das Bedürfniß der Umgeſtaltung einer Form, die dem Feinde Spott, dem Freunde Schmerz bereitete, wurde lange gefühlt. Die würdigen Anträge einzelner Vaterlandsfreunde auf Verbeſſerung wurden nicht gehört, und ſelbſt oft als verbrecheriſch betrachtet; bis endlich die große Bewegung im März d. J. der Volksſtimme Kraft und Nachdruck gab. Eine neue Bundesform, die zwiſchen der Einheitsregierung und der bisherigen Form des Staatenbundes in der Mitte ſteht, die Form des **Bundesſtaats** kann nach der allgemeinen Anſicht allein den Forderungen genügen, nur ſie kann zunächſt den beſtehenden Verhältniſſen und Intereſſen Deutſchland's entſprechen. Nach dieſer Form erſcheinen die Einzelſtaaten als Individuen, die zu einem mächtigen Staate ſich verbanden, ſo daß jeder einer gemeinſchaftlichen Staatsgewalt, die auf der Bundesverfaſſung beruht, ſich unterwirft. Jene Bundesgewalt leitet zu Einem Ziele, ſie ſchützt gegen Außen, ſie verwirklicht jene Anſtalten im Innern, die durch gemeinſchaftliche Intereſſen in das Leben gerufene Bedingungen der Einheit Deutſchland's ſind. Die Geſetze jener Bundesgewalt werden nicht erſt für den Bürger jedes einzelnen Staats verbindlich, wenn die Regierung dieſes Staats ſie verkündigt; jeder Bürger jedes Einzelſtaates, ſowie er ein Reichsbürgerrecht mit großen Vortheilen neben ſeinem Staatsbürgerrecht gewinnt, iſt auch als Bürger des großen Vaterlandes den Geſetzen des Reichs von dem Augenblick an unterworfen, als das Geſetz von der Reichsgewalt verkündet iſt. — Dieſer Bundesſtaat beruht auf einer herrlichen Vereinigung von zwei Elementen, dem nationalen Elemente der Gemeinſamkeit, und dem Elemente particularer Eigenthümlichkeit. In weiſer Vertheilung erhält jedes Element Das, was ihm nothwendig zugehöret. Der Einzelſtaat iſt frei und ungehindert in ſeiner Entwickelung, ſoweit nicht die Geſammtheit Opfer verlangt; aber er iſt als Glied dem Ganzen unterworfen. Die Bundesgewalt verwirklicht den Nationalwillen, aber ſie iſt beſchränkt durch organiſche Geſetze, welche nach dem Zwecke der Bundesverfaſſung die Grenzen der Macht beſtimmen; ſie fordert Gehorſam von jedem Einzelſtaate, ſoweit dieß nothwendig zur Erreichung des Bundeszwecks iſt. — Wurzelnd im Geſammtwillen, der durch die vollſte Vertretung des Volkes in einem Parlamente ſich ausſpricht, aber durch ein zweckmäßiges Ineinandergreifen der verſchiedenen Organe vor der Gefahr der augenblicklich einwirkenden Einflüſſe geſichert iſt, gehörig controlirt durch die Wachſamkeit dieſer immer thätigen Organe für die Aeußerungen der Volksintereſſen und die Bewahrung der Forderungen der Einzelſtaaten als Individuen, übt die Reichsgewalt eine Macht aus, die weiſe begrenzt

iſt, um nicht das Element der particularen Entwickelung zu lähmen oder zu vernichten, zugleich aber unbeſchränkt da iſt, wo ſie von der ihr übertragenen Befugniß Gebrauch macht und die Geſammtintereſſen verwirklicht. — Bei Ausrüſtung des Reichs mit der nothwendigen Gewalt, um ſeinen Anordnungen Kraft und Nachdruck zu geben, und mit den nöthigen Mitteln, die eine lebendige wirkſame Verwaltungsthätigkeit bedingen, muß zugleich die Geſammtbevölkerung Deutſchland's durch die den Miniſtern obliegende Verantwortlichkeit geſichert und das Element particularer Entwickelung vor Uebergriffen der Reichsgewalt durch das Beſtehen des Reichsgerichtes bewahrt ſein, welches über die Grenzen der Befugniſſe der Reichsgewalt und des Rechts der Einzelſtaaten zu entſcheiden und da, wo die erſte verfaſſungswidrig ihre Macht ausdehnt, die Uebermacht zurückzuweiſen hat. Jene Form des Bundesſtaats, die wir erſtreben, ſichert als reiche Entſchädigung für einzelne Opfer, die an den bisherigen Rechten das particulare Element bringen muß, jedem Einzelſtaate eine Macht, welche durch die innere Verbindung von Kräften wächſt, die ſonſt nur vereinzelt und daher ſchwächer wirkten. Sie ſichert unſerem an Elementen des Glücks reich geſegneten Deutſchland die Entfaltung dieſer Elemente, und die Verwirklichung von Geſammtintereſſen, welche ohne Vereinigung nicht ebenſo gut wirkſam werden können; ſie gibt das Gefühl der Begeiſterung, einem mächtigen, von dem Auslande geachteten und gefürchteten Vaterlande anzugehören, und weckt jene Vaterlandsliebe, die wohl verträglich mit der Liebe zur engeren Heimath, dem Boden, an welchen ſich unſere Erinnerungen und die Entfaltung unſerer Kräfte knüpft, bereit iſt, überall Opfer zu bringen, wo das Intereſſe des gemeinſamen Vaterlandes ſie erheiſcht. Nur jene Form löſt die große Aufgabe, die Einheit mit der Vielſeitigkeit und der Gliederung ohne Nachtheil für die erſte zu verbinden. — Jene Form des Bundesſtaats wird am meiſten den eigenthümlichen Verhältniſſen Deutſchland's entſprechen, und uns die Vortheile einer einheitlichen Regierung ſichern, ohne ihre Nachtheile herbeizuführen. — In unſerem aus ſo verſchiedenen Staaten beſtehenden Deutſchland wird ſich unter der Form des Bundesſtaates der durch Erfahrung von Nord-Amerika nachgewieſene Vortheil bewähren, daß, während bei größeren Staaten der Sitz der Regierung gleichſam die Hauptſache iſt, und die entfernteren Provinzen verlaſſen ſind, während der Geiſt der Centraliſation die unzerſtörbar wirkenden localen Elemente zu vernichten droht, und daher wie in Frankreich beſtändiges Ankämpfen gegen den übermächtigen Mittelpunkt erzeugt; in einem Bunde verſchiedener Staaten dagegen jeder Einzelſtaat ein kleiner Mittelpunkt der Cultur, der Wiſſenſchaft und Kunſt iſt; und während den localen Bedürfniſſen Rechnung getragen werden kann, geht zugleich die Verbeſſerung an die kleinſten Einzelheiten, bei dem

Bürger wächſt die Luſt, Opfer für die nächſte Heimath zu bringen, und ſo entfaltet ſich bei raſcher Bewegung mehr Lebensfähigkeit in allen kleinen Kreiſen, mehr Genuß der Freiheit und leichterer Widerſtand gegen Mißbrauch; und ſo macht ſich ein Wettkampf der Einzelſtaaten ſtaaten geltend in Verbeſſerung, Bildung, Sorge für Localintereſſen innerhalb weiſer, durch die Macht der Bundesgewalt und Verwirklichung der Geſammtintereſſen gezogener Schranken. — Treu unſerer Aufgabe, in der Durchführung der Form des Bundesſtaates für die künftige Geſtaltung Deutſchland's, die Vortheile der Macht, die der Bund begründet, mit den Vortheilen zu vereinigen, welche die individuelle Entwickelung der Einzelſtaaten gewähren mußten, werden wir bei unſeren Vorſchlägen klar den Zweck des künftigen Bundesſtaats auffaſſen, und in Bezug auf die Mittel der Durchführung, die Stimme der Erfahrung in zweifacher Beziehung hören, theils inſofern die Mängel der bisherigen Zuſtände nach unſerer Bundeseinrichtung und die Urſachen derſelben geprüft werden mußten, theils inſofern die zwei Bundesformen, in denen der Bundesſtaat durchgeführt iſt, Amerika und die Schweiz, zugleich mit den Erfahrungen jener Länder zum Gegenſtand der Aufmerkſamkeit zu machen waren. In der erſten Beziehung gab der deutſche Bund ein unerfreuliches Bild. Da er als Mitglieder Staaten zählte, welche nicht mit allen ihren Provinzen zu Deutſchland gehörten, ſo lag in der Stellung dieſer Staaten etwas Zwitterartiges, das ſelbſt leicht Deutſchland zu Verwickelungen mit fremden Mächten führen konnte; da aber auch fremde Herrſcher wegen einzelner Landestheile, z. B. Holland wegen Luxemburg und Limburg, Dänemark wegen Holſtein und Lauenburg zu dem Bunde gehörten, ſo war in jedem Augenblicke die Beſorgniß nahe, daß jene Staaten bei ihren Abſtimmungen ihre den Deutſchen widerſtreitenden Intereſſen geltend machten. Die zwei Hauptmächte des Bundes, Oeſterreich und Preußen, erſchienen in einer zweifachen Stellung, ſie waren Bundesglieder, und zugleich europäiſche Großmächte, — worauf ſelbſt die Wiener Schluß = Acte Art. 46 deutet, — die in dem hohen Rathe der Fürſten Europa's Schickſale und damit auch Deutſchland's Stellung lenkten. Von allen Seiten war Gefahr für Deutſchland's Integrität; es beſtand keine Sicherung gegen Abtretung eines Gebietes nach dem überall noch vorhandenen patrimonialen Geſichtspunkte, — der Art. 6 der Wiener Schlußacte war ungenügend, — und leicht konnte es kommen, daß durch Vererbungen ein fremder übermächtiger Herrſcher, an welchen durch Erbfolge ein deutſches Bundesgebiet fiel, ſelbſt Bundesglied wurde, und das Schwerdt in die Wagſchaale legte. Die Einſeitigkeit des Zweckes des Bundes, „äußere und innere Sicherheit," hinderte die nothwendige Entwickelung; an den Schutz nationaler Wohlfahrt war nicht gedacht; während der Ausdruck: „innere Sicherheit" zur Unterdrückung der Volks = Freiheit

mißbraucht wurde, mangelte es an einem Schutze der Landesverfaſſungen, und gleichgiltig ließ der Bund den Umſturz der hannöveriſchen Verfaſſung geſchehen. Da aber die beiden Hauptſtaaten keine conſtitutionelle Verfaſſung hatten, ſo waren die übrigen Staaten, die einer ſolchen Verfaſſung ſich erfreuten, ewigen Anfeindungen ausgeſetzt, und jene Ausnahms-Geſetze unſeligen Andenkens untergruben immer mehr das Weſen der conſtitutionellen Monarchie; es fehlte an einer kräftigen Centralregierung, die da ihre Macht bewähren konnte, wo es auf das Handeln ankam; die Geſetzgebung war gelähmt durch die Vielheit der Fälle, in denen nach der Bundesacte Stimmeneinhelligkeit gefordert war. Eine willkürliche Auslegung der Bundesverſammlung konnte, wie im Großherzogthum Baden, durch Zurücknahme des Preßgeſetzes, die beſte Geſetzgebung eines Landes vernichten; der Geſchäftsgang war ſchleppend, und führte zu keinem Ziele, weil die Geſandten nur nach Inſtructionen handelten. Nach Außen hin war Deutſchland durch keine Geſandten vertreten. Wo die Bundesacte Verſprechungen wegen Gewährung gewiſſer Rechte gemacht hatte, war es ein hohles Wort, weil man entweder, wie z. B. bei Artikel 16 und 18 d. die Verſprechungen nicht erfüllte, oder ihnen, z. B. bei Artikel 18 c. eine willkürliche Deutung gab. Das Petitionsrecht des deutſchen Volks an die Bundesverſammlung war ſeit 1831 abgeſchnitten, die Verhandlungen der Bundesbehörde waren in ein Dunkel gehüllt, die Kriegsverfaſſung ungenügend, ſo daß nach Artikel 13 ein Oberbefehlshaber erſt ernannt wurde, wenn die Aufſtellung eines Kriegs-Heeres beſchloſſen war. Kein Nationalgericht ſicherte dem Staatsbürger die Möglichkeit, Schutz zu finden. Die eingeführte Austrägalinſtanz war ungenügend. — Wenn auf dieſe Art die Achtung des Volkes vor den Grundeinrichtungen Deutſchland's geſchwächt, das Vertrauen zu Denjenigen, welche die Volsintereſſen ſchützen ſollten, untergraben, durch das Heer der Ausnahmsgeſetze die Gewißheit immer mehr begründet war, daß der Bund nur zum Schutze dynaſtiſcher Intereſſen vorhanden ſei, — wenn unter ſolchen Umſtänden die Liebe zum Vaterlande vernichtet wurde, ſo konnte dieß keinen unbefangenen Beobachter befremden. Welche Fehler zunächſt zu vermeiden, lehrt die bisherige Schule der Erfahrung. — Gern weilt dagegen der Blick Desjenigen, dem die Form eines wahren Bundesſtaats am Herzen liegt, bei der Verfaſſung der nordamerikaniſchen Staaten. In jenem Lande iſt die Aufgabe gelöſt, die Macht einer Centralregierung — dem Zwecke der amerikaniſchen Verfaſſung treu: einen vollkommenen Verein zu bilden, Gerechtigkeit zu begründen, innere Ruhe zu ſichern, für gemeinſame Vertheidigung zu ſorgen, und den Segen der Freiheit zu bewahren, — mit der vollſten Möglichkeit einer wohlthätigen Entwickelung der Einzelſtaaten in Harmonie zu bringen. Eine lange Reihe von Jahren hat dem

ehrwürdigen Gebäude Feſtigkeit gegeben, und gezeigt, daß die dort gewählte Form, wie Mohl in ſeinem Werke über Amerika mit Recht ſagt, als ein Wunder unſerer Zeit, vor Allem des Nachdenkens des Staatsmannes würdig iſt. Kein Land kann ſich rühmen, daß ſeine theoretiſch wie praktiſch gleich großen Staatsmänner in ihren Werken das Weſen der Bundesverfaſſung in ihren Einzelheiten ſo herrlich erörtert haben, als dieß von Männern wie Hamilton, Jefferſon, Story, Kent, Rawle, Serjeant geſchehen iſt. Eine Fülle von Erfahrungen über die Lücken, welche die Bundesverfaſſung veranlaßt, über Gefahren der unbeſtimmten Faſſung eines Artikels, über die Klippen, an welchen die Ausführung ſcheitert, liegt vor uns, und wirkt belehrend und warnend für Jeden, der mit der Durchführung der Idee eines Bundesſtaates ſich beſchäftigt. Amerika zeigt uns das Bild eines Landes, in welchem verſchiedene Staaten wetteifern mit einander in Geſetzgebung und Verwaltung, verſchiedenartige Intereſſen — in einem Staate vorzugsweiſe die des Handels, im andern die der Induſtrie, im dritten die der umfaſſendſten Bildung — verwirklichend, ein gemeinſames Ziel verfolgen. — Der ſorgfältige Staatsmann aber hütet ſich vor dem blinden Bewundern des Fremden, deſſen Nachahmung unter verſchiedenen Verhältniſſen leicht Gefahr bringt. Er weiß, daß die Lage Amerika's, welche es vor dem Kriege mit fremden Staaten ſchützt, ebenſo wie der Umſtand, daß hier ein Bund von Freiſtaaten vorliegt, Eigenthümlichkeiten herbeiführt, die zur vorſichtigen Prüfung bei Nachahmung amerikaniſcher Einrichtungen in Deutſchland, unter Verhältniſſen eines Bundes von Monarchieen, auffordern. — Belehrend wirkt endlich noch das Studium der Bundesverfaſſung der Schweiz, jenes Landes, das, die verſchiedenartigſten Bundesformen durchführend, die Nachtheile der Centraliſation in ihrer helvetiſchen Republik, das Ungenügende ſeiner Mediationsacte und die Lückenhaftigkeit ſeiner Bundesverfaſſung von 1815 kennen lernte, und durch die neue Bundesverfaſſung von 1848 endlich den Bundesſtaat zu verwirklichen ſtrebt. — Indem wir der hohen Verſammlung die Vorſchläge der künftigen Bundesverfaſſung Deutſchland's vorlegen, und zunächſt die Abſchnitte über das Reich und die Reichsgewalt zur Vorlage bringen, ſprechen wir die Hoffnung aus, daß unter dem Schutze der durch die Macht der Zeit herbeigeführten Verhältniſſe die Form eines Bundesſtaats eine Grundlage erhalten werde, die die Lebensfähigkeit der neuen Geſtaltung und ihre Dauer verbürgt. Wir bauen auf die Ueberzeugung, daß mannigfaltige Verſtimmungen, welche einſt die verſchiedenen Volks-Stämme Deutſchland's entfremdeten, allmählig um ſo mehr verſchwinden, je mehr die Idee eines deutſchen Reichsbürgerrechts ſich verwirklicht, je mehr die Volksſtämme durch die Beſchleunigung der Verkehrmittel ſich kennen lernen, gemeinſam wirken, und Vorurtheile der

Vorzeit abſtreifen. Wir überlaſſen uns der Hoffnung, daß durch die Einführung einer die Freiheit des Volkes ſichernden Verfaſſung der conſtitutionellen Monarchie in allen Staaten die Grundbedingung einer gleichen Entfaltung dem deutſchen Volke gegeben iſt, und daß durch die in den Grundrechten ausgeſprochenen Einrichtungen, welche die ehemaligen Hinderniſſe der Gleichheit vor dem Geſetz entfernen, und durch die Gewährleiſtungen aller Aeußerungen der Freiheit den höheren Aufſchwung und lebendige Theilnahme des Volks an den öffentlichen Angelegenheiten verbürgen, die geſellſchaftlichen Grundlagen der Entwickelung Deutſchland's geſichert ſind. — Die deutſchen Volksſtämme, die eine bittere Schule der Erfahrungen durchwanderten, mißtrauiſch gegen Verſprechungen, die, ſobald der Augenblick der Noth vorüber iſt, ſchnell vergeſſen werden, werden erſt unter dem Schutze einer auf wahre Einheit gebauten Verfaſſung zu einem deutſchen Volke ſich verbinden, bei welchem auch der Reſt kleinlicher Eiferſüchteleien und Mißſtimmungen verſchwinden wird. Erſt dann wird der deutſche Bundesſtaat eine mächtige Grundlage in einem einigen Volke haben, das durch Liebe zu einem größeren Vaterlande verbrüdert iſt, auf welches jeder Deutſche ſtolz und für deſſen Wohlfahrt er gern Opfer zu bringen bereit iſt. Wir bauen aber auch auf die Einſicht der Fürſten der Einzelſtaaten, daß ſie, eingedenk der Verſprechungen in dem Befreiungskriege, in der Ueberzeugung, daß der erwachte Volksgeiſt nicht mehr durch Halbheiten ſich beruhigen laſſen wird, die Forderungen der Völker, welche dringend Einheit verlangen, fühlen werden, daß ihr eigenes Intereſſe innig mit dem Erſtehen eines kräftigen Deutſchland's zuſammenhängt, und ohne Opfer die Einheit, ohne welche Deutſchland verloren iſt, nicht gewonnen werden kann; wir rechnen darauf, daß die deutſchen Herrſcher bei vorurtheilsfreier Erwägung der Vorſchläge des Ausſchuſſes uns nicht eines bedenklichen Generaliſirens und eines Strebens beſchuldigen, die wohlbegründeten Intereſſen der Einzelſtaaten, die Möglichkeit einer ihren Verhältniſſen entſprechenden ſelbſtſtändigen Entfaltung gefährdet zu haben. Nur da die Einheit Deutſchland's frei von Sonderintereſſen, ohne Unterwerfung unter eine Reichsgewalt, nicht realiſirt werden kann, müſſen die Einzelſtaaten ihre Selbſtſtändigkeit beſchränken, und die Ausübung gewiſſer Rechte der Reichsgewalt übertragen, um dafür anderen reichen Gewinn zu erhalten, die Würde und Macht Deutſchland's als E i n e s großen, herrlich aufblühenden Staates geſichert zu ſehen, und die Früchte zu erndten, die nur durch eine Vereinigung von Kräften und durch gemeinſame Verſtändigung gewonnen werden können. Naturgemäß werden die großen Staaten, als die mächtigſten Bundesgenoſſen, ihren Einfluß und ihre Wirkſamkeit zum Heile des Vaterlandes in größerem Maaße geltend zu machen Gelegenheit haben, aber auch wegen der

Ausdehnung ihrer Lande die Vortheile der Gemeinſamkeit den Bewohnern derſelben verſchaffen. — Wir verkennen dabei nicht die Hinderniſſe, welche der Durchführung der Einheit durch das Beſtehen verhältnißmäßig kleiner Staaten in Deutſchland mit den Nachtheilen im Wege ſtehen, daß in ſolchen Staaten es an den Mitteln und dem nöthigen Umfange zweckmäßiger Einrichtungen fehlt, daß in dem beſchränkten Geſichtskreiſe der Gemeinſinn und eine wahre Nationalität ſich nicht entfalten können, der Unternehmungsgeiſt keine Nahrung findet, und die Elemente eines kräftigen Aufſchwungs und großartiger Verbeſſerungen mangeln. Durchdrungen von dieſer Ueberzeugung werden wir, ſoweit die beſtehenden Verhältniſſe nicht unüberſteigliche Schranken entgegenſetzen, geeignete Vorſchläge machen, um wenigſtens jene Nachtheile zu beſeitigen, die den weſentlichſten Geſammtintereſſen Deutſchland's Eintrag thun würden. — Deutſchland's künftige Verfaſſung ſoll den edelſten Wetteifer der Einzelſtaaten begünſtigen, ſie ſoll jeder Einzelregierung möglich machen, die größte Fülle von Vortheilen ihren Bürgern, die reichſten Segnungen der Verbeſſerungen innerer Verwaltung zu gewähren; aber ſie ſoll darauf berechnet ſein, die Einzelregierungen zu gemeinſamen Einrichtungen, zu gleichheitlicher Entfernung von Hinderniſſen des Geſammtwohls zu verpflichten; ſie ſoll ein großes Vaterland und damit eine Geſammtgewalt ſchaffen, in welcher die Volksintereſſen auf das Vollſtändigſte verwirklicht und eine Einheit begründet wird, unter deren Schutz allein die Sicherheit und Würde Deutſchland's erblühen kann. — Unabweislich mahnt die Zeit mit ihren krampfhaften Bewegungen, in denen die Verſuchung aus einem krankhaften, ungenügenden Zuſtande um jeden Preis herauszukommen ſo leicht auch zu kühnen Entſchlüſſen, die beſtehenden Formen umzugeſtalten, und in einer vorgeſpiegelt wohlfeileren Form das Heil zu ſuchen, führt, Deutſchland's Fürſten, ihre eigenen Intereſſen innig an das Intereſſe ihrer Völker zu knüpfen, und nur dadurch ihre Throne zu befeſtigen, daß die Fürſten, taub gegen alle Einflüſterungen einer das Volk und die Freiheitsbeſtrebungen verdächtigenden Partei, in ihren Staaten wahr und ganz die conſtitutionelle Monarchie in einer Weiſe durchführen, wie ſie in Belgien Ruhe, Fortſchritt und Macht ſichert, und rückhaltslos der deutſchen Sache ſich hingeben. In freiwilligen Vereinigungen zu gemeinſamen Anordnungen, in Aufopferung mancher Rechte, die in ihrer Durchführung in kleinen Staaten nur unerträgliche Koſten dem Lande verurſachen, und dennoch kleinliche Einrichtungen gewähren, in Anordnungen, die auf die möglichſte Erſparung berechnet ſind, werden die kleinen Fürſten das beſte Mittel finden, die täglich wachſende Abneigung gegen die Kleinſtaaterei zu vermeiden.

Die Erfahrungen während des Beſtehens des deutſchen Bundes und die Erwägung des Zwecks eines Bundesſtaats laſſen keinen Zwei=

fel, daß jede Theilnahme eines Staates, der zugleich Bundesſtaat iſt und zugleich nichtdeutſche Länder beherrſcht, mannigfaltige Störungen herbeiführen, und hindernd der Erreichung der Bundeszwecke entgegentreten kann. Unvermeidlich kann ein ſolcher Staat wegen ſeiner außerdeutſchen Beſitzungen in Kriege verwickelt werden, welche, wenn ſie auch zunächſt den Bund nicht berühren, dennoch auf ihn wirken, ihn in Feindſchaft mit anderen Staaten bringen, den Staat zu außerordentlichen Opfern nöthigen können, welche die Mittel zur Erfüllung ſeiner Bundespflichten beſchränken. Selbſt in materieller Beziehung können die Intereſſen des Staats wegen ſeiner außerdeutſchen Lande mit den Bundesintereſſen in ſolchen Widerſtreit kommen, daß derſelbe entweder in ſeiner Stellung als Bundesſtaat Alles anwenden wird, um gewiſſe Beſchlüſſe zu hindern, oder wegen ſeines Verhältniſſes zu den nichtdeutſchen Provinzen die Durchführung von Bundesanordnungen zu vereiteln, z. B. in Beziehung auf Zollangelegenheiten. Dieſe Erwägungen führen zu der Aufſtellung des Grundſatzes: Kein Theil des deutſchen Reichs darf mit nichtdeutſchen zu Einem Staate vereinigt ſein. Die Zeit iſt gekommen, in welcher Diejenigen, welche an der künftigen Verfaſſung Deutſchland's zu bauen berufen ſind, ſich klar machen müſſen, daß Deutſchland's Einheit nur durchgeführt werden kann, wenn diejenigen Staaten, welche als Glieder das Reich bilden, ganz und mit ungetheiltem Intereſſe Bundesglieder werden. Indem wir den obigen Satz aufſtellen, erkennen wir wohl ſeine Bedeutung in Beziehung namentlich anf jenen Staat, den wir uns von Deutſchland nicht getrennt denken mögen, jene Monarchie, deren Geſchichte mit der des Geſammtvaterlandes immer in der innigſten Verbindung ſtand, deren Größe und Macht neben der des preußiſchen Staates gewichtig in die Wagſchaale fällt, deren deutſche Völkerſchaften von jeher mit ihren Brüdern durch gleiche Abſtammung, Sitten und Schickſale innig zuſammenhingen. Wenn die Gründung von Deutſchland's Einheit nicht ſelbſt den Keim ihrer Vernichtuug in ſich tragen ſoll, ſo muß das Verhältniß Deutſchland's zu Oeſterreich ohne Halbheit klar ſo feſtgeſtellt werden, daß dieſer Staat mit ſeinen deutſchen Landestheilen vollſtändig und ausſchließlich Deutſchland angehöre. Die Macht der Verhältniſſe drängt, — Oeſterreich wird die Wichtigkeit ſeiner Stellung in dem Reiche erkennen, und mit feſtem Willen die Mittel und Wege finden, um die Pflichten zu erfüllen, welche die Neugeſtaltung des Bundes ihm auferlegt. Es war daher auch allgemein der Grundſatz auszuſprechen, daß da, wo ein deutſches Land mit einem nichtdeutſchen Lande daſſelbe Staatsoberhaupt hat, dieß Verhältniß zwiſchen beiden Ländern nach den Grundſätzen der reinen Perſonalunion zu ordnen iſt. Als Wirkungen dieſes Verhältniſſes erſcheinen alsdann, daß der mit dem deutſchen Staate verbundene außerordentliche Landestheil für Deutſchland rechtlich als

nicht in Deutſchland verbunden gilt, daß die Bevölkerung jener Landestheile nicht bei dem Bunde vertreten wird, daß Geſetze, Anordnungen und Einrichtungen des Bundes ſich nicht auf jene Länder erſtrecken, daß ein Krieg, welcher im Intereſſe ſolcher Länder geführt wird, kein Bundeskrieg iſt, und in Beziehung darauf der Staat ſelbſtändig iſt. Wirkungen, welche auch umgekehrt für jene Länder Deutſchland gegenüber ihre Geltung haben. Eine Theilnahme ſolcher Landestheile an Vortheilen des deutſchen Reichs kann nur in Gemäßheit beſonderer Verträge eintreten. Der Natur der reinen Perſonalunion gemäß muß die Verfaſſung und Verwaltung jener außerdeutſchen Länder ſcharf von der Verfaſſung der Monarchie geſchieden ſein, welche einen Theil des deutſchen Reichs bildet, und im Widerſpruche mit der bloßen Perſonalunion ſtände es, wenn jene außerdeutſchen Länder an der verfaſſungsmäßigen Vertretung des deutſchen Staates Theil nehmen würden.

Dieſe Worte enthalten das ganze Gewicht der Nothwendigkeit des 2. und 3. Paragraphen.

Auch war beinahe die ganze National-Verſammlung von dieſer Nothwendigkeit durchdrungen und nur ein kleines Häuflein ängſtlicher, ſich ſelbſt nicht klarer, Oeſterreicher hatte mit einigen wenigen nichtöſterreichiſchen Meinungsgenoſſen, deren Motive wir hier mit Stillſchweigen übergehen wollen, die einzige Oppoſition gebildet.

Der erſte Paragraph des Entwurfs wurde beinahe einſtimmig angenommen.

Der zweite Paragraph wurde mit 340 gegen 76 Stimmen angenommen. Es haben hiebei 77 Abgeordnete aus Oeſterreich ihre Stimmen, und zwar 44 für und 33 gegen den § 2 abgegeben.

Das ſchwarzgelbe Minoritätserachten zu dieſem Paragraphen wurde mit 375 gegen 38 Stimmen verworfen. Es haben dabei 63 Oeſterreicher dagegen und nur 13 dafür geſtimmt.

Der dritte Paragraph wurde mit 316 gegen 90 Stimmen angenommen, wobei 34 Oeſterreicher dafür und 40 dagegen geſtimmt hatten.

Dieſes Reſultat der Abſtimmung vom 28. October erregte die herzlichſte Freude der deutſchen Männer in der Paulskirche und nur der Gedanke, daß vielleicht in demſelben Augenblicke das hochherzige Volk in Wien für ſeine Treue an der deutſchen Sache niedergeſchoſſen wird, konnte dieſe Freude verſtummen machen. Doch die Debatte, die dieſer Abſtimmung voranging, war eine der glänzendſten in der Paulskirche. All die heuchleriſchen Trugſchlüſſe der Ollmützer Kabinetspolitik, die leider auch hier ihre Vertheidiger fand, wurden von einer Reihe beredter Männer auf ihr Nichts zurückgeführt und

es bleibt nur zu wünſchen, daß dem Siege des Wortes auch der Sieg der That folge. 30 Abgeordnete haben über dieſen Gegenſtand in vier Sitzungen das Wort ergriffen, und zwar in dieſer Reihenfolge: Fritſch aus Oberöſterreich, **Eiſenmann** von Würzburg, Arneth von Wien, **Reitter** von Prag, Wiesner von Wien, Waitz von Göttingen, Würth von Wien **Giskra** aus Mähren, Beidtel von Brünn, **Wagner** von Steyr, Ign. Kaiſer von Wien, Mühlfeld von Wien, Vincke von Hagen, **Schneider** von Wien, Clemens von Bonn, Reichensperger von Cöln, **Uhland** von Tübingen, Weber von Meran, Stremayr von Kindberg, Deym von Hohenelbe, Wichmann von Stendal, **Berger** von Wien, Vogt von Gießen, Marek von Gratz, **Groß** von Prag, Gagern von Darmſtadt, Riehl von Zwettel, Mayfeld von Wien, **Wurm** von Hamburg, Rieſſer von Hamburg.

Wer mit Aufmerkſamkeit die bedeutenderen Reden über dieſen wichtigen Gegenſtand lieſt, dem werden folgende drei Wahrheiten klar werden:

Erſtens: **Keine Freiheit in Oeſterreich ohne deſſen innigſten Anſchluß an Deutſchland!**

Zweitens: Ein fortgeſetzter Verſuch, eine **Real**-Union zwiſchen den deutſchen und nichtdeutſchen Provinzen Oeſterreichs herzuſtellen, muß zur Auflöſung der öſterreichiſchen Monarchie führen.

Drittens: **Kein mächtiges Deutſchland ohne die öſterreichiſch-deutſchen Provinzen.**

Frankfurt am Main den 3. November 1848.

Rede des Abgeordneten Eiſenmann von Würzburg

in der Sitzung vom 20. October 1848.

Meine Herren! Als im vorigen Frühjahr die erſten Oeſter⸗reicher uns mit ihrem Handſchlag begrüßten, als ſie erklärten: „Was wir kaum je mit feurigen Herzen ahnen konnten, bringen wir euch, wir bringen euch die Oeſterreicher als einen Theil von Deutſchland,“ und als ein allgemeiner Jubel, wie er vielleicht in Deutſchland noch nicht gehört wurde, dieſe Brüder empfing, glaub⸗ten wir wahrlich nicht, daß es in der Paulskirche je in Frage kommen könne, ob Oeſterreich deutſch ſein ſolle. (Bravo von der Linken und in den Centren.) Meine Herren, als der alte Gebirgs⸗ſchütz, der mit dem Schimmer und der Würde einer hohen Geburt ein edles deutſches Herz vereint, mit der Kraft ſeines Willens die Redlichkeit ſeines Charakters, als er zu uns trat und ſagte: „Da habt ihr mich, Ich bin euer!“ — wer hätte damals geglaubt, daß die Frage entſtehen könne, ob die Oeſterreicher wirklich unſer ſeien? Es hat ſich ſeit jener Zeit Vieles geändert. Als man in Oeſterreich einen Reichstag zuſammenrief, wo nicht bloß Deutſche, ſondern Männer von den verſchiedenſten Nationalitäten tagen ſollten, da wurde mir das Herz ſchwer, ich bangte für die deutſche Sache. Ich ſtand den Verhandlungen des öſterreichiſchen Reichstages nicht ſo nahe, um mir gleich ein Urtheil über denſelben anmaßen zu können. Ich fragte deßhalb Männer, von denen ich glauben konnte, daß ſie wiſſen mußten, was recht ſei, und den Willen haben, ſolches zu fördern. Man hat mich damals getröſtet, und geſagt: Habt Geduld, deutſche Brüder, die Sache wird ſchon gehen, man wird ſich verſtändigen, der Reichstag iſt ja dazu berufen, die Verſtändigung der verſchie⸗denen Nationalitäten zu bewirken. Ich habe lange gewartet, endlich aber geſehen, wohin die Sache führt und führen muß. Das deutſche Element war auf dem Reichstag bereits durch die ſlaviſche Majorität unterjocht, da trat ich auf dieſe Tribüne und habe darauf aufmerk⸗ſam gemacht, was man in Oeſterreich eigentlich will, allerdings nicht was das Volk, ſondern was eine treuloſe Camarilla will, die ich als eine Reactionspartei angeklagt habe. Man hat mich damals nicht gehört, ja man hat über meine Warnung gelacht, ja es gibt, wie ich ſehe, heute noch Männer in dieſer Verſammlung, welche darüber lachen, und es thut mir das ſehr leid. Hätte man damals meine Rede angehört, hätte man ſich vergegenwärtigt, daß ich immer einer der wärmſten Vertheidiger der Ordnung war, hätte man ſich erinnert, daß ich des conſtitutionnellen Princips willen alle Verfolgungen und Schmähungen ruhig hinnahm, ſo hätte man

ſich vielleicht überzeugt, daß ich triftige Gründe für meine Behauptung haben müſſe, und daß ich ſolche Fragen nicht leichtſinnig und ohne ihre Folgen allſeitig überlegt zu haben, in dieſe Verſammlung werfe. Hätte man mir, ſage ich, damals einige Aufmerkſamkeit gewidmet, und gethan, was man konnte, und wozu die Pflicht nach unſerm Mandat uns rief, ſo wäre in Wien kein Blut gefloſſen. Wir hätten es in der Macht, die Verhältniſſe in Oeſterreich zu ordnen; aber wir haben unſere Pflicht nicht erfüllt, wir haben gar nichts gethan. Ich will aber die Vergangenheit ruhen laſſen, und mit unſerm Uhland ſagend: „Ich will nicht klagen, nicht verdammen, untröſtlich iſt's noch allerwärts," wollen wir nachholen was nachzuholen iſt. Gehen wir daher in uns, und thun wir jetzt, was unſere Pflicht fordert, vielleicht können wir noch jetzt Schlimmem vorbeugen. Ich ſage: vielleicht. Täuſchen Sie ſich nicht über die Lage in Oeſterreich. Es ſtehen ſich dort zwei Parteien einander gegenüber, die beide uns nicht Freund ſind, und es mag ſiegen, welche da will, für uns und die Sache der Freiheit und der Ordnung iſt es kein Glück. Ich will der Demokratie nicht zu nahe treten, die ſich mit redlichem Willen, mit treuer Vaterlandsliebe und achtungswerthem Muth den Bajonnetten und Kartätſchen entgegen ſtellten; aber auch der beſte Menſch kann ſich irren. Ich ſage, wenn das demokratiſche Princip ſiegt, ſo thut es mir leid; wenn aber die Camarilla ſiegt, ſo ſchäme ich mich, je hier in der Paulskirche geſeſſen zu haben, weil es an uns war, einen ſolchen Sieg zu verhindern. (Vielſtimmiges Bravo.) Entſchuldigen Sie, wenn ich Sie mit einer Einleitung behelligt habe, die vielleicht von Manchem als nicht zur Sache gehörig betrachtet wird. Was ich aber auch ſpreche, werde ich ſprechen nicht bloß im Sinne der Freiheit, ſondern auch der Ordnung; denn ich kenne für Deutſchland keine Freiheit ohne Ordnung. Aber die Einheit iſt unſer höchſtes Princip. Deutſche Einheit über Alles! iſt der Wahlſpruch, für den ich kämpfe, und mein Standpunkt iſt ſohin nur ein deutſcher, und ich hoffe, daß kein Redner dieſe Tribüne betreten wird, der einen anderen Standpunkt vertheidigt, als den der deutſchen Einheit. Nur wer vom deutſchen Standpunkt ausgeht, ſoll dieſe Tribüne betreten. Wer im ſlaviſchen Intereſſe ſprechen will, der gehe nach Prag, nach Galizien, zu den Croaten! (Bravo.) Meine Herren, ich will zur Sache übergehen und mich an das Thatſächliche halten. Ich will jede Leidenſchaft in mir unterdrücken. Ich bin kein Diplomat; ich habe keine Anlage dazu, aber ich will mich beſtreben, wo möglich mit diplomatiſcher Kälte und Ruhe zu ſprechen. Meine Herren, es ſind zwei Chancen uns geboten. Die eine iſt der innige Anſchluß der öſterreichiſchen Provinzen an Deutſchland, die andere iſt die Bildung eines Föderativſtaates in Oeſterreich, der ſich nicht innig an Deutſchland anſchließen könnte, ſondern welcher

ein Schutz- und Trutzbündniß mit Deutſchland zu bilden hätte. Wir wollen beide Chancen, mit dem, was darum, drin und daran hängt, kurz prüfen. Gegen den innigen Anſchluß Oeſterreichs wirft man uns ein, eine Trennung der verſchiedenen Nationalitäten in Oeſterreich ſei nicht möglich, und bringt dafür Gründe vor, die von mehr oder minderem Belange ſind. Einer der Hauptgründe, die vorgebracht worden, iſt die pragmatiſche Sanction, die erſt vor vier Wochen entdeckt worden iſt. (Im Centrum: Oh, oh!) Meine Herren, das Datum dieſer Sanction kenne ich ſo gut, wie Sie, aber ich weiß, daß nicht bloß Staub, ſondern auch etwas Schutt vom letzten März auf derſelben gelegen iſt, ſo daß kein Menſch an dieſelbe dachte, bis man die Verhältniſſe von Ungarn läſtig fand; da hat man die pragmatiſche Sanction wieder aufgefunden. Dieſe pragmatiſche Sanction kommt mir vor, wie der Hut des Taſchenſpielers, der ſich in zwanzigfache Formen ſtellen läßt; ſo geht es mit dieſer pragmatiſchen Sanction, in der man alles findet, was man will. Ich will Ihnen ſagen, meine Herren, was die pragmatiſche Sanction iſt: ſie iſt ein Inſtrument oder die Urkunde eines Familien-Fideicommiſſes des Hauſes Habsburg-Lothringen. Vom Völkerrecht iſt darin keine Rede; denn im Jahre 1733 hat man vom Rechte der Völker noch nichts gewußt. Der Kaiſer von Oeſterreich hat das Recht der Erbfolge in dieſen Ländern, die ſohin durch Perſonalunion verbunden ſind. (Widerſpruch im Centrum.) Meine Herren, ich laſſe mich gerne belehren, wenn Sie mir nachweiſen können, daß es eine Realunion geweſen iſt. Ich beſtreite das Recht des Kaiſers von Oeſterreich auf Perſonalunion durchaus nicht, im Gegentheil, ich wünſche ſogar, daß dieſe Perſonalunion aufrecht erhalten werde; aber zugegeben, daß wirklich die pragmatiſche Sanction etwas Anderes ſagte, zugegeben, daß die Völker eingeſtimmt hätten, daß ſelbſt Ungarn ſich dazu bekannt hätte, eine Provinz von Oeſterreich ſein zu wollen, was aber nicht der Fall iſt, denn ſie haben ſeit Jahren gekämpft gegen den Mißbrauch, den man von der pragmatiſchen Sanction gemacht hat; zugegeben, es wäre die pragmatiſche Sanction das, wofür man ſie ausgibt, ſo bin ich nicht der Erſte, der auf dieſer Tribüne von vergilbten Pergamenten ſpricht. Sie haben ſchon manches Pergament unter den Tiſch geworfen, warum wollen Sie dem öſterreichiſchen nicht das gleiche Schickſal widerfahren laſſen? Ja gerade die öſterreichiſche Regierung hat viele Papiere annullirt und den Inhabern derſelben ſchweren Schaden zugefügt, auch wir wollen einmal eines von ihren Papieren annulliren, und zudem, meine Herren, wer hat die pragmatiſche Sanction zuerſt verletzt? Gerade die öſterreichiſche Camarilla! Dieſe will von der pragmatiſchen Sanction nichts mehr wiſſen, ſie will eine Einrichtung nach ihrem Geſchmack. Meine Herren, erinnern Sie ſich, was im März vor ſich gegangen iſt: als der Ruf der Freiheit durch ganz Deutſchland drang, konnte

man wohl erwarten, daß dieſer Ruf auch das ritterliche Volk der Ungarn begeiſterte? Die Ungarn haben die Wiederherſtellung ihrer Verfaſſung gefordert, ſie legten die Verfaſſungsurkunde, wie ſie dieſelbe wünſchten, dem Kaiſer vor und der Kaiſer hat ſie ſanctionirt und unterzeichnet, und es haben ſie ſogar die Agnaten unterzeichnet, und damit war Alles in Ordnung. Die Ungarn haben nur einen Fehler gemacht, der darin beſteht, daß ſie ihre Verfaſſung nicht bei uns verbreitet haben. Es gibt Viele unter uns, welche dieſe Verfaſſung gar nicht kennen, weil ſie dieſelbe nicht zu Geſicht bekommen, und es gibt andererſeits ſolche, die ſie nicht kennen wollen. Ich, meine Herren, ich habe ſie geſehen, geleſen und ſtudirt. Die Verfaſſung iſt deutlich und klar. Sie wird von der öſterreichiſchen Regierung auch gar nicht in Abrede geſtellt; ſollte dieß von dieſer Tribüne aus geſchehen, nun, meine Herren, wir ſind daran gewöhnt, zuweilen Unbegreifliches zu hören. Die öſterreichiſche Regierung ſagt bloß: der Kaiſer hat eine Verfaſſung genehmigt, welche zu genehmigen er nicht das Recht hatte. Das iſt etwas, was ſich wohl ſagen läßt, aber es iſt eine andere Frage, ob die Richtigkeit dieſer Behauptung von Jemanden anerkannt wird. Dieſe Verfaſſung ſtatuirt eine eigene Verwaltung, ein eigenes Miniſterium, eine eigene Armee, nur behält ſie dem Kaiſer, als König von Ungarn, gewiſſe Rechte vor, in welche hier einzugehen, uns zu weit führen würde. Dieſe Verfaſſung wollte man umſtürzen; natürlich! denn einem freien Ungarn gegenüber kann ein freies Oeſterreich leicht beſtehen, und wenn man die Freiheit Oeſterreich's vernichten will, ſo muß man mit Ungarn anfangen. Darum wurde Jellachich aufgeboten, um die Ungarn zu bekämpfen. Allein man hatte damals noch ſo viel Scheu vor der öffentlichen Meinung, daß man es nicht wagte, mit der Wahrheit herauszugehen. Man verheimlichte, man leugnete, daß man mit Jellachich in Berührung ſtehe; ja, in jener Zeit, wo man noch nicht wußte, wie Frankfurt ſich benehmen würde und wie die Verhältniſſe in Italien ſich geſtalten würden, wo man die Intervention Frankreich's fürchtete, in jener Zeit ging man ſo weit, daß man den Kaiſer ein und zwanzig Handbillets an Jellachich ſchreiben ließ, in welchen er aufgefordert wird, den ungariſchen Geſetzen und dem ungariſchen Miniſterium Folge zu leiſten, während zu gleicher Zeit die Camarilla den Jellachich inſtruirte, er brauche ſich durchaus nicht um dieſe Handbillets zu kümmern, das ſei Alles nur pro forma. Jellachich hat erklärt: „Der Kaiſer hat mir ein und zwanzig Billets geſchickt, und wenn er mir noch fünfzig ſchicken wird, werde ich ſie nicht befolgen, ſo lange ſie meinen Abſichten widerſprechen.“ Als aber Oeſterreich einen ruhmvollen Sieg in Italien errungen hatte, und als man ſich überzeugte, daß man von Frankfurt keine energiſche Einſprache zu fürchten habe, da warf man die Maske ab und erklärte ohne Scheu, daß Oeſterreich nicht Luſt habe,

die übernommene Verpflichtung zu erfüllen, da geſtand man unverholen: ja, wir unterſtützen Jellachich! Meine Herren, das leugne, wer kann; aber eine Regierung, die treulos gegen ein Nachbarvolk handelt, iſt auch treulos gegen uns: Wahrheit muß gegen Freund und Feind gelten. Dieſes glaubte ich Ihnen, meine Herren, vortragen zu müſſen, weil ich befürchte, daß gar viele Herren mit den ungariſchen Verhältniſſen nicht bekannt ſind (Heiterkeit und Widerſpruch), und weil ſie Vielen nicht bekannt ſein können, und ich will Ihnen ſagen warum: es beſtehen in Oeſterreich und in Ungarn eigene Büreau's, welche für alle Zeitungen von Breslau bis Frankfurt die Artikel im Geiſte der Reaction liefern. (Hört, hört!) Sie ſind oft aus einer und derſelben Feder und die ganze Journaliſtik — reſp. die bezeichneten Correſpondenten — iſt in dieſer Beziehung verkauft. (Hört!) Sie arbeitet im Sinne der Camarilla. Wenn Sie die Wahrheit meiner Angabe prüfen wollen, ſo nehmen Sie ein Blatt, welches Sie wollen, zur Hand; vergleichen Sie z. B. die Ober-Poſtamts-Zeitung (Beifallklatſchen), die ſehr gut unterrichtet ſein muß, denn ſie hat officielle Berichte aus Ungarn, welche die Sachen beſſer und anders wußten, als die mir von Mitgliedern des ungariſchen Reichstags zugekommenen Nachrichten. Nun vergleichen Sie die Artikel, die ſeit Juni in dieſer Zeitung erſchienen ſind, und überzeugen Sie ſich von der reactionären Haltung derſelben, von ihren Uebertreibungen und zahlloſen Widerſprüchen, abgeſehen von den mit unterlaufenden Albernheiten, wie z. B. die Angabe, daß die gegen die Ungarn kämpfenden Rothmäntel auf zwölfhundert Schritt ihren Mann nicht fehlen. Von ſolchen Correſpondenten erfahren Sie keine Wahrheit über Ungarn. Die „Ober-Poſtamts-Zeitung“ iſt aber noch eine der redlichen Zeitungen, denn ſie hat auch gegneriſche Artikel aufgenommen, wie z. B. die Nachrichten des MH-Correſpondenten; andere Zeitungen ſind nicht ſo redlich, ſie bringen nur Artikel für Jellachich und die öſterreichiſche Camarilla. Meine Herren! Es ſind mir Einwendungen gemacht worden in Bezug auf den Inhalt der pragmatiſchen Sanction, und ich muß Sie vertröſten, daß Sie heute noch Redner hören werden, welche ſie und den Inhalt derſelben bekannt machen werden. Ich habe einige Herren vor der Sitzung eingeladen, Ihnen dieſe pragmatiſche Sanction vorzuleſen, indem Jeder, der ſich auf eine Urkunde beruft, verpflichtet iſt, ſie vorzulegen, ſei es in einem beglaubigten Document, oder in einem diplomatiſchen Werke. Man hat aber gemeint, dieſes wäre von meiner Seite eine unbillige Forderung, und hat vielleicht gar geglaubt, daß ich den Beweis zu führen hätte. Ich aber muß darauf beſtehen, daß man den Inhalt dieſer Sanction genauer angebe, ehe man ſich auf dieſelbe berufen darf. Ein verehrlicher Redner vor mir hat auch einen ſehr wichtigen Grund vorgebracht, und der lautet: die öſterreichiſche Geſammt-

monarchie ſei durch die Vorſehung geſchaffen worden! Aber, meine Herren, was würden Sie ſagen, wenn die öſterreichiſche Monarchie durch die Vorſehung wieder geſtürzt wird? (Beifall.) Solches kann aber leicht geſchehen, und ich fürchte es, wenn das Syſtem der Camarilla durchgeführt werden ſoll. — Ferner ſpricht man von ganz außerordentlichen Verhältniſſen in Oeſterreich, welche den Anſchluß ſeiner deutſchen Provinzen an das Reich unmöglich machen ſollen. Worin aber dieſe außergewöhnlichen Verhältniſſe beſtehen ſollen, das ſagt man uns nicht. Das erinnert mich an die Antrittsrede eines proteſtantiſchen Pfarrers, die ich auf der Veſte Würzburg hörte; der Herr Pfarrer ſagte: „Ich bin der Verwalter der Geheimniſſe Jeſu, und habe die Geheimniſſe Jeſu zu verwalten, aber was die Geheimniſſe Jeſu ſind, das wird meine Gemeinde freilich nicht begreifen." Wir wollen aber doch dieſe außerordentlichen Verhältniſſe beleuchten. Man hat geſagt, wenn die deutſchen Provinzen ſich an das deutſche Reich anſchließen, ſo gehe unſer Einfluß auf Italien verloren. Meine Herren! Wenn der Einfluß, wie er bisher geübt wurde, verloren geht, dann werden wir nur Ehre und Vortheil dabei haben. (Beifall. Mehrere Stimmen: Sehr richtig.) Aber wenn der Einfluß geübt wird, wie ihn das Recht und die Humanität fordern, dann wird er ſicherer bleiben, als wenn er durch Bajonnette gegründet iſt. Meine Herren! Ich will nicht Italien von Oeſterreich getrennt haben, ich will eine freie, volksthümliche Verfaſſung, eine eigene Verwaltung Italiens; ich will, daß Italien einen Theil der öſterreichiſchen Staatsſchuld übernehme, ich will eine Perſonalunion Italiens mit Oeſterreich, und, meine Herren, wenn dieſer Vertrag durchgeht, ſo hat keine fremde Nation das Recht, Einſprache dagegen zu erheben, und wir können unſerer Ehre gemäß einen ſolchen Einfluß Oeſterreich's auf Italien ſichern und vertheidigen, denn wir vertheidigen das Recht, und wir werden gewiß mit dem Recht auch den Sieg auf unſerer Seite haben. Wenn man uns aber, wie es geſchehen iſt, in einem officiellen Blatte zumuthet, daß wir vorläufig Oeſterreich den Beſitz Italiens unbedingt garantiren, und zur Unterſtützung dieſer Garantie eine Armee an die Grenze Tyrol's ſchicken ſollen, um den Slaven Radetzky nach Wien zu ſchicken, um dort die deutſche Freiheit zu unterdrücken, meine Herren, dann weiß ich nicht, was wir ſagen ſollen, wenn eine ſolche Unverſchämtheit uns zugemuthet wird. (Lebhafter Beifall.) Der deutſche Einfluß in Italien ſoll beſtehen, aber nicht auf Koſten unſeres Blutes und Vermögens. Man hat geſagt: Gallizien geht verloren. Da begreife ich meinen geehrten Vorredner nicht. Er ſagte, in Gallizien ſei Alles ſo gut öſterreichiſch, daß Nichts zu wünſchen bleibe, und doch ſagt er, es ginge verloren. Wie kann das möglich ſein, wenn die Leute ſo gut öſterreichiſch ſind, daß ſie doch davon laufen? Ich verſtehe das nicht, meine

Herren. Welches Volk wird dagegen ſein, wenn man ihm ſagt, du ſollſt bei deinem alten angeſtammten Kaiſerhauſe bleiben, aber überdieß das Recht einer freien volksthümlichen Verfaſſung und Verwaltung haben. Ich habe ſchon erwähnt, daß in Ungarn ein loyaler Sinn herrſcht. Es iſt dort nicht die Rede geweſen, von Oeſterreich ſich loszutrennen; das Wort „Republik" iſt in Ungarn noch nicht gehört worden. Die proviſoriſche Regierung verſteht alle Geſchäfte im Namen des abweſenden Königs, und die Ungarn, die ich theils unmittelbar, theils durch Correſpondenz zu kennen die Ehre habe, ſind Alle einig, daß ſie die Freiheit und die Ordnung auf loyalem Boden haben wollen, ſie wollen eine Perſonal-union mit Oeſterreich, und ſind ſelbſt bereit, einen Theil der öſterreichiſchen Staatsſchuld zu übernehmen. Meine Herren! Man hat die Ungarn angeklagt, daß ſie undankbar dieſes ablehnen. Meine Herren! Wenn von Undank die Rede ſein kann, dann wäre der Undank auf Seite Oeſterreich's, denn Ungarn hat Oeſterreich wichtige Dienſte geleiſtet, auf allen ſeinen Schlachtfeldern geblutet, und es iſt Allen unvergeßlich das „Moriamur pro rege nostra Maria Theresia." Aber geſtehen wir es, auch Ungarn iſt Oeſterreich zu Dank verpflichtet, denn ohne Oeſterreich's Unterſtützung hätte es die Kämpfe gegen die Türken nicht beſtehen können. Beide Völker ſind ſich gegenſeitig verpflichtet, beide ſollen mit einander leben, und ich bin überzeugt, die Ungarn werden nicht den erſten Schritt zum Bruche thun. Wenn man aber ſagt, die Ungarn haben die Uebernahme der Staatsſchuld verweigert, ſo ſage ich: hat man denn einen Antrag gemacht? Wenn man ein Handbillet uns in die Paulskirche werfen würde und uns ſagte: „Ihr Herren in der Paulskirche ſollt nach unſerm Dafürhalten ſoviel hundert Millionen übernehmen," ich glaube, Keiner von uns würde es annehmen; und ſo ging es auch in Ungarn. Man hat ein Handbillet in den Reichstag geſchickt und denſelben aufgefordert, ſoviel hundert Millionen Staatsſchulden zu übernehmen. Aber ich kann Sie verſichern, die Ungarn werden einen entſprechenden Theil der Schuld übernehmen, und ich glaube, daß, wenn Deutſchland die Vermittelung übernimmt, ſolches um ſo leichter erreicht werden wird. Ich ſage, die Ungarn ſind bereit, unſern Reichstag anzuerkennen, als einen vermittelnden. Sie haben es erkannt dadurch, daß ſie Geſandte an uns ſchickten, und ſie werden noch mehr thun. Ich wüßte nicht, was wir gegen die Freiheit der Ungarn hätten. Man ſagt uns zwar von einer Seite: Ungarn geht uns nichts an; auf der andern Seite kommen aber dieſe Herren, und ſagen: die Ungarn haben fürchterlich gegen die Croaten gewirthſchaftet. Was haben ſie denn gethan? Würden wir in unſerer Reichsverſammlung zugeben, daß der Eine polniſch, der Andere italieniſch ſpricht? Nun, das wollen die Ungarn auch nicht leiden. Ich geſtehe zu, die Magyaren ſind

in ihrem Sprachenzwang etwas zu weit gegangen, aber welches Volk, welche Verſammlung hat noch keine Fehler gemacht? Meine Herren, berückſichtigen Sie, was man von Ungarn fordert. Würden Sie nicht lachen, wenn man ſagte: wir verlangen von Frankreich, daß es das deutſche Element im Elſaß und Lothringen ſchützte? aber in Ungaru ſollen wir es thun. Was liegt hier für ein Unterſchied vor? Doch nur der, daß die Franzoſen fünf und dreißig Millionen, die Ungarn nur ſechs Millionen zählen. Liegt das Recht in den Zahlen? das wäre eine neue Rechtsidee! Ueberdieß ſind die Ungarn zur Beſonnenheit gekommen, ſie haben auf dem letzten Reichstag alle Zugeſtändniſſe gemacht; ferner hat der gebildete Theil der Croaten in einem Manifeſt laut erklärt, daß die gerechten Klagen der Croaten und Illyrier nicht gegen die Ungarn, ſondern theils gegen die Croaten ſelbſt, theils gegen Wien gerichtet ſeien. Ich habe von dieſem Manifeſte circa vierzig Exemplare vertheilt und Sie werden aus demſelben das Nähere erſehen. Daß aber bei den Croaten ſelbſt eine Oppoſition gegen Jellachich und ſeine Zwangsherrſchaft beſteht, das hat die Geſchichte der letzten Tage gezeigt und die kommenden Ereigniſſe werden es noch in klareres Licht ſtellen. Ich ſehe nicht ein, was uns Deutſche veranlaſſen kann, die Freiheit der Ungarn zu beſchränken und zu gefährden. Berückſichtigen Sie, daß die Ungarn nichts ſehnlicher wünſchen, als den innigen Anſchluß an Deutſchland. Wenn man uns ſagt, unſere Sympathien ziehen uns zu dieſem Volk, ſo gebe ich nicht viel darauf. Die Sympathien gelten wenig zwiſchen den Völkern, ſie werden durch das Intereſſe geleitet, und die Wenigen, welche durch das Gefühl zu andern Völkern gezogen werden, werden nicht gehört. Aber ich frage Sie: wohin ziehen die Intereſſen der Ungarn? Sie ziehen ſie ewig nur zu Deutſchland, und wenn man zweifeln wollte, ſo leſe man nur die Geſchichte, und dieſe wird zeigen, daß die Ungarn nur für Deutſchland Sympathien gehabt haben. Das iſt das, was man gegen den Anſchluß an Deutſchland vorbringt. Nun, meine Herren, will ich auch einige Gründe vorbringen, welche gegen die Bildung einer öſterreichiſchen Conföderativ-Monarchie gerichtet ſind. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß, wenn ein öſterreichiſcher Conföderativſtaat gebildet wird, ein inniger Anſchluß an Deutſchland nicht möglich iſt, ſondern nur ein Schutz-, Trutz- und Handelsbündniß zu Stande kommen könnte. Nun, meine Herren, glauben Sie, daß wir einen einzigen Paragraphen unſerer Verfaſſung votiren könnten, ehe das Verhältniß mit Oeſterreich geordnet iſt? Ich glaube nicht. Ich will auf Folgendes aufmerkſam machen: wir ſind ſo ziemlich darüber einig, daß ein gemeinſchaftliches Mauthſyſtem ganz Deutſchland umfaſſen muß, wir ſind darüber einig, daß die Reichskaſſe aus den Mauthgefällen dotirt werden muß. Dieß iſt ſchon der erſte Prügel, der uns im Wege liegt, und über den Sie ſtraucheln müſſen.

Ihre Reichskaſſe gleicht einem Terminirſacke, ſo lange Sie ſie nicht dotirt haben. Aber gerade die Mauth iſt es, welche es für Oeſterreich ſchwierig macht, ſich an Deutſchland anzuſchließen. Laſſen Sie ſich nicht täuſchen, meine Herren, es ſtellen Einige, welche einen Föderativſtaat in Oeſterreich wollen, eine gemeinſchaftliche Mauth mit uns ſo leicht hin; glauben Sie es nicht. Rechnen Sie nur die Tabakregie, welche 18,000,000 einträgt. (Einige Stimmen: Nein, 16 Millionen.) Alſo 16,000,000; dieß iſt ſchon ein Hemmniß, welches Oeſterreichs Anſchluß an die deutſche Mauth erſchwert, und Sie dürfen nicht daran denken, eine gemeinſame Mauth zu erzielen, wenn nicht der Anſchluß an Deutſchland erreicht wird. Dann kommen wir an eine gemeinſame Armee. Was man unter einer gemeinſamen Armee verſteht, habe ich Ihnen am 22. Auguſt auf dieſer Tribüne erklärt, und ein, leider durch Meuchelmord umgekommener Miniſter hat geſagt, was eine gemeinſame deutſche Armee in Oeſterreich iſt: „Es dürfen nicht einmal deutſche Farben getragen werden, weil man die Slaven dadurch böſe machen könnte.“ Nun kommen wir an einen andern wichtigen Moment. Wenn Oeſterreich eine ſelbſtſtändige Monarchie bildet, ſo wird es allerdings gerne mit uns ein Schutz- und Trutzbündniß eingehen; aber können wir es eingeben? Nein! ich ſetze bei jedem, auf gerechter Baſis abgeſchloſſenen Vertrag voraus, daß die Rechten und Pflichten, Leiſtungen und Vortheile ſich ausgleichen. Meine Herren, ich hoffe, daß die Verfaſſung Deutſchlands ſo ausfallen werde, daß ſie keinem Nachbarſtaat gerechte Veranlaſſung geben werde, uns zu bekriegen. Ich hoffe, wir werden mit Europa in Frieden leben. Glauben Sie, daß es Oeſterreich auch kann? Nimmermehr. Es wird dieſe verwickelten Verhältniſſe in Italien behalten, die ewig ein Zankapfel zwiſchen Oeſterreich, Frankreich und Italien bleiben werden; es wird die Verwickelung in Oſten mit Rußland behalten und wir dürften immer nur für Oeſterreich die Waffen tragen, ohne ein Aequivalent dafür anſprechen zu dürfen. Es wird vielleicht nur noch ſo lange dauern, bis die Verfaſſung und die Präſidentenwahl in Frankreich definitiv geworden iſt, um das zu bewahrheiten, was ich geſagt habe. Es kommt noch ein anderer Umſtand in Betracht, und, meine Herren, ich bitte Sie, ſeine Beſprechung nicht als eine Feindſeligkeit gegen einen Völkerſtamm oder gegen eine Perſon aufzunehmen: dieſer Umſtand iſt das Staaten-Gleichgewicht in Deutſchland. Glauben Sie, daß es in Deutſchland gut ſein würde, wenn wir auf der einen Seite ein mächtiges Preußen haben, und auf der andern Seite ein mächtiges Oeſterreich aufgeben und inzwiſchen lauter kleine Staaten haben? Ich glaube nicht, daß Einer, der ein aufrichtiger Freund des deutſchen Vaterlands iſt, eine ſolche Societas leonina herbeiwünſchen wird. Ich verwahre mich aber nochmals, als wäre ein feindlicher Gedanke gegen eine Perſon oder gegen ein Volk dieſer Anſicht zu

Grunde gelegt, es iſt nur eine objective Auffaſſung der Dinge. Nun kommen wir auf einen der ſchwerſten Punkte. Glauben Sie denn, daß irgend einer von Ihnen durch ſein Mandat auch das Recht bekommen hat, 7 bis 8 Millionen Deutſche aufzugeben und aus dem deutſchen Reiche zu entlaſſen? (Bravo von mehreren Seiten.) Ein ſolches Recht habe ich nicht, und ein ſolches Votum wage ich nicht vor meinen Wählern zu verantworten. Ich erlaube mir, Sie an die große Aufregung zu erinnern, welche der däniſche Waffenſtillſtand hervorgebracht hat. Meine Herren! Ich habe gegen den däniſchen Waffenſtillſtand geſtimmt, aber ich habe in dem von mir redegirten deutſchen Volksblatt wiederholt geſagt, es liegen ebenſoviel Gründe für die Genehmigung deſſelben, als gegen dieſelbe vor. Ich habe geſagt: es kann Einer ein warmer Patriot ſein und doch für die Genehmigung des Waffenſtillſtandes geſtimmt haben; aber für die Ausſcheidung der Deutſchen in Oeſterreich aus Deutſchland, kenne ich keine Gründe, und mit dieſer Ausſcheidung wäre nicht nur eine furchtbare Aufregung gegeben, ſondern auch der Bürgerkrieg decretirt. (Bravo von mehreren Stimmen.) Meine Herren, an dieſer Ausſcheidung hängt mehr, als Sie vielleicht ahnen: Wollen Sie der rothen Republik, die Sie alle ſcheuen und vielleicht theilweiſe auch verachten, in die Hände arbeiten, dann geben Sie Oeſterreich los. Wollen Sie die demokratiſche Verſammlung in Berlin zu Ehren bringen und ihr einen feſten Boden geben, dann ſtimmen Sie für die Ausſtoßung der Oeſterreicher aus Deutſchland. Sie werden Tauſende finden, welche noch mit Enthuſiasmus an der Paulskirche hängen, die aber nach einem ſolchen Votum uns das Vertrauen aufkünden. Es fehlt nur noch, daß ein Mann, der in Süddeutſchland keine Sympathien hat, zum Oberhaupt von Deutſchland gewählt wird, dann haben Sie alle Schrecken des blutigſten Bürgerkriegs. Meine Herren! Man ſagt, es ſei hier auf der Tribüne gut ſprechen: So und ſo ſoll es ſein; aber man fragt uns: Was können wir thun, um den Anſchluß Oeſterreichs an Deutſchland zu erreichen? — aber, meine Herren, wenn wir nicht für die Einheit Deutſchlands ſorgen können, dann haben wir gar nichts hier zu thun, dann gehen wir fort! (Heiterkeit.) Doch ich frage Sie: Iſt es denn ſo ſchwer dieſen Anſchluß zu erzielen? Hätten die Herren noch vor wenigen Wochen die Sache in die Hand genommen, ich verſichere Sie hoch und theuer, wenn Sie auch auf Verſicherungen nicht viel halten, es wäre zu keinem Flintenſchuß gekommen. Es gibt in Oeſterreich geſcheidte Leute auch in den obern Regionen, welche recht gut wiſſen, wieweit man gehen darf und wieweit man nicht gehen darf, der Fürſt Metternich — war nie mein Mann — (Heiterkeit) aber die Meinung habe ich von ihm, daß, wenn er noch das Ruder in Händen hätte, Manches nicht geſchehen wäre, was in neueſter Zeit geſchehen iſt. (Große Heiterkeit.) Zum Schluſſe muß

ich nur noch die Frage beantworten, welche ein Vorredner aufgeworfen hat, indem er fragte: Ja, ſollen wir denn zur Gewalt greifen? Sollen wir einen Bürgerkrieg zwiſchen Deutſchen und Deutſchen entzünden? Nein, nimmermehr! Dazu wird es auch nicht kommen. Wenn es je zum Krieg kommen ſollte, dann käme es zu einem Kriege zwiſchen Deutſchen und Slaven, und wenn ein ſolcher Krieg doch einmal kommen ſoll, ſo komme er lieber früher als ſpäter; er komme lieber jetzt, wo die panſlaviſtiſchen Ideen ihre reelle Ausbildung noch nicht erreicht haben. Endlich laſſen Sie ſich nicht irre machen durch Vorſpiegelungen von kleinlichen Vortheilen bei dieſer oder jener Chance. Unſer großer Lehrer hat geſagt: „Suchet zuerſt das Himmelreich, alles Andere wird Euch beigegeben werden.“ — Ich aber ſage: „Erringen Sie zuerſt das einige deutſche Reich; Alles andere wird folgen!“ (Vielſeitiges Bravo.)

Rede des Abgeordneten Reitter von Prag

in der Sitzung vom 20. October 1848.

Meine Herren! Ich muß vor Allem erklären, daß ich nicht mit denſelben Worten beginnen kann, mit welchen der Vorredner *) ſeinen Vortrag hier eröffnet hat, denn ich erkläre, daß ich nicht mit Liebe für ein ſogenanntes ſpecielles Vaterland auftrete. Ich habe nur ein Vaterland, und freue mich, nur ein einziges zu haben. Ich muß ferner erklären, daß es mich vor der März-Revolution ſehr geſchmerzt hat, wenn ich in Frankreich hörte, es wären wohl mehrere Länder in Mitteleuropa da, aber ein Deutſchland gebe es nicht; man wies mich auf die Worte des Marſchalls Davouſt hin: „es gibt ein Preußen, Bayern, Würtemberg, aber kein Deutſchland.“ Meine Herren! Ich glaube, daß wir nach der März-Revolution endlich ein Deutſchland haben, daß weder von Preußen, noch Bayern die Rede ſein kann, wenn es ſich darum handelt, deſſen Einheit und Freiheit zu begründen. (Bravo.) Uebrigens wundere ich mich ſehr, daß alle Herren, die gerade eine ſo große Liebe für ihr ſogenanntes ſpecielles Vaterland im Herzen tragen, ſo ſchlecht unterrichtet ſind in Bezug auf die eigentlichen Zuſtände deſſelben, daß ſie beſonders hierin — ich muß ſagen — unwiſſend ſind; denn geſtern iſt eine Broſchüre ausgetheilt worden, die ganz falſche Ziffern enthält, und der erſte Redner, der gegen den Ausſchuß-Antrag ſprach, hat ebenfalls falſche Ziffern angegeben, und ſpricht z. B. von fünfzehn Millionen Deutſchen in Oeſterreich. Ich glaube, es weiß jeder Schulknabe, daß es bloß ſieben bis acht Millionen ſind.

---

*) Arneth von Wien.

Und ſo ſind die Daten alle falſch von A bis Z, und ich ſehe mich daher veranlaßt zu einigen Notizen, welche der ferneren Discuſſion eine feſte Baſis zu geben vermögen. Ich ſage zuerſt, daß nicht, wie in der bemerkten Broſchüre geſagt wurde, es zwanzig Millionen Slaven in Oeſterreich gibt, ſondern daß deren nur ſechszehn bis ſiebzehn Millionen ſind, eine Zahl, die auf der Angabe des beſten Panſlaviſten, des gelehrten Schaffarik, beruht. Auf dieſe Ziffer hin wurde jene Politik in Oeſterreich beobachtet ſeit der März-Revolution, die wir Alle nicht allein in Oeſterreich, ſondern auch in Deutſchland ſehr zu beklagen haben. Man hielt ſich bloß an dieſe Ziffer, man ſagte: das iſt ja die Hälfte der Einwohner der öſterreichiſchen Monarchie, das iſt ja ein Element, welches eine Baſis geben kann zu einem unabhängig daſtehenden Oeſterreich. Ich ſage, daß dieß eine ganz falſche Berechnung iſt; die Slaven ſind nicht allein zerriſſen in geographiſcher Beziehung, ſondern auch in nationaler. Ich muß ſie darauf aufmerkſam machen, meine Herren, daß die Süd-Slaven von den Nord-Slaven durchaus getrennt ſind. Betrachten Sie, meine Herren, die gute ethnographiſche Karte Schaffarik's, ſo werden Sie keine Berührungspunkte zwiſchen ihnen finden; und ich glaube, es iſt dieß ein ſehr bedeutender Umſtand. — Ferner muß ich Ihnen ſagen, daß die Slaven, die ſich in Oeſterreich befinden, verſchiedenartig in ihrer Nationalität ſind, und wenn wir die eigentlichen Ziffern durchgehen hinſichtlich der verſchiedenen Nationalitäten, ſo finden wir nicht eine einzige Ziffer, die der Zahl der deutſchen Bewohner in Oeſterreich gleich käme. Wir ſehen vier Millionen Böhmen und Mähren, zwei Millionen Slowaken, zwei Millionen Polen, zwei Millionen Ruthenen, eine Million Wenden und 800,000 Croaten. Will man damit ſagen, die Slaven ſeien berechtigt, die Herrſchaft in Oeſterreich zu ergreifen oder Deutſchland Geſetze zu dictiren? Ich ſehe es gar nicht ein; ſie ſind, wie ich durch Ziffern und die Anſchauung einer ethnographiſchen Karte bewieſen, nicht berufen, ein ſogenanntes ſlaviſches Oeſterreich zu bilden, welches die jetzige Dynaſtie gern haben möchte, die ſich aber da ſehr verrechnet. — Meine Herren! Diejenigen, die die Anſicht des Ausſchuſſes angreifen, beginnen meiſt ihre Rede damit, daß dieß tief in die Intereſſen Oeſterreich's eingreifen werde, oder einſchneiden werde, wie man zu ſagen beliebte. Das, meine Herren, veranlaßt mich, zurückzugehen bis auf den Urſprung der Bewegung, die jetzt zu einer ſo bedeutenden Größe angewachſen iſt, daß ſie uns hier eine Schwierigkeit für die Einheit Deutſchlands werden ſoll. Zuerſt waren es die Magyaren, welche in nationaler Beziebung nach einer Art Selbſtſtändigkeit trachteten, indem ſie Oppoſition machten gegen die dynaſtiſche Politik des ſonſt ſo lobenswerthen Kaiſers Joſeph. Sie ſahen, daß es um ihre Nationalität geſchehen war, wenn ſie in die Politik des Regenten ein-

gingen. Sie zählten die Einwohner ihres Landes und bemerkten, daß ſie im eigentlichen Ungarn nicht gerade in der Minderheit waren, wie ein Redner geſagt hat; daß aber die Zahl fremder Nationalitäten der ihrigen gleichkam. Die Folge war, daß, da die Magyaren als ein Inſelvolk in Europa von außen keine Einwanderungen veranſtalten konnten, ſie durch den Trieb der Selbſterhaltung gezwungen wurden, ihr Land ſo viel als möglich zu magyariſiren, und daraus hat man, wie Eiſenmann richtig bemerkt hat, in Wien ihnen ein Verbrechen gemacht, daß ſie ihre Nationalität zu erhalten ſtrebten, um nicht durch Deutſche und Slaven unterdrückt zu werden, während man es natürlich findet, wenn Frankreich den Elſaß ſo viel als möglich franzöſiſch zu machen trachtet. Daſſelbe Recht, welches die Franzoſen in Anſpruch nehmen, um ihre Nationalität zu verbreiten, daſſelbe Recht muß man, bei gebieteriſcheren Umſtänden, auch den Magyaren zugeſtehen. Die Herren von der Hofpartei, welche es ſo grauſam fanden, daß die ſlaviſche Nationalität in der Beziehung unterdrückt werden ſoll, die haben ſie germanſiren wollen. Woher der Unterſchied in dem Principe der Humanität? während man es für ſich ſelbſt in Anſpruch nimmt, nimmt man es den Ungarn übel, daß ſie auf ihre Weiſe die ſlaviſchen Nationalitäten magyariſiren wollen. Die zweite nationale Bewegung in Oeſterreich war die panſlaviſche. Sie wurde veranlaßt durch Träume und Chimären einiger Profeſſoren und Gelehrten in Prag. Auf der ethnographiſchen Karte ſahen ſie, daß ihre Nation ein weit vorgeſchobener ſlaviſcher Poſten in Deutſchland iſt. Sie ſagten ſich: wir müſſen durch den deutſchen Einfluß unſere Nationalität verlieren, wenn wir nicht trachten, einen innigen Bund unter den Weſtſlaven zu bewirken. Sie erfanden das Wort Panſlavismus. Ich habe hinter die Couliſſen dieſer Leute geſehen. Ich will Sie aber nicht hier mit der Aufzählung der Mittel aufhalten, von denen die Panſlaven Gebrauch machen; ich will nur hinweiſen auf ihr Ziel. Sie ſagen: wir müſſen das preußiſche Schleſien, Poſen bis Königsberg, und Alles, was zum öſtlichen Preußen gehört, das müſſen wir zurück haben. (Hört! hört!) Und ich glaube, daß nichts klarer ſprechen kann, als die Ausſage eines der fanatiſchſten Panſlaven, den es gibt, und der bei dem öſterreichiſchen Hofe jetzt nicht unbeliebt iſt. Wiſſen ſie, wie dieſer Mann in einer Zeitung in Prag ſich ausgedrückt hat, als man von den Beſchlüſſen ſprach, die hier gefaßt wurden, daß die verſchiedenen Nationalitäten in Deutſchland geſchont werden ſollen? Er ſagt: wir wollen lieber die ruſſiſche Knute, als die deutſche Freiheit. Das iſt gedruckt, und dieſer Mann befindet ſich in der unmittelbaren Umgebung des Kaiſers. (Hört! hört!) Der Mann nennt ſich Hawlitſchek. Endlich komme ich zu der neueſten Bewegung; ſie iſt ſehr jung, aber kräftig; ſie datirt erſt vom Monat März. Aber in wenig Tagen hat die deutſche Nation größere Fortſchritte gemacht,

als irgend eine andere in Oeſterreich. Sie ſehen, daß der Conflict der verſchiedenen nationalen Tendenzen das iſt, was die öſterreichiſchen Angelegenheiten ſo ſehr verwirrt, daß ſelbſt der mit den ausländiſchen Angelegenheiten vertraute Staatsmann ſagen muß: wir ſehen nicht mehr klar in den öſterreichiſchen Angelegenheiten, die Sache iſt ſo verwirrt, daß wir den Ausweg nicht mehr finden können. Meine Herren, ich werde mich bemühen, Ihnen zu zeigen, welchen Weg Deutſchland einzuſchlagen hat. Ehe ich darauf eingehe, muß ich noch auf den bekannten Umſtand zurück kommen, daß die Hofpartei ſich für die ſlaviſche Nationalität entſchied, ſich ſtützend auf die Zahl von 17 — 18 Millionen Slaven in Oeſterreich. Ich habe ſchon geſagt, daß dieß ein Rechnungsfehler war. Was war nun der erſte Schritt der Dynaſtie, um das durchzuſetzen, was ſie ſich als Ziel vorgeſteckt hatte? Nach der Märzrevolution war der deutſchen Nationalität eine conſtituirende Verſammlung verſprochen. Man ſagte ihnen: „Ihr ſollt einen Reichstag haben, ihr ſollt euch ſelbſt die Geſetze geben.“ Um aber den deutſchen Einfluß unwirkſam zu machen, wurde Galizien auf willkürliche Weiſe hinzugezogen, ohne die geringſte Veranlaſſung, und obwohl die Galizier ſelbſt dagegen proteſtirten. Man ging noch weiter, man ließ die Wahl durch Stadion ſo leiten, daß von aufgeklärten Leuten Niemand, ſondern nur Bauern gewählt wurden, welche bloß den Zweck hatten, alle Feudallaſten von ſich zu wälzen, ohne ſich um die weiteren politiſchen Angelegenheiten zu kümmern. Sie wurden von Stadion in der Sitzung wie ein Bataillon commandirt, und er war es, der das Loſungswort bei der Abſtimmung ihnen angab. Nun komme ich endlich auf dasjenige, was ich die deutſche Politik im Oſten nenne; die deutſche Politik, die uns endlich die Sicherheit geben ſoll, daß Deutſchland nicht mehr bloß ein Conglomerat verſchiedener Länder, ſondern eine große Nation iſt, die als Großmacht in Europa daſteht. Ich glaube, es war Herr Arneth, der es geſagt hat, natürlich bloß auf behauptende und nicht beweiſende Art: daß die Donaumündungen für Deutſchland verloren gingen, wenn Sie in Oeſterreich eine Perſonalunion einführen würden. Da muß ich nun wieder die ethnographiſche Karte zur Hand nehmen, die uns durch ihren Anblick bei weitem mehr belehrt, als bändereiche Werke. Wir ſehen da die magyariſche Nation in unmittelbarer Berührung mit der wallachiſchen und deutſchen Nation. Die roumainiſche Nation in den Ländern Siebenbürgen, Moldau und Wallachei bildet eine compacte Maſſe, und nur im weſtlichen Theile dieſer Landſtrecken befinden ſich deutſche und magyariſche Elemente. Wenn man dieſes Land betrachtet, ſo ſieht man, daß es beſtimmt iſt, die Schweiz des Oſten zu werden, ein ſogenanntes neutrales Land, welches der ruſſiſchen Macht ſagt: „bis hierher und nicht

weiter,“ und der ſchwachen türkiſchen Politik auch einen Fingerzeig gibt, die Mündungen der Donau und die Schifffahrt auf ihr frei zu geben. — Ich gehe nun auf die Sache ſelbſt ein, und ſpreche von der Perſonalunion, die von einer gewiſſen Seite her ſo ſehr perhorrescirt wird. Es ſind unter andern Amendements geſtellt worden, worin man ſagt, die Punkte 2 und 3 mögen angenommen, aber hinzugeſetzt werden, daß das Verhältniß Deutſchland's zu Oeſterreich ſpäterer Beſchlußnahme vorbehalten bleiben ſolle. Ich halte dieß für einen ſo offenbaren Widerſpruch, daß ich keine Erwiderung darauf zu geben habe; denn wenn man die §§ 2 und 3 annimmt, ſo iſt das eine Entſcheidung ohne Appellation an die Zukunft. Diejenigen aber, welche dieſe Paragraphen ganz wegwünſchen, die da ſagen, daß wir es beim Proviſorium laſſen ſollen, vergeſſen, daß wir Alle das Proviſorium herzlich ſatt haben. Wollen wir doch Alle endlich zum Definitivum gelangen. Ja, ſelbſt die äußerſte Rechte in dieſem Hauſe dringt darauf. Können wir aber ein Definitivum haben, wenn unſer Verhältniß zu Oeſterreich nicht auf eine beſtimmte Weiſe feſtgeſtellt iſt? Können wir überhaupt noch Geſetze berathen, feſtſtellen und publiciren, die mit Hülfe öſterreichiſcher Deputirten hier abgefaßt wurden, wenn wir nicht wiſſen, ob denn Oeſterreich wirklich zu Deutſchland gehören wird? Ich ſage darum, daß Gefahr auf Verzug iſt, und daß, wenn es möglich iſt, man heute noch entſcheiden ſollte, ob Oeſterreich deutſch iſt oder nicht. Uebrigens, meine Herren, kann man uns hier in Frankfurt a. M. keinen Vorwurf machen, daß wir die Sache überſtürzen; ich glaube, wir haben eine lange Geduld gehabt, wir haben ſechs Monate gewartet, wir haben uns Alle geſagt, daß zuvor in der öſterreichiſchen Monarchie die Angelegenheiten geordnet werden müßten. Was iſt aber aus der Verwirrung im März geworden? ſie nahm zu, ſtatt ab und endet in dieſem Augenblick mit einem Bürgerkriege. (Bewegung.) Ich glaube, daß man es klar einſehen kann, daß mit dem Zuwarten weder uns noch Oeſterreich gedient werden kann. (Vielſeitig: Sehr wahr!) Ich muß mich auch aus dem Grunde für die Perſonalunion ausſprechen, weil ſonſt die Anſprüche Rußland's auf Holſtein und vielleicht noch andere Länder, wie dieß durch Erbſchaft geſchehen kann, in der Art erhoben werden könnten, daß es Deutſchland angreifen würde, um Etwas zu erlangen, was wir Oeſterreich gewähren. Darum müſſen wir hier ein Princip aufſtellen, wir müſſen im Voraus ſagen, daß nichts Anderes zu erwarten ſei, als höchſtens eine Perſonalunion. Ich hoffe aber, daß bis dahin ſich die Zeiten ſo geändert haben werden, daß wir derlei Anſprüche ganz kurz zurückweiſen können. Ueberhaupt iſt es nöthig, daß endlich das Ausland erfahre, was denn eigentlich Deutſchland iſt, daß es wiſſe, ob es noch ein oſſianiſches Nebelland, oder eine compacte Maſſe iſt, die anderen imponiren kann. Leſen wir

doch noch immer in den franzöſiſchen und engliſchen Journalen: „l'Autriche" und daneben „l'Allemagne;" man macht alſo noch einen Unterſchied. Das muß aufhören! Wenn in Italien, oder irgendwo, Deutſchland für Oeſterreich einſtehen ſoll, ſo müſſen wir gewiß ſein, daß Oeſterreich ein deutſches Land iſt. Und ich glaube, die Zuſtände in Frankreich und Oeſterreich ſind jetzt der Art, daß, wie ich ſchon bemerkte, Gefahr auf Verzug iſt und jede Stunde koſtbar wird. Unſer Beſchluß wird auf die italieniſche Frage einen ſehr großen Einfluß ausüben. — Was die Provinz Böhmen betrifft, aus welcher ich hierher gekommen bin, ſo muß ich geradezu nnd offen geſtehen, daß, wenn auch in Böhmen nicht ein einziger Deutſcher lebte, auch wenn Böhmen nie zu Deutſchland gehört hätte, wir doch Böhmen haben müßten. Denn ſprechen Sie mit erfahrenen Militärs, ſo wird man Ihnen ſagen, daß ſich Deutſchland in einem Kriege mit Rußland, der ſpät oder früh ausbrechen wird, nicht behaupten kann, wenn es nicht dieſe feſte Stellung im Oſten inne hat. — Böhmen müſſen wir haben! Wir brauchen aber dabei gar nicht gewaltthätig zu handeln. Nah an zwei Millionen Deutſche bewohnen Böhmen, deren Sympathien wir haben. Vom ſlaviſchen Volke haben wir keinen Widerſtand zu erwarten. Der tſchechiſche Bauer kümmert ſich nicht um die politiſchen Tendenzen der Gelehrten in Prag. Im Juni-Aufſtande kam trotz allen Aufforderungen kein einziger Mann von dem flachen Lande nach Prag. Sie ſehen darin den Beweis, daß keineswegs die ſlaviſche Bewegung in Böhmen ſo bedeutend war, als die Herren in Wien die andern Leute es glauben machen wollten. Auch in Bezug auf die öſterreichiſche Geſammtmonarchie iſt eine Perſonalunion wünſchenswerth, denn ſie muß aus dem proviſoriſchen Zuſtande herauskommen, und der Reichstag in Wien fühlt jetzt mehr als je die Nothwendigkeit, die Entſcheidungsſtunde zu beſchleunigen. Man ſagte unter anderm, daß das deutſche Element keineswegs in Oeſterreich gefährdet iſt, auch wenn Oeſterreich nicht zu Deutſchland gehören ſollte. Dem muß ich aber aus eigener Erfahrung auf das Feierlichſte widerſprechen und der Verſammlung anzeigen, daß durch die Slaven das deutſche Element in Oeſterreich ernſtlich gefährdet iſt. Die Tſchechen dringen darauf, mit dem kommenden Schuljahre in Prag von drei deutſchen Gymnaſien zwei Gymnaſien in czechiſche umzuwandeln. (Bewegung; Stimmen im Centrum und au der Linken: Hört, hört!) Das Miniſterium Bach hat nicht dagegen proteſtirt! und welches Gymnaſium wollte man einräumen? Ein ſolches, welches ſehr entfernt liegt, von welchem die deutſche Jugend weit entfernt wohnt. Alſo mit Gewalt will man die Deutſchen zu Slaven machen. Und welche Hülfe haben wir Deutſche in Wien gefunden? Wir fanden nur taube Ohren. Folgendes iſt ebenfalls eine vielſagende Thatſache: Als die Deutſchen, gedrückt durch die

Gewalthätigkeit der Czechen in Prag, nach Wien eine Deputation ſandten, die einen Tag früher eintraf, als die czechiſche Deputation, ſo erhielt doch die letztere früher eine Audienz, nämlich gleich drei Stunden nach ihrer Ankunft, und die Deutſchen mußten 1¼ Tage warten, bis ſie Audienz erhielten. (Stimmen der Entrüſtung auf der Linken und im Centrum: Hört! hört!) Das ſind die Garantien, die man uns Deutſchböhmen anbietet. Noch eine Thatſache, meine Herren: Windiſchgrätz, deſſen politiſcher Freund ich nicht bin, deſſen Privatcharakter ich ehre und an deſſen Wahrhaftigkeit ich glaube, erklärte öffentlich, daß den Prager Juni=Ereigniſſen eine tiefverzweigte Verſchwörung zu Grunde liege. Nach langwieriger Unterſuchung ward plötzlich der Prozeß unterdrückt, weil man fand, daß die Verſchwörung eine ſlaviſche und nur nebenbei demokratiſche war. Die hierbei am bedeutendſten Compromittirten, wo befinden ſie ſich? Sie befinden ſich im Hoflager. (Hört! hört!) Die Leiter dieſer Bewegung nahmen ihren Sitz im Wiener Reichstag ein, und endlich haben wir ſogar von Herrn Schilling" gehört, daß ein Trojan ſich unmittelbar in der Nähe des Kaiſers befindet, um die Wiener Angelegenheiten zu beſprechen, auch wohl zu reguliren. Was der Panſlavismus bedeutet, ſagt uns ſein Princip: „Lieber die ruſſiſche Knute, als die deutſche Freiheit.“ Laſſen wir uns demnach nicht von der geheuchelten Demokratie des Panſlavismus täuſchen. (Zur Linken gewendet.) Wir haben von der ſlaviſchen Demokratie für uns nichts zu erwarten, und wenn der Panſlavismus demokratiſche Tendenzen vorſchiebt, ſo beweiſt das nur, wie ſehr er unſer Mißtrauen verdient. Kein beſſeres Mittel gibt es, ihn einzuſchränken, ihn zu lähmen, als wenn wir die Magyaren und die wallachiſche Nation vereinigen und in die ſüdliche Macht Rußlands einen ganz kräftigen Keil hineintreiben. (Bravo!) Nun beſpreche ich dasjenige, was ich in Bezug auf die öſterreichiſche Geſammtmonarchie zu ſagen habe. Ich habe es ſeiner Zeit bei der Beſprechung der italieniſchen Frage bewieſen, daß ich Oeſterreich nicht leichtſinnig zerſtückeln will. Ich habe damals geſagt: daß die Franzoſen nicht das Recht haben, mit hülfreicher Hand dort einzutreten. Wenn eine Nation frei ſein, ſich national conſtituiren will, ſo hat ſie auch die Kraft, dieß durchzuſetzen, — iſt ſie zu ſchwach dazu, ſo iſt ſie auch noch nicht reif dazu. Und wir ſahen bald ein, daß die hülfreichen Franzoſen keineswegs ſo unintereſſirt dabei ſein dürften, als man es uns früher glauben machen wollte. (Hört! hört!) Aber wenn ich für die vorläufige Erhaltung der italieniſchen Provinz ſprach, ſo habe ich damit nicht ein gewaltſames Zuſammenhalten Oeſterreich's als Princip aufſtellen wollen. — Von öſterreichiſchen Dynaſtikern wurde mir in Bezug auf die von mir verlangte Emancipation der ſlaviſchen Völker Folgendes entgegengehalten: Sind wir nicht, ſagten mir dieſe Dynaſtiker, Herren der Slaven geworden,

und ſollen wir muthwillig dieſe Völker wieder frei geben? Sollen wir nicht handeln wie jene Römer, welche dadurch groß wurden, daß ſie trachteten, der ganzen Welt das Geſetz zu dictiren? Das iſt nun eine ſtarke Uebertreibung, wenn man ſich jetzt in Wien mit den Römern vergleicht, wenn man ſagt, die Deutſchen hätten ſich der Slaven bemeiſtert. Ich werde dabei unwillkürlich an jene Anecdote erinnert, wo ein engliſcher Officier in Indien ausruft: Ich habe drei Maratten gefangen! — Nun, ſo bringe ſie doch! — Ja, ſie laſſen mich nicht los! (Gelächter.) Ich finde umgekehrt, daß die Slaven ſich der Deutſchen bemeiſtert haben. Was nun die ſogenannte Vorſehung betrifft, durch welche Oeſterreich entſtanden iſt, ſo finde ich ſeine Entſtehung nicht in der Vorſehung, als vielmehr in Heirathen. (Heiterkeit.) Auch ich ſage, daß Oeſterreich in der Geſchichte der Völker den Beruf hatte, die Cultur und Aufklärung des Weſten nach Oſten zu bringen, und dieſen Zweck hat es erfüllt, denn wir ſehen in Ungarn und den andern Ländern im Oſten eine kräftige Volksliteratur vor uns, welche früher nicht da war, und dieſe Gerechtigkeit müſſen wir uns Deutſchen widerfahren laſſen, daß wir es ſind, die ſie hervorgerufen haben, und inſofern ſind uns die Nationen im Oſten Dank ſchuldig. Nun ſind aber die Nationen im Oſten aufgeklärt, die Cultur hat ſich Bahn gebrochen damit dürfte auch der Einfluß, welcher bis jetzt von Oeſterreich geäußert wurde, ſeinen Zweck erreicht haben. Wenn man aber Oeſterreich in ſeiner früheren Beſchaffenheit fortbeſtehen laſſen wollte, ſo würde man es zwingen, ſich ſelbſt zu überleben. Nachdem die Völker ſich ſelbſt aufgeklärt haben, brauchen ſie unſere Hülfe nicht mehr. Man wirft uns vor, daß wir hier Oeſterreich zerreißen wollten. Nun, meine Herren, ich finde das ſehr naiv in einem Augenblicke, wo Alles in Oeſterreich ſelbſt daran arbeitet, es zu zerreißen. Was thun denn die Ungarn, die Italiener? Arbeiten dieſe für die Erhaltung der Monarchie? Man ſagt ferner, es werde ein Bürgerkrieg entſtehen, wenn Sie die beiden Paragraphen annehmen. Der Bürgerkrieg iſt ſchon ohne unſer Zuthun ausgebrochen. Iſt er etwa deßhalb entſtanden, weil man das deutſche Element ſchützen wollte, nein, weil es unterdrückt wurde. (Bravo.) Man betrachte doch die geographiſche Geſtaltung Oeſterreich's, ſeine Abdachungen nach Süden, Norden und Weſten, alſo in drei verſchiedenen Richtungen; dieſe verſchiedenen Richtungen beweiſen, daß keine Einheit der Intereſſen da iſt. Jeder Staatsöconom weiß, daß die Gebiete der Flüſſe und Ströme maßgebend ſind für die materiellen Intereſſen der Länder. Aber ſelbſt der Mailänder würde den Verluſt, welchen er in ſeinem Seidenhandel erlitte, gern tragen, wenn er damit von Oeſterreich loskäme. Ich ſehe keine Verletzung der Intereſſen. Man ſpricht endlich auch von der Staatsſchuld Oeſterreich's, man ſagt, wenn die einzelnen Provinzen nur durch eine

Perſonalunion zuſammen hingen, ſo würde der Banquerott ausbrechen. Ich möchte aber entgegnen, daß er ſchon zum Theil da iſt. Glauben Sie etwa, daß, wenn Oeſterreich mit Deutſchland nicht verbunden wird, die Magyaren und die Italiener die Staatsſchulden übernehmen würden? Keineswegs. Ich glaube vielmehr, wenn die öſterreichiſchen Provinzen ganz und gar zu Deutſchland gehören, ſo wird man die übrigen um ſo leichter zwingen können, den auf ſie fallenden Theil der Schulden auf ſich zu nehmen. Ohne die Redlichkeit der Abſicht verdächtigen zu wollen, glaube ich in den Amendements Rückſichten für die öſterreichiſche Dynaſtie zu erblicken. Wir wollen nun ſehen, welche Verdienſte ſich dieſelbe um uns erworben hat. Etwa dadurch, daß ſie den Reichstag in Wien nicht ganz zu einem deutſch-öſterreichiſchen machte, ſondern noch galiziſche Deputirte hineinzog; oder, daß ſie ſich durch die Hände eines Latour Mittel erlaubte, die in jeder Beziehung undeutſch und unehrenhaft ſind, oder, daß ſie deutſch-öſterreichiſches Geld dazu anwendete, um den Krieg gegen die Magyaren durchzuſetzen? (Hört! hört!) Etwa durch ſein conſtitutionelles Verfahren? — Herr Schilling erfuhr Folgendes bei ſeiner Anweſenheit in Stein: Als Hornboſtel den Kaiſer weiter begleiten wollte, um die miniſteriellen Contraſignaturen zu vollziehen, ſagte man ihm, er ſolle eine Spazierfahrt auf der Donau machen, die ſehr maleriſch ſei, aber eines verantwortlichen Miniſters bedürfe man nicht. Als Herr Schilling ſich angetragen hatte, dem Reichsverweſer Depeſchen zu überbringen, damit durch die Vermittelung der Centralgewalt die dortigen Differenzen ausgeglichen würden, was gab man ihm zur Antwort? — Man glaube, daß der Kaiſer ſchwerlich in dieſer Angelegenheit ſich an den Reichsverweſer wenden werde, und dergleichen mehr. Sie ſehen, daß die Nachfolger Metternich's ſeine Tendenzen haben, aber ſchwerlich ſein Talent, denn binnen Kurzem haben ſie ſich an den Rand des Unterganges gebracht. Uebrigens glaube ich, daß gerade die Perſonalunion das Einzige iſt, was die öſterreichiſche Dynaſtie retten kann. Denn wenn man gewaltthätig mit Hülfe eines Windiſch-Grätz und Jellachich die Völker wird zuſammenhalten wollen, ſo wird dieß mit einer Revolution enden, in welcher die Dynaſtie ihren Sturz finden muß. Die Perſonalunion wird nicht die Auflöſung der Monarchie zur Folge haben. Was hält Norwegen und Schweden zuſammen als eben dieſe Perſonalunion, und iſt es dadurch ſchwächer geworden? Nein, kräftiger. Hat ſich dieſe Kraft Schwedens nicht in der ſchleswig'ſchen Angelegenheit gezeigt? Sind gerade diejenigen, welche jetzt ſo ſehr gegen die Perſonalunion ankämpfen, dieſelben, welche in Wien in den Apriltagen behauptet haben, Deutſchland dürfe kein Bundesſtaat, ſondern müſſe ein Staatenbund werden. Sie können daraus entnehmen, meine Herren, welche Liebe

dieſe Herren zu Deutſchland hegen, wie dieſe Herren für Deutſchland beſorgt ſind, indem ſie damals mit Nachdruck die Behauptung verfochten haben, Deutſchland müſſe ein Staatenbund werden. Was haben wir daher von den patriotiſchen Geſinnungen dieſer Männer zu halten? Ich muß mit den wenigen Worten ſchließen, daß ich alle anweſenden Herren erſuche, dieſe Sache nicht als eine Parteiſache zu behandeln. Es iſt eine ganz und gar deutſche Sache, und wenn die letzten Ereigniſſe in Wien, in Beziehung auf den Beſchluß, der von einer eigenen Commiſſion gefaßt wurde, hier werden zur Sprache kommen, ſo wird es mir auch gelingen, Ihnen zu beweiſen, daß die letzte Bewegung in Wien vorzugsweiſe eine nationale und nicht eine demokratiſche war. Ich will dieſe Ereigniſſe hier nicht berühren und hoffe, daß alle meine Nachfolger auf dieſer Stelle es auch nicht thun werden, weil eine eigene Debatte hierfür beſtimmt iſt. Ich bitte Sie (zur Rechten gewendet), nicht, weil gerade eine bedeutende Zahl von Abgeordneten auf der Linken dieſe Perſonalunion wünſcht, ſich zu dem Glauben verleiten zu laſſen, dieſem Wunſche Oppoſition machen zu müſſen. Verkennen Sie die deutſche Sache in Oeſterreich nicht, und behandeln Sie ſie als eine nationale. Wir haben Deutſchland ſchon oft ein Beiſpiel unſerer inneren Zerriſſenheit gegeben. Jetzt haben wir die Gelegenheit, uns brüderlich die Hand reichen zu können. Laſſen wir dieſe Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen. Eine zweite ähnliche wird ſchwerlich wiederkehren. Ich muß deßhalb auch alle die Herren, die aus Oeſterreich hier ſind, bitten, wo möglich ſämmtliche Amendements, die ſie ſtellten, zurückzunehmen, und für die Paragraphen des Entwurfs ſelbſt zu ſtimmen. Dieſelben werden allerdings jedenfalls angenommen werden; allein es iſt zu wünſchen, daß die Stimmenzahl ſo groß als möglich ſei, damit dieſer Beſchluß ſo wirkſam und kräftig in Oeſterreich ſein könne, als es zu wünſchen iſt. (Vielſtimmiges Bravo auf der Linken und im Centrum.)

Rede des Abgeordneten Giskra von Wien

in der Sitzung vom 20. October 1848.

Wie ſich der Herr auf das Werk ſeiner Erlöſung vierzig Tage vorbereitete und es dann raſch in wenigen Tagen beendet hat, ſo haben wir uns durch faſt hundert Sitzungen vorbereitet, um endlich das große Werk kräftig in die Hand zu nehmen, um deſſenwillen uns Deutſchland's Stämme hierher geſandt. Endlich iſt der entſcheidende und vom Volke lang erſehnte Moment gekommen, und ſogleich am Anfange des großen Werks tritt uns ein ſcharfes Eck in den Weg, es tritt uns die Frage von Oeſterreich

entgegen. Jetzt gilt es nicht mehr wie einſt, die Augen zuzudrücken, um an der Ecke vorbeizuſchleichen, wie unſer Dahlmann irgendwo geſagt; jetzt heißt es, gerade die Ecke in das Auge zu faſſen und dieſelbe, wenn ſie am Wege ſteht, abzubrechen. Und das hat unſer Ausſchuß gethan; er hat die Ecke klar erkannt und iſt daran gegangen, wie es Noth thut, ich muß es ihm danken. (Beifall.) — Die Beſtimmungen der §§ 2 und 3 ſprechen einfach und beſtimmt aus, was für Oeſterreich und das andere Deutſchland nothwendig, was hätte lange ſchon beſtehen ſollen, und leider nicht beſtanden hat, die Perſonalunion deutſcher Provinzen mit nichtdeutſchen in Oeſterreich. Der Ausſchuß hat es mit klarem ſtaatsmänniſchem Blick erkannt und rechtem Wort erfaßt, was geſchehen muß und geſchehen wird in Deutſchland und Oeſterreich. Man ſagt vielfältig, dieſe Perſonalunion ſei wegen Oeſterreich nicht ausführbar, ich höre die verſchiedenſten Gründe, ich hörte ſie ſchon in Oeſterreich, ich höre ſie wieder, theils in öffentlichen Blättern, theils in der Paulskirche, ich finde ſie in Wort und Schrift von Oeſterreichern verkündet. Prüfen wir etwas näher dieſe Gründe, und ich glaube, meine Herren, Sie werden finden, daß ſie allgeſammt bei ruhiger umſichtiger Erwägung nicht ſtichhaltig, oder wenigſtens nicht entſcheidend ſind. — Wir hören in erſter Linie die treue Anhänglichkeit an unſere Kaiſerdynaſtie, wir hören die Stimme tiefliegender hiſtoriſcher Erinnerungen an das gewaltige Oeſterreich, früh eingewöhnt und weiter gepflegt im treuen Gemüthe durch die Leiden des Ganzen in den letzten Stürmen der Zeit, und dieſe verbieten, das Band des Geſammtſtaates zu lockern und zu ändern. Ja, meine Herren, wir haben eine Dynaſtie, mit der die Stämme in Oeſterreich viele Jahrhunderte zuſammengegangen, zuſammen Leid und Freud' getragen, für die das Gefühl tief im Herzen des Volkes Wurzel geſchlagen und auch lebendig geblieben. Wie lange ſie aber lebensfriſch und nachhaltig bleibt, iſt eine andere Frage, und Keinem entgeht es, daß dieſe Sympathieen und Gefühle für die Dynaſtieen vielleicht nicht tief und ſtark genug ſind, um bei ſolchen fortgeſetzten Angriffen auf die Intereſſen und Freiheiten des Volkes, wie ſie in Wahrheit und Schein ſeit einem halben Jahre geſehen oder gefürchtet wurden, nicht geſchwächt, und zuletzt verwiſcht zu werden. Und dem Kaiſer bleibt die Krone, Niemand nimmt auch nur einen Stein heraus. Ja, meine Herren, wir haben eine Geſchichte von mehreren Jahrhunderten hinter uns, reich an Siegen und an Ehren, reicher an Leid, als an der Freude verlebt, wir haben unter Habsburg's Bannern in hunderten von Schlachten geblutet und geſiegt. Ja, das iſt wahr, und es gründet tiefwirkende Anhänglichkeit an Haus und Land und Volk. Aber iſt eine ſolche hiſtoriſche Erinnerung ſtark genug, auch dann noch jenem Banner zu folgen, wenn jenes Banner nicht mehr den

erkannten Intereſſen der Völker vorgetragen wird, wenn jeder einzelne Stamm ſich ſeiner eigenen Intereſſen bewußt wird und ſich kräftig fühlt, dieſelben für ſich ſelbſtſtändig zu vertreten und durchzuführen? Die Völker erwachen auch in Oeſterreich, und die Völker haben ſchon zum Theil und werden noch ihr eigenes Banner aufpflanzen, und wollen und werden nur dienen für ihr eigenes Wohl, für ihre eigene Freiheit und Größe, und dann erſchlaffen die Fittige des Alle beſchattenden Aars, und dann ermatten die Pranken des rothen Löwen im goldenen Felde. Täuſchen wir uns nicht, meine Herren, über die Erſcheinungen dieſer tief wurzelnden Thatſache. Sie liegt ſchon zum Theile vor, und wird ſich in wunderbar raſcher Folge vollſtändig entwickeln. Den Anfang machten die früheren italieniſchen Verſchwörungen, ſie waren die Vorboten weiteren Drängens nach nationaler Selbſtgeſtaltung und Freiheit, und iſt doch der jetzige italieniſche Aufſtand wieder nichts Anderes, als ein ſolcher Beweis vom Ringen nach nationaler Freiheit im Vollgefühl der eigenen Kraft, im Bewußtſein des Rechtes auf Unabhängigkeit von Andern. Und doch waren Mantua und Mailand Jahrhunderte lang bei Oeſterreich, und gepflegt und verwaltet wie das Herzenskind einer Mutter. Nie war Oberitalien geſegneter und beſſer regiert als ſeit 1815, und doch ſtand es auf und erklärte, nicht länger unter dem öſterreichiſchen Scepter beſtehen zu wollen. Und iſt der Kampf der Ungarn, trotz des dreihundertjährigen Zuſammenſtehens mit den andern Provinzen, nicht ein Beweis dafür, daß es ſich kräftig genug weiß, für ſich und durch ſich zu beſtehen? Meine Herren! Vor dem zerſetzenden Verſtande wiegen Sympathieen für Vergangenes ſo wenig gegen das Bedürfniß der Zukunft, wie ein abgelebter Greis gegen das Drängen des Jünglings. Und das müſſen Jene in Erwägung nehmen, und eben dieſes verſtändige Erwägen muß Jene beherrſchen, die da berufen ſind, ein Haus zu bauen für alle Zukunft, für alle neuen Generationen und ihre Wünſche, das werden ſoll eine Burg der Zukunft und nicht ein Schaukaſten der Vergangenheit! Sympathieen für Herrſcherhäuſer und Erinnerungen können, werden und dürfen keine Staaten bauen und ordnen. Das werden hinfort nur die Intereſſen und Bedürfniſſe des Volkes (Beifall). — Mit Eifer ruft man gegen den Gedanken einer Perſonalunion die ſtarke Hilfe der materiellen Intereſſen herbei, und erklärt eine Perſonalunion für gefährlich und verderblich den Gewerben und dem Handel des deutſchen Oeſterreich's, auch der nichtdeutſchen Provinzen. Man citirt mit tiefem Ernſte die hundertjährige Handels- und Gewerbebeziehung, die ſo tiefe Wurzel in dem volkswirthſchaftlichen Haushalte aller Theile geſchlagen, daß dieſelben bei einer Perſonalunion nicht nur bedroht, ſondern vernichtet werden. Man fürchtet Zolllinien, man fürchtet das Fallen von Zollſchranken, man fürchtet,

im Kauf und Verkauf auseinander geriſſen zu werden. Um dieſen Punkt im rechten Lichte zu ſehen, will ich dieſe Beziehungen der deutſchen Provinzen nach den nichtdeutſchen Provinzen Oeſterreich's im Oſten, und nach dem übrigen Deutſchland im Weſten geſondert betrachten. — Im Oſten der deutſchen Provinzen, in Galizien und Ungarn, ſind alle natürlichen Bedingungen zum Betriebe der Urproduction gegeben, während der Weſten nebſt dieſem Zweige auch einen hohen Grad techniſcher Entwickelung erreicht hat. In der Würdigung dieſes Verhältniſſes hat auch das bisher gegen die ungariſchen Länder beſtandene Zollſyſtem ſich lediglich auf dem finanziellen Standpunkte gehalten, und der Ausfuhr von Rohproducten und Schlachtvieh nach Weſtöſterreich ebenſo wenig Hinderniſſe in den Weg gelegt, als es die Einfuhr von techniſchen Erzeugniſſen nach Ungarn beläſtigt hat. Dieſer, den natürlichen Verhältniſſen angemeſſene Verkehrzuſtand iſt, eben — weil er ein natürlicher — ein dauernder und auf lange hinaus, ſelbſt wenn die im Gefolge der Perſonalunion eintreteude Trennung der national-ökonomiſchen und finanziellen Adminiſtration vorkommt, ein unveränderlicher. Jede Bemühung, gegenwärtig ſchon in Ungarn eine heimiſche techniſche Production zu gründen, ſcheiterte und mußte ſcheitern am abſoluten Mangel aller Bedingungen einer gewöhnlichen Entwickelung der techniſchen Induſtrie, und aller Opfer des Schutzvereins, des Fabrikvereins, welche dieſe Tendenzen verfolgten, ungeachtet, blieb und bleibt lange das Vorhaben unmöglich, im öſtlichen Oeſterreich eine techniſche Production in größerem Maßſtab zu gründen. Anderntheils hat der Himmel ſeinen Segen über die Ebenen des öſtlichen Oeſterreich's ſo reich gegoſſen, daß noch auf lange hinaus die Bodencultur die einzig nützliche und wirthſchaftlich richtige Productionsart bilden wird. Ebenſo lange werden daher die öſtlichen Länder nach den Producten der weſtlichen Länder fragen und mit Rohproducten eintauſchen und bezahlen, wie ſie es bisher gethan, es mögen dieſe Länder in einer Perſonal-, oder Realunion neben einander beſtehen. Man unterließ nicht, — den bisherigen Zuſtand des Verkehrs mit Ungarn und das Zollſyſtem nicht kennend — ſogar die Beſorgniß geltend zu machen, daß ohne Realunion beſorgt werden müßte, die Geſetzgebung im weſtlichen Theile könnte ſich veranlaßt finden, wegen des Intereſſes der Hinterſaſſen die zollfreie Einfuhr ungariſcher Rohproducte nach Deutſchöſterreich zu geſtatten, zur Beläſtigung und Vernichtung des dießſeitigen Urproducenten; ohne die ſchützende Hand der öſterreichiſchen Centralleitung drohe den öſterreichiſchen Urproducenten die nicht auszuhaltende Concurrenz mit Ungarn in Getreide, Weinen ꝛc. — Solche Verkehrtheiten verdienten gar keine Wiederlegung, wenn ſie nicht ernſt vorgebracht würden, und zeigen die abſolute Unkenntniß aller volkswirthſchaftlichen Grundſätze. Wem fällt es noch heut zu

Tage ein, Schutzzölle auf die Rohproduction zu begehren, als eigennützigen Pächtern, Gutsherren und trägen, concurrenzſcheuen Bauern. Auch iſt es nicht wahr, daß dieſer Geſichtspunkt die Zwiſchenzollgeſetzgebung leitete, und es wäre nichts mehr zu wünſchen, als daß recht viel Rohproducte von Oſten her zollfrei hereinkämen, denn ebenſo viele techniſche Producte werden dahin, und zwar mit höherem volkswirthſchaftlichen Gewinne abgeſetzt. Jede Geſetzgebung, ſelbſt einander fremder Staaten, könnte keine anderen Grundſätze befolgen, wenn ſie nicht ihre eigenen Intereſſen zerſtören wollte. Deutſch-Oeſterreich wird daher nach wie vor einer Perſonalunion mit Galizien und Ungarn den alten Verkehr dahin haben, wohin er ſeit Jahrzehnten gegangen iſt, und hat von dorther ſo wenig zu fürchten, wie früher, höchſtens noch wohlfeileres Getreide, Mehl und Schlachtvieh, wenn dieſes zu fürchten iſt. — Andere Rückſichten hegt man wegen des Weſtens der deutſch-öſterreichiſchen Provinzen, und vielfach flüchtet ſich der materielle Egoismus, in dieſer Hinſicht unter die Decke des Patriotismus für Großöſterreich, und will weder Perſonalunion in Oeſterreich, noch irgend einen bundesſtaatlichen Zuſammenhang mit dem andern Deutſchland. Wenn auch dieſer Geſichtspunkt nicht direct in meine Beweisführung einſchlägt, ſo dürfte ich doch Ihre Zuſtimmung zu dieſer Digreſſion haben. (Stimmen: Ja! Ja!) Aber auch hinter dieſem Patriotismus ſteckt nur Kurzſichtigkeit oder Habſucht. Kaum dürfte Jemand in den Fragen über den Anſchluß der deutſchen Provinzen an das andere Deutſchland competenter ſein, als die in unmittelbarer Verbindung mit Deutſchland bisher geweſenen Bewohner der Grenzbezirke von Böhmen. Und gerade dieſe verneinen nicht den Anſchluß, ſie erklären, die Concurrenz mit dem andern Deutſchland ertragen zu können, wenn nur ganz Deutſchland nach Außen geſchützt wird. Und in gleicher Weiſe ſprechen ſich viele Sachverſtändige in Mähren aus, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß in der Geſammtzollgeſetzgebung manche Aenderungen im Sinne eines nationalen Schutzſyſtems erfordert werden. Aber in dem Maaße, als die Entfernung von der Grenze zunimmt, nimmt die Beſorgniß des Zugrundegehens in denſelben Artikeln zu, zum Beweiſe, daß nur Mangel an Einſicht obwaltet. Aber auch philiſterhafte Selbſtgenügſamkeit verengt Vielen den Blick, und Trägheit, ſich in der Production durch Vervollkommnung oder Erſparungen anzuſtrengen, vorwärts zu bringen, beherrſcht Manchen und treibt ihn zu Jammer, Klagen und Befürchtungen, die ohne Grund ſind, aber immer Groß-Oeſterreich als Heilmittel und Generalarznei aufführen. Hiernach mag manches Argument der ſchwarz-gelben Oeſterreicher in der deutſch-öſterreichiſchen Frage beurtheilt werden. — Der fraglichen Perſonalunion ſetzt man weiter entgegen, dadurch werde der politiſche Einfluß Oeſterreich's aufgehoben, und wie ſchmerzlich müſſe es nicht

einem Oeſterreicher ſein, vielleicht nicht mehr jener Großmacht anzugehören, die doch anerkanntermaßen ein entſcheidendes Wort in alle Fragen Europa's mitgeſprochen; wie ſchmerzlich müßte es ſein, nicht mehr jene ungeheuren Heere ins Feld ſtellen zu können, die den Namen Oeſterreich's groß und bedeutungsvoll gemacht. — Meine Herren! Jenen Gefühlen mag vielleicht durch die Perſonal-union Gewalt angethan werden; allein gefährlich iſt dieſe Gefühls-drückung nicht, da nach der Lage der Dinge ein Offenſivkrieg nicht zu erwarten, und in einem Defenſivkriege der öſtliche Theil des heutigen Oeſterreich's ſo unvermeedlich der Bundesgenoſſe Deutſch-land's gegen Rußland wäre, als beide ein gleiches Ziel der Selbſt-erhaltung gegen die Moskowiten in Bewegung ſetzt. Wie erfreulich iſt es vielmehr, muß man Jenen zurufen, daß eben das nach Deutſchland hin gravitirende Intereſſe die Beruhigung gewährt, mit um ſo größerem Gewichte auftreten zu können, als 45 Millionen Deutſche im Hintergrunde ſtehen, und durch ihre gemeinſame Kraft und Anſtrengung noch glänzendere Siege erfechten, noch höhere Vor-theile erzwingen können, als es bisher die vereinten öſterreichiſchen Truppen im Solde des deutſchen Oeſterreich's gethan haben. Und nicht Gefühle dürfen in ſo wichtigen Dingen entſcheiden, ſondern nur Intereſſen der Völker. Und dieſen ſagt es wahrlich mehr zu, nicht mit deutſchen Truppen aufſtändiſche Provinzen niederwerfen zu müſſen, die nach ihrer Freiheit ringen, oder deutſche Soldaten gegen Italien, gegen die Magyaren geführt zu wiſſen. Das einige Deutſchland wiegt im Rathe der Völker mehr, als irgend eine Macht, und wer an ſolchen Vorſtellungen Behagen findet, dem muß die vollſtändige Durchführung der deutſchen Großmacht wich-tiger ſein, als irgend eine andere. Sie wird auch mehr wiegen, als jede andere, da ſie aus dem Volke hervorgeht und von ihm getragen wird, und nicht bloß auf übungsmäßigen Militärgehorſam geſtützt iſt. (Vielſeitiges Bravo.) — Weitere Bedenken gegen die Perſonalunion machen die großen Schulden von Oeſterreich, und namentlich ſind es die Papierbeſitzer, die ſich mit aller Zähigkeit an den alten Zuſtand halten möchten, da ſie fürchten, eine Aenderung in ſtaatsrechtlicher Hinſicht könnte ihre Papiere depreziren. (Heiterkeit in den Centren und der Linken.) Dieſe ſind, nebſt Beamten und Militär, die wärmſten Patrioten für Groß-Oeſterreich im Sinne der alten Real-Union; ſie fragen, was wird aus den Papieren werden? Ja, die Papiere, das ſind und waren freilich mißliche Dinge im Staate, ſo lange ſie auf der Welt ſind. Das fühlen wir Alle; und nament-lich fühlt es in anderer Hinſicht der öſterreichiſche Steuerholde; denn 52 Millionen betragen die jährlichen Intereſſen der Staatsſchulden. Aber gerade dieſer Umſtand ſpricht mehr als irgend einer für die Perſonalunion. Denn nach den gegenwärtigen Verhältniſſen trägt die ganze Zinſenlaſt und die Tilgung mit Ausnahme der etwa zehn

Millionen Gulden betragenden Zuflüſſe aus Ungarn, nur Italien und die deutſchen Provinzen, da die Militärgrenze und Dalmatien jährliche Ausfälle haben. Wird nun die Perſonalunion durchgeführt, ſo muß das Schulden-Verhältniß geregelt werden, in dem die Provinzen Theil zu nehmen haben, und dann liegt der Vortheil für die Deutſchen auf offener Hand. Aber auch die Papierbeſitzer werden dann in eine beſſere Lage gebracht, als durch die Schulden-Repartition die weniger ins Mitleid gezogenen Provinzen zu ebenmäßigen Leiſtungen verhalten werden. Dagegen kann man wohl öfter hören, Ungarn übernehme nichts? Wenn es Ungarn thäte, wäre es in vollem Rechte, da zur Contrahirung nie die Zuſtimmung des ungariſchen Landtages eingeholt wurde, was verfaſſungsmäßig nöthig war. Wenn es Ungarn ſo thäte, ſo änderte dieß die Lage nicht, da ja Ungarn jetzt auch nichts dazu bezahlt. Aber Ungarn hat bereits die Bereitwilligkeit gezeigt und wird es thun, wenn die Verhältniſſe ausgetragen werden und die nationale Selbſtſtändigkeit deſſelben verbürgt wird, und muß es thun, wenn die Centralgewalt dieſe Sache in die Hand nimmt, und zur Abwehr von Ueberbürdung der deutſchen Provinzen einſchreitet. (Zuſtimmung.) — Endlich, meine Herren, noch einen Local-Einwand laſſen Sie mich hier erwähnen und beleuchten. Hunderte Wiener ſagen, bei einer Perſonalunion werde Wien aufhören, die Metropole zu ſein, und das Gras werde in Wien auf den Straßen wachſen, und mit Wien verarmt die Umgebung, verkümmert eine ganze Provinz, und Alles, was unmittelbar und mittelbar mit Wien zuſammenhängt. Soll Gras dort wachſen, ſo wird es geſchehen; auch in den Straßen Roms iſt Gras gewachſen, und Rom war größer und mächtiger, als Wien! Keine Erdenmacht hielt es zurück, weil der Gang der Geſchichte ein anderer geworden, und dieſe ſich durch die kraftigſten Proteſte einzelner Städte nicht ändert. Aber es wird kein Gras dort wachſen, es wird nicht veröden, es wird groß und volkreich bleiben, und noch zunehmen an Reichthum und Bevölkerung. Seine eigenthümliche Lage an der Grenze des weſtlichen und öſtlichen Europa, des nördlichen und ſüdlichen Verkehrs macht es zum Stapelplatze des öſtlichen Handels, ſein Straßen- und Eiſenbahnſyſtem, ſeine Lage an der Donau machen es zur Metropole des deutſchen Landhandels, und es bereitet ſich mit dem Wachſen von Deutſchland's Größe und Macht in induſtrieller und commercieller Beziehung eine glänzendere Zukunft für Wien vor, als es ſie als bloße Reſidenz je gehabt hätte. (Vielſeitige Zuſtimmung: Sehr gut!) — Endlich hört man mit hohem Ernſte gegen die Perſonalunion ſagen, Oeſterreich bilde das von der Vorſehung auserkorene Werkzeug, Bildung und Sitte nach dem Oſten zu tragen. Das könne nur durch ein ungetrenntes, ungeſchwächtes großes Central-Oeſterreich geſchehen. Der civiliſirte Weſten bedürfe gegen die öſtliche Barbarei ein Bollwerk, eine Schutzwehr gegen den dro-

henden Panſlavismus, und mein Vorredner*) prunkt mit der Erfüllung dieſer welthiſtoriſchen Sendung Oeſterreich's, aber ohne einen Beweis zu geben. Ich muß vielmehr meinem Vorredner auf dieſer Tribüne hier auf das Beſtimmteſte widerſprechen, daß Oeſterreich's Gewicht nach Oſten ſich geltend gemacht, und ein großes geweſen ſei. In der Zeit, wo Oeſterreich am Mächtigſten daſtand, ſehen Sie, wie Rußland ſich die Herrſchaft in den Donaufürſtenthümern bereitete; in Stambul iſt der öſterreichiſche Internuntius macht- und bedeutungslos geworden, und Oeſterreich's Einfluß auf Nichts herabgeſunken. Oeſterreich trägt dort den Schlepp des Mantels der ruſſiſchen Diplomatie. (Stürmiſcher Beifall.) Und dieß geſchah, und wurde ſo zu einer Zeit, wo die öſtlichen Völker nicht lebendig geweſen ſind, wo ſie ihre Intereſſen ſelbſtſtändig wahrzunehmen nicht im Stande waren, oder nicht vertheidigen wollten. Der Redner vor mir erklärt dieß daraus, daß die deutſche Kraft überhaupt gebrochen geweſen. Das leugne ich, meine Herren, daß die deutſche Kraft gebrochen. Wer ermannte ſich nebſt den Magyaren zum Kampfe für die Freiheit? Wo iſt die wirkſamſte deutſche Revolution ausgebrochen? In der deutſchen Stadt Wien. Wer iſt ihr Träger bis zur Stunde? Die deutſchgeſinnten Wiener. Wem dankt die deutſche Freiheit mehr, als der deutſchen Legion in Wien? Wer kämpft jetzt den neuen Kampf der Revolution mit den Schaaren einer freiheitsmörderiſchen Camarilla? Das deutſche Wien! (Stürmiſches Bravo.) Wie ein Rieſe, der nur geſchlafen, erwachte Wien, und bethätigt die deutſche Kraft und den deutſchen Sinn für Freiheit. (Stürmiſches Bravo.) Wer brachte uns hierher, und machte 34 Fürſten zittern? Die deutſche Kraft! Die deutſche Kraft iſt nicht gebrochen worden, das iſt eine falſche Behauptung meines Vorredners. Es gibt aber außer dieſen Präcedentien, nach der Natur der Sache noch andere höchſt wichtige Bedenken, die in Erfüllung gehen würden, wenn es dahin kommen ſollte, daß die völlige Vereinigung der deutſchen Provinzen Oeſterreich's mit dem anderen Deutſchland nicht zu Stande käme. Es darf dieß zwar nicht erfolgen; aber ich präſumire es, um meinen Satz vollſtändig durchzuführen. Unbezweifelt liegt vor, daß ſämmtliche Deutſche in Oeſterreich gegenüber den ſämmtlichen Slaven in ganz Oeſterreich bei der Zuſammenwirkung in einem Staate ſich in der entſchiedenen Minderheit befinden, und daß dann Oeſterreich trotz aller Schutz- und Trutzbündniſſe mit dem anderen Deutſchland ein Slavenreich werden müſſe. Was wird aber dann der Schwerpunkt dieſes Slavenreiches ſein? Wird es ſich an das freie Deutſchland lehnen, oder wird es ſich in ſeinem Deutſchenhaſſe mehr nach Oſten an das ihm ſtammverwandte Rußland halten, um dann im Vereine mit dieſem ein neues Staatenſyſtem ſlaviſcher Grund-

*) Würth von Wien.

lage im europäiſchen Staatencomplexe zu bilden? Wenn in der Zukunft die öſterreichiſch=deutſchen Provinzen von Deutſchland weggenommen werden ſollten, oder auch nur in inniger Realverbindung mit den ſlaviſchen blieben; dann werden wir wohl ſehen, ob Deutſchland auch noch ferner nach Oſten Propaganda macht, oder nicht vielmehr der Oſten gegen Deutſchland! (Viele Stimmen: Sehr gut!) Täuſchen wir uns nicht, meine Herren, wir haben wohl 1½ Millionen Deutſche in Ungarn, wir haben etwa 6 bis 7 Millionen Deutſche in Böhmen, Mähren, Oeſterreich, Steyermark, Kärnthen, Krain und Tyrol, wir haben bei drei Viertel Millionen Deutſche in Siebenbürgen, aber alle zuſammen befinden ſich immer noch in der entſchiedenſten Minderzahl gegen die nahe 20 Millionen Slaven im Staatencomplexe von ganz Oeſterreich; und in derſelben Minderzahl bleiben die Vertreter deutſcher Intereſſen gegen die Slaven auf einem gemeinſamen Reichstage von Oeſterreich. Endlich halte ich es aber wahrhaftig nicht für die Aufgabe einer wahren Politik in dem Augenblicke, wo auf unſerer Bauſtelle noch Alles wüſte durcheinander liegt, und die innere Ausführung des Baues noch lange alle Kräfte beanſpruchen wird, ohne Noth nach rechts und links zu ſehen, und kosmopolitiſche und humaniſtiſche Propaganda zu machen, was man den Deutſchen in echt philoſophiſcher Träumerei zur Aufgabe ſtellt. Machen wir erſt uns ſtark und kräftig, frei und groß, und laſſen wir uns Alles fern ſein, was uns nicht bedroht, uns nicht berührt. (Beifall.) Ich ſetze aber den Fall, es wäre ſo, Deutſchland hätte in nächſter Zukunft den Beruf, nach Oſten Propaganda zu machen, wer könnte es mehr, die 6 Millionen in den öſterreichiſch=deutſchen Provinzen iſolirt und eingeengt von anderen Stämmen, oder die 45 Millionen Deutſche im ganzen großen einigen Deutſchland? Welche Macht wirkt ſtärker, die einer großen, geſchloſſenen, lebenskräftig organiſirten Volksmaſſe, oder die einer kleinen, von einer großen Maſſe anderer Stämme eingeengten und umflutheten Bevölkerung? Das deutſche Element in Oeſterreich würde abgetrennt vom anderen Deutſchland, eingezwängt und erdrückt werden durch die geiſtige Propaganda der Slaven. — Endlich muß ich noch eines Grundes hier kurz gedenken, nämlich eines Gedankens, der wie ein böſes Irrlicht aus dem ſtinkenden Sumpfe der ſpecifiſchen Intereſſen eines Sonderſtaates herausgeflackert haben ſoll. Man wollte zwiſchen den Zeilen in öffentlichen Blättern geleſen haben, man hörte ziſcheln, es wäre die Perſonalunion in Oeſterreich geradezu nicht möglich, es müſſe daher Oeſterreich aus dem deutſchen Verbande ausſcheiden, und ein anderer großer Staat würde „das Aufgehen in Deutſchland" in einer befriedigenden Weiſe zu löſen wiſſen. Ich nenne das ein Irrlicht aus ſtinkendem Sumpfe, und meine im Ernſte, hier in der Paulskirche ſei Niemand, der dieſen Gedanken hegt und pflegt; ich

müßte den Träger eines ſolchen Gedankens, der berufen iſt, die deutſche Einheit in ganz Deutſchland mitbegründen zu helfen, für einen Schurken halten, der die heiligſten Sachen ſeinem Egoismus unterordnete, der es wagte, an der Einheit und Größe des Geſammt=vaterlandes im Intereſſe einer Krone zu mäkeln und zu pfuſchen. Das wäre mehr als eine gemeine Politik, das wäre Verrath und Niederträchtigkeit am ganzen deutſchen Volke. (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren! Wer frech eingreifen will in das Rad der Zeit, ſagte ich jüngſt, der zieht ſeine Hand nur blutig zurück, ohne es zu hemmen, und — ſollte es wahr ſein, — daß ſolche Schurkenſtreiche gedacht und begangen werden könnten, ſo möchten Jene wohl erwägen, ob ſie ſich nicht verrechnet haben, und das Volk ein anderes Facit macht? (Bravo.) — Nehmen wir nun an, die deutſch=öſterreichiſchen Provinzen ſchieden wirklich von Deutſchland aus, und bildeten mit den übrigen nicht=deutſchen ein real vereinigtes Oeſterreich, das zum anderen Deutſchland in dem bloß völkerrechtlichen Verhältniß eines Staatenbundes, anſtatt eines Bundesſtaates ſtände, und vergleichen wir damit auch nur die bisherigen Verhältniſſe zwiſchen Oeſterreich und Deutſchland, und der Rückſchritt liegt klar vor. Es beruhen die völkerrechtlichen Verhältniſſe nur allein auf den einzelnen Verträgen eines Staates mit dem anderen, ohne dem inneren Bande ſtaatsrechtlicher Einigung. Ich will nun die verbindliche Kraft der Verträge nicht in Abrede ſtellen, aber die Geſchichte lehrt nur zu ſehr, daß die feſte Zuverſicht auf den Beſtand von Verträgen leichtgläubige und ſorgloſe Staaten in üble Lagen gebracht hat. Wie leicht geſchieht es, daß beim redlichſten Willen der Erfüllung ſolche nur äußerliche Verhältniſſe durch die Colliſion von Intereſſen gelockert und gelöſt werden, wenn ſie auch noch ſo feſtbegründet und geordnet ſcheinen? War nun auch das alte ſtaatenbündiſche Verhältniß in Deutſchland kein organiſches, kein inniges, ſo war es doch ein Zuſammenwirken zu gleichen Zwecken, unter einer gemeinſchaftlichen Leitungsbehörde, mit Beſtimmungen für gemeinſchaftliche Intereſſen der Einzelſtaaten und Fürſten, es war doch ein innigeres, dem Volksverbande angemeſſeneres, als ein bloß durch Vertrag zu Schutz und Trutz loſe zuſammengehaltenes Verhältniß. Das wäre Rückſchritt, nicht Fortſchritt in der Ordnung der deutſchen Intereſſen. Und ſind wir auch nur deſſen ſicher bei einer offenbar ſlaviſchen Mehrheit in einem öſterreichiſchen Reichstage? — Und wie ſtellt ſich ein ſolches Verhältniß in ſeinen Folgen in Deutſchland und Oeſterreich? Die Idee der Einheit Deutſchland's war es, welche uns hier in der Paulskirche zuſammenführte, jene Idee, die mit Wonne=Entzücken des deutſchen Mannes Bruſt erfüllte, als er der Verwirklichung entgegenſehen konnte, jene Idee, die er als Kind in Mährchen vom großen Kaiſerreiche zuerſt hörte, die er als Knabe in den Sagen

und Thaten der Kaiſergeſchichte nährte, die ihm als Jugendideal die Bruſt durchglühte, die er als Mann nicht mehr als Traumbild vor ſich ſah! Was wird aber aus dieſer Idee der Einheit und Größe des Einen Vaterlandes, wenn Sie die öſterreichiſchen Provinzen nicht dabei hätten, wenn Sie dieſe einem Slavenreiche verfallen ließen? (Bravo!) Wie vertrüge ſich auch das mit Dem, was ſchon bisher geſchehen? Wir Abgeordnete aus Oeſterreich ſitzen hier ſeit Monden und tagen mit Ihnen, mit Ihnen haben wir für ganz Deutſchland giltige Beſchlüſſe gefaßt, die alle, nach meiner Rechtsanſicht, unverbindlich und unwirkſam wären, wenn Oeſterreich's deutſche Provinzen fortan nicht zum Reiche gehören ſollten. (Von einigen Seiten Beiſtimmung.) Ich glaube nicht, daß Sie das verantworten könnten, rechtfertigen könnten vor Deutſchland, dem Volke, das ſeine Einigung begehrt für alle Stämme Deutſchland's. Deutſche Intervention rettete Trieſt vor der ſardiniſchen Beſchießung; öſterreichiſch-deutſche Truppen ſtanden vor den Mauern der Paulskirche auf Befehl der deutſchen Centralgewalt, um uns zu ſchirmen vor dem frevelhaften Beginnen, welches die Vertreter der deutſchen Nation auseinander jagen ſollte; könnten Sie einen Augenblick nur zweifeln an dem Beſtande der deutſch-öſterreichiſchen Lande in Deutſchland, ſo kämen Sie in offenbaren Widerſpruch mit Dem, was bisher geſchehen iſt. Nein, meine Herren, einen ſolchen Todesſtoß geben Sie dem eigenen Werke, eine ſolche Wunde ſchlagen Sie dem deutſchen Volke nicht. Faſſen Sie nur auch einige der näher liegenden Folgen ſolchen Gedankens ins Auge, um ihn auch in ſeiner Gefährlichkeit und Schädlichkeit für Deutſchland's Intereſſen zu erkennen. Jemand ſagte, durch die Perſonalunion werde es geſchehen, daß die Verſandung der Sulina-Mündung bis nach Preßburg herauf rücken werde. Meine Herren! Sie rückt ohne die Perſonalunion noch weiter; ſie rückt nach Paſſau herauf, an Oeſterreich's Grenze, ſobald Sie die deutſchen Provinzen preisgeben. Dort werden Sie eine Zollgrenze finden inmitten deutſchen Landes, nicht im deutſchen, im ſlaviſchen Intereſſe. Und nur dann könnten Sie mir darin falſche Folgerungen unterſtellen, wenn Sie das offenbare numeriſche Uebergewicht der Slaven in Abrede ſtellen könnten, oder die Ueberzeugung ſichern könnten, daß die ſlaviſche Majorität, ſelbſtvergeſſen ihrer innerſten Leidenſchaftlichkeit gegen Alles, was von Deutſchland kommt, ſich plötzlich Intereſſe für Deutſchland ſelbſt verſchaffen könnte. Ob ich darin irre, davon mögen Ihnen die Abgeordneten aus Böhmen Zeugniß geben. (Viele Stimmen: Ganz wahr!) Und, meine Herren, ſcheiden Sie die deutſchen Provinzen Oeſterreich's vom Mutterlande aus, ſo unterbinden Sie mehr als eine Lebensader, mehr als einen Lebensnerv, Sie zerſtören einen weſentlichen Theil des ganzen materiellen Lebens Deutſchland's dadurch, daß Sie die Adria von ſich entfernen, und

hiermit die ganze Zukunft vernichten, die ſich deutſchem Einfluſſe, deutſcher Schiffahrt und deutſchem Handel nach dem Oriente aufzuthun begonnen. Glauben Sie doch nicht, meine Herren, Behauptungen, wie jene, daß in der öſterreichiſchen Realunion durch die deutſche Dynaſtie, durch die deutſche Reichstagsſprache in öſterreichiſchen Ländern dem deutſchen Elemente der maßgebende Einfluß geſichert ſei, mit welchen Behauptungen der gerechten Beſorgniß der Slaviſirung in der äußern Politik, in der Verwaltung und ſo weiter begegnet werden ſoll. Dynaſtiſche Intereſſen ſind heutzutage nur Feſſeln von Glas, die zerſpringen, wenn das Blut in den Völkern auch nur wärmer wird, vielmehr wenn es ſiedend heiß wird und walt im Turpor ſelbſtſtäudigen Nationalgefühles, wie es eben auch in Oeſterreich erwacht und ſich geltend macht. — Und auch für Oeſterreich iſt die Abweiſung der Perſonalunion ein Uebel. Kein größerer Staat ſteht in der Geſchichte, in dem nicht eine Polarität von Principien Verwirrung und Greuel gebracht hätte. Hier der Haß des Kaiſers und des Papſtes in Alt-Italien, dort die religiöſen Streite in England und in Deutſchland, dort die Freiheit mit der Knechtſchaft in Frankreich's Vendée-Kriegen, dort der Kampf der Häuſer um die Herrſchaft u. ſ. w., und ein ſolches Princip iſt in Oeſterreich das der lebendig gewordenen Nationalitäten, die ſich feindlich gegeneinander erheben, es iſt das Princip des innern Zwiſtes, das Princip der Eiferſucht, das zum Haß, zur Gewalt, zum Bürgerkriege führt. Nicht lange iſt es, ſo wollten die Polen den gemeinſamen Reichstag nicht beſchicken, die Italiener haben es nicht gethan, die Böhmen wollten die Beſchickung durch Provinzen-Landtage hintertreiben, und ſchon ſehen wir Croaten und Serben und Romanen mit den Magyaren kämpfen, ſchon ſahen wir Slaven mit deutſchen Truppen kämpfen, ſchon wieder ſehen wir den Nationalitätenhaß in dem unverantwortlichen Benehmen der böhmiſchen Abgeordneten beim Reichstag in dem gegenwärtigen Momente der Gefahr. Und allem Dem iſt vorgebeugt durch die entſchiedene Trennung der feindlichen Theile von einander, bloß vereint unter der Krone des Monarchen. Ohne dem entgeht Oeſterreich nicht den ſchrecklichen Zuckungen in ſeinem Inneren, den größten Stürmen im Geſammtſtaate. Täuſchen wir uns nicht durch momentane Erſcheinungen; es iſt ein wahres Geſetz der Geſchichte, daß Staaten, die auf andere Grundlagen als der politiſchen oder ethnographiſchen Nationalität gebaut ſind, ſich nicht erhalten können, es iſt ein wahres Geſetz im geiſtigen Leben, daß ſich Gleiches findet, und ſo wird ſich Ungleichartiges ſcheiden, und Gleiches zuſammenfinden auch in Oeſterreich. Aber auf welchem Wege? mit welchen Zuckungen? Die deutſchen Provinzen, einmal außer dem Verbande mit dem anderen Deutſchlande, haben keinen anderen Weg gegen die ſlaviſche Mehrheit, als den

der Revolution, um ſich zum anderen Deutſchlande dann zu ſchaaren. Nöthigen Sie ihnen ſolch einen nicht unnöthig auf, der Bürgerkrieg iſt ſtets vom Uebel! — Man ſtellte auch die Unausführbarkeit der Perſonalunion vom Standpunkte des Rechtes und des Beſtandes der Dinge auf, und ich muß auch auf dieſe Stütze eingehen. Vorerſt ſpricht man durch die pragmatiſche Sanction den deutſchen Provinzen das Recht ab, eine Perſonalunion für ſich zu begehren; man ſtellte ſie ebenſo den Ungarn entgegen, um den Bruch eines gegebenen Kaiſerwortes zu beſchönigen. Meine Herren! Alles Pergament, es mag ſo alt wie die Menſchheit ſein, iſt mir Haderwerk, wenn es die Intereſſen der Völker verletzt, es iſt mir ein Fetzwerk, wenn man damit Dynaſtenrechte gegen Völkerrechte ſchirmen will. Aber das iſt nur meine ſubjective Anſchauung, die bei Vielen von Ihnen nicht ausreicht, aber Alle werden mir zugeſtehen, daß gerade dieſes Pergament ein mehr als durchlöcherter Rechtsboden, daß er ein zerriſſener iſt. Die Unantaſtbarkeit deſſelben hat die Geſchichte vielfach widerlegt. Wo iſt die untrennbare Niederlande? wo iſt die Vorlande und das Breisgau? wo die ſechzehn ſchleſiſchen Fürſtenthümer, für die alle die pragmatiſche Sanction gegolten; kamen nicht erſt ſpäter Polen, die Bukowina, Venedig und Dalmatien zu Oeſterreich, und wieder Weſtgalizien und ein Theil Illyriens weg, und wieder zum Theil zurück? Die Unantaſtbarkeit dieſer Urkunde iſt längſt verſchwnnden, ſie iſt ein Schild voll Löcher, die Hieb und Stoß Demjenigen verſtatten, der nach dem Geſchützten greifen will. Sie iſt überhaupt auch nicht auf die Ewigkeit berechnet. Wenn ſie auch über die Erbfolge im Hauſe Habsburg-Lothringen Beſtimmungen enthielt, ſo beſtehen noch beſondere Landesgeſetze über Succeſſionsrechte. Die alle zuſammen bewirken, daß Oeſterreich nur ſo lange beſteht, als der herrſchende Stamm noch Zweige hat; ſtirbt er ab, ſo iſt es mit der Exiſtenz des Staates aus. Denn, ſowie der gegenwärtige Herrſcherſtamm ausſtirbt, kann der letzte öſterreichiſche Herrſcher über Oeſterreich mit den Hausländern Steyermark, Kärnthen, Krain ꝛc. ganz beliebig disponiren, gleichwie man über ein Patrimonium verfügen kann; aber Böhmen darf ſich einen eigenen König wählen, und Ungarn in gleicher Weiſe. Wahrlich iſt Angeſichts ſolcher Beſtimmungen das ganze Actenſtück ein Familienſtück, womit man Hausrechte ordnet, aber nicht neuen Völkergeſtaltungen in den Weg treten kann. Und um ihrer willen verdienen am wenigſten die Ungarn den Tadel. Ja, ſie haben, wie einer meiner Vorredner geſagt, die Roſſe gezäumt und die Säbel geſchwungen, als es darum galt, in Folge der pragmatiſchen Sanction ihre Königin zu ſchützen, und jetzt zäumen ſie wieder die Roſſe und ſchwingen wieder die Säbel, nicht um die Aufhebung derſelben zu ertrotzen, da ſie unter Oeſterreich's Herrſcher bleiben, aber um ihre nationale Selbſtſtändigkeit dabei zu

bewahren, die ihnen nie die pragmatiſche Sanction bedroht oder genommen, vielmehr hundertfältige Geſetze und hundertjährige Uebung bewahrt hatten. Und die Kriege der Ragocy, Teleky, Bathory hier anzuführen, wie dem Herrn Unterſtaatsſecretär beigekommen, iſt ein grober Anachronismus, der einem Schuljungen verzeihlich wäre, da ſchon im Beginne des achtzehnten Jahrhunderts alle ungariſch-ſiebenbürgiſchen Wirren geordnet waren, und die pragmatiſche Sanction erſt ein Decennium nach dem Utrechter Frieden zu Stande kam. — Auch der gegenwärtige ſtaatsrechtliche und adminiſtrative Beſtand im Kaiſerſtaate iſt kein weſentliches Hinderniß der Durchführung der Perſonalunion. Was zuerſt die ſtaatsrechtliche Stellung der einzelnen Theile betrifft, ſo iſt es eine bekannte Sache, daß die deutſch-ſlaviſchen Provinzen, dann die ungariſchen, ferner die italieniſchen Provinzen und endlich die Militärgrenze eine verſchiedene Verfaſſung haben, daß insbeſondere Ungarn eine eigene feudal-ariſtokratiſche Verfaſſung hatte, und hiervon wieder die ſiebenbürgiſche getrennt geweſen, ſo daß der König von Ungarn erſt, ich glaube ſeit 1792, zugleich Großfürſt von Siebenbürgen iſt, daß Italien ſeit 1815 ſeine berathenden, theils gewählten, theils ernannten Congregationen hatte, daß die andern deutſchen Provinzen die alten berathenden Stände auf ariſtokratiſch feudaler Grundlage hatten, und endlich die Militärgrenze ein durchgängig ausgeführtes Lehensinſtitut des Kaiſers mit militäriſcher Verwaltung repräſentirte. Und ſo wenig dieſe einzelnen Theile im Principe und in dem Ineinandergreifen der Verfaſſung zuſammengehörten, ebenſowenig konnte hieraus ein ernſtes Hinderniß der Ausführung der Perſonalunion für die Zukunft hergeleitet werden, da die Ländergruppen mit gleichartiger Grundlage ohnehin zuſammenfallen. Aber auch in der früheren Verwaltung beſtanden in Oeſterreich bis auf Joſeph II. Verhältniſſe, beſonders bezüglich Ungarns, die durchaus keinen innigen Zuſammenhang einer Realunion darbieten. Schon die politiſche Verwaltung der einzelnen Provinzen ſelbſt im deutſchen Länder-Complexe hatte lange Zeit verſchiedene Centralpunkte; namentlich aber waren es Ungarn, und mit geringer Einſchränkung Siebenbürgen, die — außer den diplomatiſchen Amtsführungen und der Kriegsverwaltung — durchaus abgeſonderte Adminiſtration hatten. Die königliche Statthalterei und Septemviraltafel ſind bis zur Stunde auch factiſch unabhängig, und die ungariſche Hofkammer war es grundgeſetzlich ſtets, wenn auch bis zum März d. J. es den Willküracten des Königs gelungen war, ſie der öſterreichiſchen Finanzbehörde unterzuordnen. Ebenſo war und iſt es mit dem ſiebenbürgiſchen Gubernium, als ſiebenbürgiſcher Centrallandesbehörde, dem, wie in Ungarn, der König durch ſein Cabinet — die Hofkanzleien in Wien — ſeine Weiſungen in Ausübung der Reſervatrechte zugehen ließ. Zwar ver-

fügte im Großen der Hofkriegsrath in Wien über die Dislocation der Truppen auch in Ungarn, aber die Aufbringung, Erhaltung und Verpflegung der Truppen aus Ungarn war ſtets Landesſache daſelbſt, und zur Zeit, als das welthiſtoriſche Moriamur pro rege nostra geſprochen wurde, kam die Kaiſerin nicht anordnend, ſondern bittend die adelige Inſurrection, für ſie zu Feld zu ziehen, und ſie ordnete ſich unter eigenen Führern nach landesüblicher Sitte und Weiſe. — Erſt Kaiſer Joſeph II., und vorzüglich Kaiſer Franz wußten in der Centraliſirung immer weiter zu gehen, und brachten es endlich dahin, daß die ganze Adminiſtration von Ungarn in eine factiſche Unterordnung unter die der Deutſchen gekommen; wie er nicht minder die conſtitutionellen Formen wenig achtend, willkürlich herrſchte, bis gegen das Ende ſeiner Regierung das Nationalitäts=gefühl erwachte, und in ſtürmiſchen Kämpfen die volle Durchbil=dung des conſtitutionellen Princips gegenüber der Krone erſtrebte. Und Das iſt der Geſichtspunkt, aus dem die ungariſchen Wirren zu faſſen und zu beurtheilen ſind. Die ſtaatsrechtliche Stellung des Königreiches zum Geſammtſtaate auf der alten territorialen Grund=lage durchgreifend zu ordnen, in der Fortbildung des conſtitutionellen Princips eine ihren Landtagen verantwortliche Regierungsgewalt im Lande zu haben, kurz ihr altes ſtaatsrechtliches Verhältniß in moderner conſtitutioneller Durchführung wiederherſtellen, Das woll=ten ſie, und Das erhielten ſie durch ein Wort des Königs. Der König gab ſein Wort für das Recht ſeines Volkes, und der König nahm es wieder zurück auf den Wunſch ſeiner Camarilla, auf den Rath der deutſchen Miniſter. Nicht er iſt Schuld am Treubruch, er fühlt wahr und warm für ſein Volk und alles Gute; aber die fluchwürdige Peſt ſeiner Schranzen, die ihn beredet, daß die anderen Völker dadurch leiden, die brachte es zuwege, daß des Kaiſers Wort gebrochen ward mit der eitlen Entſchuldigung, es ſei in der Noth gegeben worden und nicht bindend. Das, meine Herren, mögen Jene bedenken, die die ungariſche Frage beurtheilen; Das jene vor Augen haben, die Koſſuth und ſeine politiſchen Freunde verdammen wollen; dem, nach den Worten unſerer Schwarzgelben in Ungarn, von vier Fünftheilen Gehaßten und in der Wirklichkeit von allen Magyaren abgöttiſch verehrt und von Hunderttauſenden geleitet, wenn er zum Kampfe für des Volkes Recht und Freiheit ruft! (Bravo!) So, meine Herren, ſteht die Sache in Ungarn, und der Sieg wird ihr Recht begleiten! — Es iſt wahr, ſie haben ſich übernommen gegenüber anderen Nationalitäten, und ich will es nicht entſchuldigen, aber erwähnen muß ich es hier, daß nicht Tyrannei und Unterdrückungsſucht, ſondern edlere Motive zu Grunde gelegen. Einen durch gleiche Sprache und Sitten feſten Körper gegen das drohende Rußland zu bilden, das lei=tete damals die Führer der nationalen Bewegung, die ruſſiſche

Sympathie der ſlaviſchen Bewohner Ungarn's ſich durch Magyaſirung ungefährlich zu machen, das dachten und wollten die Führer der Bewegung. Und dieſes erwägend, wird Mancher den gehobenen Stein ſanfter ſchleudern, und die Hand ſinken laſſen vor dem Wurfe, noch mehr, wenn er erwägt, daß es einem Volke gilt, das für ſeine höchſten Güter, ſeine nationale Ehre, Größe und Selbſtſtändigkeit in den Kampf geht. Stünden jetzt jene alten Magyaren auf, die Arneth als zürnende Schatten gegen die Enkel heraufbeſchwor, ſie würden den Enkeln zujubeln, ſie würden mit erhöhter Kraft ihre Säbel ſchwingen und mit erhöhtem Muth ihre Roſſe tummeln; denn es gilt jetzt nicht der König, es gilt das Volk und ſeine Güter! (Vielfältiges Bravo.) — Meine Herren! Ich muß Ihre Aufmerkſamkeit beanſpruchen für den weitern Theil meiner Beweisführung dafür, daß die Perſonalunion ausführbar ſei, hergenommen aus dem Detail der Verwaltungszweige. Die Civilgeſetzgebung iſt mit geringen Abweichungen in den Procedurvorſchriften in den deutſchen Provinzen gleich, und von den ungariſchen ganz verſchieden, und wenn ſie auch gleich in Galizien und Dalmatien und Italien mit der der deutſchen Provinzen übereinſtimmt, ſo hindert dieß nicht die Durchführung, da dieſer Punkt nur abgeſonderte Gerichtshöfe in letzter Inſtanz verlangt, wie es für Italien ohnehin immer beſtanden hat. — In der Frage der Finanzverwaltung iſt nur das Hinderniß der Schulden, und rückſichtlich deſſen beziehe ich mich auf das früher Bemerkte, und ließe ſich kein billiges Abkommen finden, dann träte freilich das alte: Casus nocet domino in Wirkſamkeit. — Scheinbar das größte Hinderniß böte die Vertretung nach Außen, jedoch mit nichten. Oeſterreich möge neben dem Geſandten der Centralgewalt ſeine ungariſchen, oder galiziſchen, oder dalmatiniſchen haben, ich glaube, es kann Einer für Alle ſein, in Colliſſionsfälle können ſie nicht kommen, da, wie früher bemerkt wurde, die Politik Deutſchland's mit der des öſtlichen Oeſterreich's Hand in Hand geht, und eine andere als eine Politik der Völkerintereſſen, darf es künftig nicht mehr geben, Und käme es vor, daß der König von Ungarn eine andere Politik hätte, als der deutſche Fürſt von Oeſterreich, wie jetzt der König von Ungarn gegenüber dem Könige von Croatien, dann verfluche ich die Möglichkeit einer ſolchen Politik, wie ſie ſelbſt, und wünſche keine Perſonal= und keine Realunion, ſondern die volle Zerreißung der Bande. — Am meiſten Gewicht legt man auf das Kriegsweſen in Beſtreitung der Ausführung einer Perſonalunion, und doch iſt es nicht erheblich. Bis zur Stunde ſind die Werbbezirke der Regimenter mit der politiſchen Landeseintheilung zuſammenfallend, und bekannt iſt die Unterſcheidung in deutſche, polniſche, ungariſche Truppen u. ſ. f., und wenn auch die Cavallerieregimenter und die Genietruppen aus allen Werbebezirken bisher zugleich rekrutirt

werden, ſo iſt es doch bekannt, daß ſie ſich immerfort in großen nationalen Gruppen beiſammen halten. Aber nicht mehr beliebig disponibel ſind ſie dann, wie bisher, unter Einer Hand, die ſie verwenden kann in allen Theilen des Kaiſerſtaates, und ſie verwendet hat, bald zur Einſchüchterung, bald zur wirklichen Bewältigung öffentlicher Unordnungen. Dieſe Verfügbarkeit findet freilich ein weſentliches Hinderniß, aber dieſes Hinderniß begrüße ich, wenn ich denke, daß die deutſche Stadt Wien umlagert iſt von Croaten und Slowaken, von Likkanern und Sereczanen, von Maſſuren, Polacken und Italienern, um ſie zu züchtigen für ihre Freiheitsbeſtrebungen, für ihre Sympathieen für ein edles Nachbarvolk, um ſie wieder zu werfen in den Staub vor die Stufen eines allgewaltigen Thrones! Das will ich, daß es nicht wieder geſchehe, daß man fremde Truppen herbeizieht, um die deutſche Freiheit auf deutſchem Boden zu bedrohen und zu vernichten. (Stürmiſches Bravo.) — Endlich, meine Herren, muß ich fragen, iſt wohl ein anderes Band möglich, um die verſchiedenen Stücke Oeſterreich's — zuſammengewürfelt ſo ſonderbar, daß man Wunder glauben könnte, — der Einen Krone des herrſchenden Hauſes zu erhalten? Nur zwei Wege gibt es überhaupt, die abſolute Herrſchaft Metternich's, oder eine durchgängig nationale Abſonderung von einander und eigene Geſtaltung im Innern mit einer Föderirung unter einander. Die Wiederkehr des abſoluten Syſtems iſt weder möglich, noch ſelbſt von den ſchwarzgelbſten Oeſterreichern — außer vielen Beamten, Militärs und Ariſtokraten, und der Camarilla des Kaiſers — gewünſcht. Und gelänge es dieſen, ihre Wünſche zu erreichen, ſo wäre es doch nur auf kurze Zeit, Oeſterreich könnte dadurch nicht zuſammenhalten, wenn auch Alles zuſammenkartätſcht und zuſammengeſchoſſen würde. Es bleibt alſo nur ein Föderativſyſtem übrig, aber nicht in dem Sinn, wie die nordamerikaniſchen Staaten centraliter im Congreß vereint ſind, ſondern ſo, daß jeder Nationalitäts-Complex abgeſondert einen Körper bildet, der ſich ſelbſtſtändig adminiſtrirt, in ein ſolches Verhältniß paßt auch die Perſonalunion. — Endlich, meine Herrn, muß ich noch des Umſtandes gedenken, daß von allen Seiten gerufen wird, die Völker Oeſterreich's hangen an der Geſammt-Monarchie, im Sinne der Realunion. Die Ungarn verlangen ſie nun aber nicht in dieſem Sinne, die Italiener verlangen ſie in gar keinem Sinne, die Slaven verlangen ſie und lebhaft in ihrem wohlverſtandenen Intereſſe eines ſlaviſchen Kaiſerreiches aus Alt-Oeſterreich. Denn wenn wir eine Sprachenkarte des öſterreichiſchen Kaiſerthums ins Auge faſſen, ſo ſehen wir, daß die nördlichen Slaven allein für ſich nicht im Stande ſind, auf Dauer einen Staat zu gründen. Sie ziehen ſich nördlich an den Karpathen durch Mähren nach Böhmen hin, wie eine Landzunge, und entbehren einer geeigneten territorialen Unter-

lage für einen Staat. Compakter wohnen wohl die Südſlaven aneinander; allein dieſe verlangen nur theilweiſe Alt-Oeſterreich, ſo lange keine Ausſicht vorhanden, ein ſüdſlaviſches Reich zu bilden, iſt dieſes vorhanden, dann iſt auch die Anhänglichkeit an die alte Verbindung dem neuen Intereſſe gewichen. Die Führer beider ſchmeicheln ſich aber ihres Zuſammenwirkens zu dem gemeinſchaftlichen Ziele auf Grundlage des öſterreichiſchen Staates ſich die Hände zu reichen, und ſo nach und nach die ganz eingekeilten Elemente der Deutſchen und Ungarn zu überwältigen, und dann das Ganze Rußland entgegenzuführen! (Stürmiſches Bravo.) Es iſt wahr, es ſpricht ſich auch in den Manifeſten des Reichstages der entſchiedene Wille für eine Geſammt-Monarchie aus; allein würdigen Sie doch, meine Herren! die Facta im Zuſammenhange, und ſchließen Sie mindeſtens hieraus nicht — wie ich ſchon oft gehört — auf den Abgang der deutſchen Triebkraft in dieſer neuen Bewegung. Den Aufſtand machte ja nicht der Reichstag, ſondern die demokratiſche Partei, — was nicht die Anhänger der rothen Republik bedeutet, muß ich zur Beruhigung jener anführen, die überall ſelbſt im Traume vor der rothen Republik zittern, — und dieſe iſt die deutſche, die antiſlaviſche Partei, was Ihnen am Deutlichſten die Flucht von 28 ſlaviſchen Deputirten vom Reichstag beweiſt. Der Reichstag mußte ſich der Bewegung bemeiſtern, und da konnte doch derſelbe nach ſeiner Zuſammenſetzung nicht anders erklären, als er gethan; Nationalitäten kamen nicht in Frage, Colliſionen traten nicht hervor, daher die kluge Vermeidung alles Deſſen, was die Verwirrung hätte ſteigern können von Seiten jeder Partei. Täuſchen wir uns auch hierüber nicht, meine Herren! daß ſelbſt bei den Slaven das Verlangen nach der alten Monarchie erſt dann auftrat, als die Czechen Ausſicht bekamen, mehr zu erreichen, als ſie je gehofft, und daß die Zärtlichkeit mit der Dynaſtie nur eine Prahlerei iſt. Man denke nur an die Vorgänge mit dem Nationalcomite in Böhmen und den böhmiſchen Landtag, man erinnert ſich nur an die ſchon lange unter ſich ausgeſprochenen Gedanken, daß der Schwerpunkt für ſie nicht mehr an der Donau, ſondern an der Moldau und noch weiter gegen Oſten über Galizien hinaus iſt. (Hört!) Auch muß ich dabei der oben angedeuteten Weigerung der Polen, den Reichstag zu beſchicken, erwähnen, die erſt wich, als ſlaviſche Umtriebe in Ausſicht ſtellten, daß ſie als Slaven ein großes Reich gründen könnten, und bis andererſeits der Kreishauptmann den Bauern befohlen hatte, zu wählen. Auch darf nicht überſehen werden bei der Würdigung dieſes Factums, daß die Gleichberechtigung der Nationalitäten bereits feierlich anerkannt, und hiermit in natürlicher Conſequenz die adminiſtrative vollſtändige Trennung der Theile ausgeſprochen, die Perſonalunion in den Hauptpunkten angebahnt iſt. Könnte es geſchehen, daß nicht bloß

die deutſchen Länder Oeſterreich's, ſondern auch die andern zu Deutſchland kommen, dann freilich könnte man ſich der Realunion gern zuwenden, das erſcheint aber gegenüber Galizien und Ungarn gleich unausführbar, als eine adminiſtrative Verbindung Ungarn's mit Oeſterreich. Nicht minder erwünſcht wäre es, wenn die Verhältniſſe zu den nichtdeutſchen Provinzen früher oder gleichzeitig geregelt würden, und in jenem völkerrechtlichen Wege der Tractate, der eine dauernde Uebereinſtimmung in die Wirkſamkeit nach Außen, eine wechſelſeitige Verſtändigung über Handelsintereſſen u. ſ. f. in Ausſicht ſtellt. Aber aufhalten können uns dieſe Wünſche nicht in unſerem Werk, in unſerem Verfaſſungsbaue des eigentlichen Deutſchland's. — Nur noch wenige Worte, meine Herren, in Anſehung anderer Anträge zur ſchwebenden Frage. Mehrere derſelben drücken ohne Präciſirung ihren Wunſch nach einem Mittelding zwiſchen Perſonal- und Realunion aus. Ich weiß kein Drittes zwiſchen Perſonal- und Realunion, ſie ſchließen ſich aus; und nur zwei Realunionen, eine öſterreichiſche und eine deutſche, würden für die deutſchen Provinzen ein Mittelding bilden, aber nebſt unzähligen Hemmungen und Störungen auch dazu führen, daß die deutſchen Provinzen dann mit zwei Schultern tragen müßten, während ſie ſonſt mit einer getragen hätten. Verſchiebungen endlich in ſolchen wichtigen Fragen, meine Herren, laſſen ſich nicht rechtfertigen. Was können Thatſachen, die im Augenblick in unſerer Heimath vorgehen, beſtimmend ſein in den Grundſätzen deſſen, was für Deutſchland's Zukunft als recht erkannt wird. Auch ſind dieſe Anträge großentheils eigentlich Ausflüchte der Beſorgniß, nicht nach allen Seiten hin recht zu thun, und es zeigt ſich in den Anträgen, daß die Antragſteller wohl deutſches Gefühl genug haben, um die Perſonalunion als nöthig und nützlich zu erkennen, und dafür zu ſtimmen; aber ſie möchten auch vor möglichen temporären Verlegenheiten ſicher ſein. (Heiterkeit.) Endlich, meine Herren, weiſe ich zum Schluſſe mit Entſchiedenheit auf der Tribüne die Zumuthung des Herrn Unterſtaatsſecretärs Würth zurück, wir ſollten die öſterreichiſche Regierung fragen, welche Abänderungen die öſterreichiſche Regierung in der Verfaſſung Deutſchland's für angemeſſen erachtet. — Ich hätte nicht geglaubt, daß ein höher geſtellter Beamter der *deutſchen* Centralgewalt hier ſo ſprechen, und es vor ſeiner Berufstreue verantworten könne. (Lebhafter Beifall.) Wir ſind allein conſtituirend, und keine Macht der Welt hat hier darein zu reden, weder Kaiſer noch König, weder Regierung noch Provinziallandtag. (Stürmiſcher Beifall in der Verſammlung und auf den Gallerieen.) Nichts darf uns daher aufhalten, entſchieden zu reden und zu handeln, und Das, was die Klugheit und das Intereſſe Deutſchland's begehrt, durchzuführen. Wenn auch in den verſchiedenen Theilen Deutſchland's die Ausführung unſeres Werkes

auf manche Schwierigkeiten ſtoßen wird, ſo darf uns das nicht hemmen und beirren. Sollten die Schwierigkeiten unüberwindlich ſcheinen, ſo wollen wir doch früher die letzte Sehne angeſpannt, die letzte Kraft verwendet haben, ehe wir geſtatten, daß das deutſche Volk zerſchnitten und zerriſſen wird, nun und nimmer aber in ſolchen Fällen, wie Herr Waitz gemeint, nur tief trauernd klagen. (Beifall.) Haben Sie nicht kräftig geſprochen Holland gegenüber? Haben Sie nicht kräftig geſprochen bei Schleswig's Fragen, wo ein Krieg vor der Thüre ſtand. Sie ſprachen kräftig, als es ſich um die Demarkation in Poſen in deutſchem Sinne handelte. Laſſen Sie das reinſte deutſche Intereſſe hier weiter walten, und ſprechen Sie entſchieden aus, was zu Deutſchland gehört, ſoll und muß bei Deutſchland bleiben in der Form und Gliederung, ohne die kein Ganzes kräftig gedeihen kann. (Beifall.) Die Einigung ganz Deutſchland's iſt es ja, was uns belebt, und kein Oeſterreich, kein Preußen, ſondern ein einiges Deuſchland ſoll es ſein und muß es ſein und werden, und wenn auch darum alle Kronen ihren Glanz verlören und alle Thronen ſtürzen ſollten. (Rauſchender anhaltender Beifall in der Verſammlung und auf den Gallerieen.)

Rede des Abgeordneten Wagner von Steyr

in der Sitzung vom 24. October 1848.

Die Gegner, die wir bis jetzt gegen den Majoritäts-Antrag, und zwar ſämmtlich ſpeciell mit Beziehung auf Oeſterreich, gehört, haben vorzüglich die politiſchen Gefahren hervorgehoben, die aus der bloßen Perſonalunion der deutſch- und nichtdeutſch-öſterreichiſchen Länder hervorgehen werden. Sie haben ferner auf die Wirren der Zeit und darauf hingewieſen, daß es jetzt nicht angemeſſen ſei, mit einem Definitivum in dieſer Beziehung vorzugehen, ſondern daß man einſtweilen nur proviſoriſch etwas beſtimmen und einen Vorbehalt laſſen müſſe. Sie haben endlich darauf hingedeutet, daß ſie wohl dafür wären, wenn die ganze Monarchie in das deutſche Reich eingezogen würde; keineswegs könnten ſie aber für eine Abtrennung und eine theilweiſe Einziehung ſtimmen. Endlich wurde auch und beſonders von dem vorhergehenden Redner *) herausgehoben, daß eine ſolche Abtrennung auf die allgemeine Antipathie in den öſterreichiſchen Ländern ſtoßen würde, wobei namentlich einiger Länder vorzugsweiſe erwähnt wurde Was nun die politiſchen Gefahren betrifft, ſo wurden allerdings viele Behauptungen mit ſchönen Worten aufgeſtellt, doch vermißte ich hierfür den Beweis. Beredtere Zungen als die meinige haben dieſes Ihnen genügend beſprochen. Man

*) Beidtel von Brünn.

ſtellte einerſeits die große Gefahr heraus, daß das nichtdeutſche Oeſterreich von dem deutſchen Oeſterreich ſich ganz abtrennte, andererſeits der deutſche Einfluß in dem nichtdeutſchen Oeſterreich ganz aufhören oder gelähmt werden würde. Was die Gefahr der Trennung betrifft, ſo glaube ich, daß, wenn je die Trennung eintritt, ſie jetzt eintreten wird. Nicht erſt die Perſonalunion wird dieſe Trennung bewirken, ſondern jetzt iſt der Zeitpunkt, wo ſie vielleicht eintritt. Das Schlimmſte alſo, was in dieſer Hinſicht geſchehen kann, iſt die Abtrennung des nichtdeutſchen Oeſterreich von dem deutſchen Oeſterreich, ſei es nun, daß das nichtdeutſche Oeſterreich ſich als Bundesſtaat, oder als eine compacte Maſſe, als ein einiger ungetheilter Staat conſtituire. Ich geſtehe aufrichtig, nicht den paniſchen Schrecken zu theilen, den Viele gegen eine ſolche Abtrennung kundgegeben haben, namentlich wenn ich andererſeits die Gefahren berückſichtige, die aus einem einigen ungetheilten Oeſterreich für das Deutſchthum entſpringen, für das wir hier in der Paulskirche ſtehen. Deutſche Bildung in Oeſterreich mußte wie ein Schiff die anderen Länder ins Schlepptau nehmen. Das haben wir oft und lange gefühlt. Ich habe in dieſer Hinſicht lange vor der Revolution von Patrioten, von Männern mit Namen und Klang, die auf beiden Seiten dieſes Hauſes gewiß Achtung finden würden, und auch verdienen, ich habe mit einem Wort von ehrenhaften Männern gehört, daß ſie eine ſolche Abtrennung der deutſchen und nichtdeutſch-öſterreichiſchen Lande durchaus für kein Unglück, ſondern für ein Glück betrachten würden. Nicht Abſolutismus war es, der manchen Fortſchritt in Oeſterreich hemmte. Von dieſer Seite müßte ich ihn ſogar in Schutz nehmen. Es war das Conglomerat, es war jene unnatürliche Verbindung von Ländern, die in ihrem Bildungsgang und in ihren Verhältniſſen ſo verſchieden waren, und die nur der Kitt des Despotismus ſo lange zuſammenhalten konnte. Die Gegner ſprachen auch von deutſchem Einfluß und davon, daß dieſer deutſche Einfluß in den nichtdeutſchen Ländern bei einer ſolchen Abtrennung, oder, ſagen wir, bei der bloßen Perſonalunion untergehen würde. Man wies in dieſer Hinſicht beſonders auf die Donauländer und darauf hin, wie ſehr es zu wünſchen wäre, daß der deutſche Einfluß dort vermehrt werde. Dieſen Wunſch theile ich gewiß von ganzem Herzen; aber war denn jetzt der deutſche Einfluß ſo mächtig und groß, und iſt nicht vielmehr zu fürchten, daß in einem ungetheilten conſtitutionellen Oeſterreich und unter Vermittelung ſeines Reichstags, worin die ſlaviſche Mehrheit überwiegt, der deutſche Einfluß noch kleiner ſein werde, als jetzt, wo eine deutſche Dynaſtie mit abſoluter Herrſchaft vielmehr deutſchen Einfluß üben könnte. Bedenken Sie dieß recht wohl. Die deutſche Dynaſtie konnte bis jetzt unbeſchränkt deutſchen Einfluß geltend machen, und doch iſt es nicht geſchehen. Ich wie-

derhole es, der deutſche Einfluß würde in einer conſtitutionellen Monarchie, wo ſo viele ſlaviſche Elemente auf dem Reichstage überwiegen, noch kleiner werden, mit andern Worten, der ſlaviſche Einfluß würde ſich alsdann mehren, nicht aber der deutſche. Das Wort natürlicher Verband wurde ſehr oft wiederholt auf dieſer Bühne für viele Länder. Was die Donauländer und Ungarn betrifft, ſo iſt es hier an ſeinem Platz, aber wenn Deutſchland groß und ſtark iſt, haben wir nicht den Einfluß einer Verbindung zu ſuchen, ſondern man wird uns ſuchen. Es iſt kein Zweifel, daß wenn ſich das nichtdeutſche Oeſterreich als eigener Staat conſtituirt, es ſein höchſtes Intereſſe haben muß, mit Deutſchland innig verbunden zu ſein. Das wollen wir auch. Man ſpricht ſo viel von Panſlavismus; ich glaube aber, der Panſlavismus iſt nur dann gefährlich, wo das ſlaviſche Element in eine poſitive Gefahr kommt. Dann wird ſich das ſlaviſche Element nach Rußland wenden. Wir haben das praktiſch geſehen. Wir haben geſehen, daß ſelbſt in Polen ſich einmal einige Zeit für Rußland viele Theilnahme zeigte, aber dieſe Sympathieen ſind nur momentan, auf ein momentanes Ziel gerichtet. Wenn Deutſchland einen weiſen Einfluß ausübte auf das ſlaviſche, walachiſche und ungariſche Reich, wenn Oeſterreich, welches ſich bilden wird, mit weiſer Politik nicht eine Nationalität allein begünſtigt, ſondern den Staatsverband begünſtigt, dann iſt vom Panſlavismus nichts zu fürchten. In dieſer Beziehung muß ich ſagen, ſo ſehr ich ein Freund Ungarn's bin, und ſo ſehr ich wünſche, daß man mit Ungarn eine Verbindung anknüpfe, daß ich doch nicht ein Magyaromane bin, der die Verbindung mit den Ungarn auf Koſten einer anderen Nationalität wünſcht. Ich wünſchte eine Verbindung Deutſchland's mit dem nichtdeutſchen Oeſterreich, mag dieſes als compacte Macht ſich conſtituiren, oder mag es in Zukunft als Bundesſtaat beſtehen. Das ungariſche, ſlaviſche und walachiſche Element müſſen aber mit weiſer Politik nie vereinzelt unterſtützt werden. — Man hat endlich der pragmatiſchen Sanction mehrere Male von dieſer Tribüne aus erwähnt. Das Thema iſt oft beſprochen worden. Man ſprach von vergilbten Documenten. Ich muß ſagen, ich verwerfe nicht unbedingt die vergilbten Documente. Die magna charta und andere vergilbte Urkunden ſind es, welche den Völkern die Freiheit gebracht haben. Aber ich unterſcheide zwiſchen vergilbten Documenten und ſolchen, welche die Hand der Zeit, die Hand der Revolution zerriſſen hat. Wahren Sie den deutſchen Einfluß auf eine andere Weiſe, durch Begünſtigung der Auswanderung, durch Anbahnung diplomatiſcher Verhältniſſe, durch Erhaltung der Sympathieen, die ganz beſonders in den Donauländern für Deutſchland vorherrſchend ſind. Es iſt bekannt, daß dermalen ein walachiſcher Geſandter in Frankfurt ſich befindet, der den Schutz Deutſchland's nachſucht.

Benutzen Sie ſchon die Gelegenheit, denken Sie frühzeitig an die Anbahnung dieſer Verbindung. Der Herr Reichsminiſter hat geſtern angedeutet, daß diplomatiſche Verhältniſſe eingeleitet werden ſollen, daß man einen Reichsconſul dorthin beſtimmen werde. Ich kann nur wünſchen, daß die Sache mit allem Ernſt und mit aller Wahrheit ergriffen und verfolgt werde. (Baſſermann vom Platze: Es geſchieht!) Der Redner vor mir und Andere ſprachen von den Antipathieen, welche eine Trennung des deutſchen vom nichtdeutſchen Oeſterreich in ſo vielen Ländern finden werde; ich möchte in Beziehung auf ein Land dieß beſonders wiederholen. Es iſt Tyrol. Ich glaube, daß dieſe Antipathie und beziehungsweiſe Sympathie nicht dem conglomerirten Oeſterreich, ſondern der Dynaſtie Oeſterreich's gilt, und wenn von dem Reich die Rede iſt, die Sympathieen namentlich dem deutſchen Oeſterreich gelten, aber nicht auf Galizien und Ungarn, und auf das Beiſammenbleiben dieſer Länder ausgedehnt und ausgelegt werden können. Man ſpricht von der Anſtandsloſigkeit, wenn die ganze Monarchie in das deutſche Reich eingezogen werde; es müſſe daher die Sache aufgeſchoben werden, bis die Verhältniſſe in Oeſterreich geordnet ſind. Gegen die Theilung aber ſprachen ſich dieſe Redner beſtimmt aus. Meine Herren! Vom deutſchen Standpunkt aus, und das iſt mein Standpunkt, könnte ich Dieß nicht wünſchen. Ich verlange für Oeſterreich, als großes Ganzes, keinen überwiegenden Einfluß in Deutſchland. Ich würde andererſeits fürchten, wenn ſo viele fremde, ſich widerſtrebende Elemente eingezogen werden, die — wie man weiß — nach allen Richtungen hin auseinander ſtreben. Denken Sie an Galizien und Italien. Warum ſollten wir die Ordnung unſerer Verhältniſſe wieder aufſparen und auf unbeſtimmte Zeit hinausſchieben? Ein mächtiger Hebel für den Fortſchritt iſt das Nationalgefühl. Dieſes Nationalgefühl kann aber nicht ſo mächtig wirken, wo ſo viele verſchiedene fremde Elemente zuſammengebunden werden. Man ſpricht ſo viel von Amerika, aber in Amerika ſind ganz andere Verhältniſſe. Dort iſt nicht das ſprachliche Element, nicht das Element der gemeinſchaftlichen Abſtammung, welche die verſchiedenen Staaten aneinander binden; aber ſie haben Eine Geſchichte, Eine Erinnerung ihrer Freiheitsbildung, ſie haben einen eigenen Bildungsgang, und bedenken Sie, meine Herren, die Auswanderer, die hinüberziehen nach Amerika, laſſen gewiſſermaßen auf dem Ocean die verſchiedenen Erinnerungen zurück. Sie treten nicht als Deutſche, als Engländer, als Franzoſen in das neue Land ein, ſondern als Amerikaner. Dann iſt das amerikaniſche Element bei ihnen vorherrſchend, und auch iſt nicht aller Tage Abend, — und ob dieſe Verſchiedenheit der Sprachen und Stämme nicht noch manche Verlegenheit bereiten wird, das wiſſen wir nicht. Sollten wir denn nicht auch in einem Punkte Amerika

voraus ſein können, müſſen wir denn immer Alles anderen Ländern nachahmen? Es iſt nicht zu leugnen, daß das Nationalgefühl ein mächtiger Hebel für den Fortſchritt ſei. Man ſprach von Vorbehalten, Proviſorien, von Verſchiebung einer definitiven Beſtimmung in der Anſchlußfrage; aber, meine Herren, wenn es je Zeit war, mit Beſtimmtheit auszuſprechen, ob Oeſterreich zu Deutſchland gehöre,, ſo iſt jetzt die Zeit dazu. (Von verſchiedenen Seiten Zuſtimmung.) Nach kurzer Zeit könnte es zu ſpät ſein, ſprechen Sie es beſtimmt aus, und zögern Sie nicht; Deutſch-Oeſterreich gehört zu Deutſchland, es will zu Deutſchland gehören, es gehört dahin mit allen Momenten, mit allen Beziehungen, und mit Allem, was die Politik, ja die gewöhnlichſte hausbackene Klugheit, möchte ich ſagen, errathen kann. Alles, was nur in die Wagſchale kommen kann, ſpricht dafür, daß Deutſch-Oeſterreich bei Deutſchland zu bleiben habe, und zwar unbedingt, wie jeder andere Beſtandtheil des deutſchen Landes. Dafür ſprechen die ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe, Sprache, Abſtammung, Geſchichte, die geiſtigen und materiellen Intereſſen, der Volkscharakter, und insbeſondere auch der Charakter der neueſten Bewegungen. Niemand wird leugnen, daß in derſelben Weiſe, wie andere Länder, auch Deutſch-Oeſterreich nach der Wiener Acte dem deutſchen Bunde einverleibt war. Aber die Rechte Deutſchland's gehen weiter zurück, noch viel weiter zurück, als die pragmatiſche Sanction. Sie gehen zurück auf den Anfang der deutſchen Geſchichte. Die Geſchichte Oeſterreich's und Deutſchland's ging immer zuſammen, und ſelbſt wo Oeſterreich mit anderen deutſchen Ländern im Kriege war, iſt dieſer Hader ein gemeinſchaftliches Kennzeichen, denn dieſer Familienhader hat ſich leider oft bei den deutſchen Stämmen wiederholt. Auch mit Sprache und Bildung gehört Deutſch-Oeſterreich Deutſchland an. Wer Oeſterreich kennt, muß ſagen, es iſt deutſches Land. Gehen Sie in ſeine Gebirge, ſteigen Sie in ſeine Thäler herunter, betrachten Sie das Phyſiſche des Volkes, beobachten Sie ſeine Gebräuche, ſeine Sitten, Alles iſt deutſch. Hier kommt nicht in Betracht, daß von 12 Millionen die Hälfte auf die ſlaviſche Bevölkerung kommt. Wo iſt die ſlaviſche Bevölkerung? Sie iſt auf einzelnen Kernpunkten in Mähren und Böhmen, und hinab gegen die adriatiſche Küſte, ſonſt iſt ſie nur an kurzen Säumen, Grenzſtrichen, zerſtreuten Punkten. Im Allgemeinen iſt Deutſch-Oeſterreich durch und durch deutſches Land, das mit ſeinem Bürgerthume, mit ſeiner Bildung und allen Sympathieen Deutſchland angehört. Meine Herren! Unſere Zeit iſt die Zeit des Erwachens der politiſchen Wahlverwandtſchaft. Seit der Völkerwanderung war der Staatenbildungsprozeß ein rein mechaniſcher, man flickte zu, man riß ab, man vergrößerte ſich durch Aggregation, das Licht des Geiſtes leuchtete auch hier, aus

der freien Wiſſenſchaft ging die Erkenntniß des Organismus der Völker, das Selbſtbewußtſein des eigenen organiſchen Lebens, das Verſtändniß der eigenen Eigenthümlichkeiten hervor. Der große Gewalthaber Napoleon brachte das erſt in der Wiſſenſchaft geſtürzte Princip wieder zur Geltung; aber es war das letzte Aufflackern, der Organismus der Völker machte ſich jetzt gewaltſam geltend. Ich leugne nicht die Geſchichte, nicht die Thatſachen, nicht gegebene Verhältniſſe, noch weniger, daß ich ſie leugne, ſehe ich ein, daß man ſie beſeitigen könne. Aber die natürlichen Bedürfniſſe und Anforderungen der Thatſachen greifen ſo in einander, daß man nicht weiß, wo das Eine aufhört und das Andere beginnt, das gebe ich zu. Wie die erratiſchen Blöcke in der Geologie, machen den Politikern die vorgeſchobenen Sprach= und Völkerpoſten ſehr viel zu ſchaffen. Ebenſo wenig läßt ſich leugnen, daß ein organiſcher Bildungsgang in die Völker gekommen ſei, und daß man Völkerverbindungen nicht mehr mit Kanonen dictiren kann, ſondern daß die Völker aus ſich ſelbſt in ihren Eigenthümlichkeiten ſich entwickeln. Ob übrigens Nationalität, ob Volkswille, ob Verträge, ob abgerundete Territorien, ob die Intereſſen vorwiegend zu entſcheiden haben, das läßt ſich nicht löſen, wie ein Schulerempel, und trotz aller Logik, und mit dem beſten Willen winden wir uns ohne Widerſprüche nicht hinaus, das ſehe ich wohl ein; aber allen dieſen Momenten muß Rechnung getragen werden, und alle finden ihre Grenze zuletzt an der **Nothwendigkeit**. Die Nothwendigkeit iſt die ultima ratio nicht bloß regum, ſondern auch populorum und mundi. Die Nothwendigkeit kann daher im einzelnen Falle gebieten, daß wir eine Grenzfeſtung beibehalten, anſtatt ſie einer nichtdeutſchen feindlichen Nachbarſchaft auszuliefern; die Nothwendigkeit kann fordern, daß wir ein Land, welches eine natürliche Gebirgsfeſtung bildet, nicht mitten von einander ſchneiden; die Nothwendigkeit hilft überhaupt über viele Fragen hinweg, wo die Nationalität und der Volkswille nicht mehr aushelfen. Daß der Volkswille in Deutſch=Oeſterreich durch und durch deutſch iſt, kann ich Sie verſichern. Das deutſche Nationalgefühl iſt überall erſt von kurzem Datum. Wenn daher hier und da noch ſehr dunkle Begriffe herrſchen, ſo kann man dagegen nichts einwenden. Demungeachtet ſage ich, das deutſche Nationalgefühl in Deutſch=Oeſterreich iſt mächtig erwacht, und läßt ſich nicht mehr unterdrücken. Man kann wohl von Ausnahmen ſprechen, dieſe Ausnahmen ſind vielleicht die Umgebung des Hofes, die Ariſtokratie, das Beamtenthum und das Militär, hier und da auch Manche, die aus Angſt für Creditverhältniſſe Deutſch=Oeſterreich nicht von dem übrigen Oeſterreich abgetrennt ſehen wollen. Meine Herren! Das Gefehlte dieſer Anſicht wurde bereits von einem Redner in der vorigen Woche beleuchtet und bewieſen. Wohl haben ganz natürlich viele Zeitungen in Oeſterreich dieſen materiellen

Punkt immer und ewig hingeſtellt, und das iſt häufig die ganze ſogenannte Sympathie für ein ganzes, ungetheiltes Oeſterreich. Meine Herren! Für den Anſchluß Deutſch-Oeſterreich's an Deutſchland ſpricht auch die neueſte Bewegung. Sie mögen dieſe nehmen, und mit Augen anſehen, wie ſie wollen. Ich würde auch wünſchen, daß die Studentenherrſchaft einer andern Herrſchaft, einer weiſen, freien, geordneten Herrſchaft weiche; aber, meine Herren, die ehrliche, die aufrichtige, warme und glühende Begeiſterung dieſer Jugend iſt nicht zu verkennen, ſie iſt anzuerkennen (Beifall), ſie hat mein Herz oft gehoben, und der Grund dieſer Bewegung, welche Elemente auch darin ſein mögen, iſt ein deutſcher. Als eine deutſche Bewegung wird ſie auch vorzüglich in den Provinzen aufgefaßt. Ich kann hier von einem Lande ſprechen, aus dem ich ſelbſt bin, von Oberöſterreich. In Oberöſterreich ſind ſehr wenig radicale Momente, und doch hat ſich faſt Alles mit wenig Ausnahmen für die neueſte Bewegung begeiſtert, weil man den Kern der Bewegung, und von dem Kern handelt es ſich, erkennt. (Beifall.) Man wird mir auf Das, was ich von Volkswillen ſprach, mit Böhmen und Mähren entgegenkommen. Meine Herren! Was die gar ſo große Antipathie des ſlaviſchen Volkes ſelbſt gegen den Anſchluß an Deutſchland betrifft, — ich ſpreche nicht von den aufgeregten Maſſen, ſondern von dem wahren Kerne des Volkes, — ſo glaube ich nicht daran. Viele wiſſen gar nicht, was ſie wollen; wo aber dieſe Antipathieen ſtecken, weiß man, ſie ſtecken in der ſlaviſchen Ariſtokratie, in dem ſlaviſchen Gelehrtenthum, welches ſich in einem großen ſlaviſchen Reiche leichter auszuzeichnen glaubt, als in einem vereinzelten ſlaviſchen Gebiete des großen Deutſchland's. Kann ſich aber Böhmen leicht lostrennen, iſt es möglich? Es iſt faſt ganz von Deutſchen umgeben, die für die deutſche Sache glühen; Sie werden es in den Zeitungen geleſen haben. Würde es aber möglich ſein, daß ein ſchmaler Keil, ein ſlaviſcher, durch und durch czechiſcher Keil wirklich ſo beharrlich in ſeiner Antipathie gegen Deutſchland wäre, und daß er lieber mit den Slavoniern hält, ſich lieber an eine ungewiſſe Zukunft Galiziens anſchließt, und man fragte mich, ohne Aufopferung der deutſchen Intereſſen, alſo für einen ganz ſlaviſchen Keil, wenn dieſer beharrlich keinen Verband mit Deutſchland will, was meine Anſicht wäre, ob man mit der Schärfe des Schwerdtes ſie zwingen müßte. Meine Herren! Dieſe Frage will ich nicht beantworten, und verweiſe auf die Nothwendigkeit. Dort, wo die Nothwendigkeit gebietet, aber auch nur dort, und inwieweit die eigene Exiſtenz in Frage geſtellt iſt, iſt es erlaubt, fremde Nationalitäten zu zwingen. Anders geſtaltet ſich das Verhältniß im Süden; dort iſt die eiſerne Nothwendigkeit da, dieſer muß für Deutſchland erhalten werden, dort kommen wir aber auch nicht in Verlegenheit, die Antipathieen für Deutſchland ſind

geringer, die Miſchung iſt viel bunter, und die dortigen Intereſſen ſind zu ſehr an die deutſchen Intereſſen geknüpft. Meine Herren! Wenn ich den Minoritäts-Antrag durchgehe, ſo muß ich aufrichtig ausſprechen, daß er nur in dynaſtiſchen Intereſſen ſei; wie wenig aber die Partei der ſogenannten Schwarzgelben in Oeſterreich einer allgemeinen Sympathie, einer Liebe im Volke ſich zu erfreuen hat, das wiſſen Sie ſelbſt aus den Zeitungen. Die Völker ließen ſich viel gefallen, es müſſen ſich auch die Dynaſtieen etwas gefallen laſſen. Meine Herren! Ich bin nicht ohne Pietät, doch möchte ich in dieſer Beziehung mit zwei Worten einer Anekdote erwähnen. Der ſelige Kaiſer Franz hatte eine ſolche Abneigung vor dem Worte „Conſtitution“ daß ſein Leibarzt ſelbſt in Beziehung auf ſeine Leibesbeſchaffenheit dieſes Wort nicht gebrauchen durfte. Jetzt hätte er ſich auch daran gewöhnen müſſen. (Heiterkeit.) Meine Herren! Ich verkenne nicht, daß Oeſterreich noch eine große Zukunft haben kann. Oeſterreich iſt aber geſchieden in zwei Theile, in Deutſch-Oſterreich und Nichtdeutſch-Oeſterreich. Die Zukunft von Deutſch-Oeſterreich iſt in Deutſchland, die Zukunft von Nichtdeutſch-Oeſterreich iſt im Oſten und gegen den Oſten, mag ſich nun Oeſterreich als Bundesſtaat, mag ſich daſſelbe als eine compacte Maſſe, als einen ungetheilten ſlaviſch-magyariſch-romaniſchen Staat geſtalten, dieſe Miſſion kann es auch auf dieſe Weiſe erfüllen. Laſſen Sie uns daher mit dem nichtdeutſchen Oeſterreich Hand in Hand gehen, laſſen Sie uns innigſt damit verbinden, laſſen Sie uns Schutz- und Trutzbündniſſe ſchließen; aber Deutſch-Oeſterreich ſelbſt fordern wir für uns als ein untrennbares Glied, welches zum Körper gehört. (Auf mehreren Seiten: Bravo!) Ich ſchließe, nur eine kurze Bemerkung noch. Ich bin kein blinder Verehrer von Revolutionen, ſchon nach meinem Naturell nicht, aber ich erkenne die Revolution als ein nothwendiges Uebel an, welches darin, in dieſer Nothwendigkeit, ſeine Rechtfertigung, ſeinen Rechtstitel findet. Die letzte Revolution in Deutſchland und Oeſterreich war aber nothwendig, der Bildungsgang, die Ausbildung der Wiſſenſchaft, das Selbſtbewußtſein des Volkes, das Erwachen in jeder Beziehung hat ſie verlangt, hervorgerufen. Benutzen Sie jetzt dieſe Revolution, um keine zweite hervorzurufen. Meine Herren! Ich will hier keinen Schreckſchuß machen, es iſt nicht meine Art; aber glauben Sie, daß, wenn dieſe Revolution nicht ganz ausgebeutet wird, wenn Sie Deutſch-Oeſterreich fallen laſſen, wenn Sie hier nicht als Das handeln, als was Sie handeln müſſen, nämlich als die Vertreter der Deutſchen, die für ihr heiliges Recht ſich annehmen müſſen, ſo werden Sie ſchlimme, ſehr ſchlimme Ereigniſſe hervorrufen. Thun Sie nichts halb, wir brauchen Sie, Sie brauchen uns. (Stimmen: Sehr wahr!) Entſchließen Sie ſich daher, und ſprechen Sie aus: Unter keiner Bedingung werden

wir Deutſch-Oeſterreich fallen laſſen. Deutſch-Oeſterreich gehört zu uns, wie jeder andere Theil. Rechnen Sie darauf, daß die Herzen Ihnen entgegenſchlagen, und, — ich will den Fall nicht herbeirufen, — aber erforderlichen Falles, rechnen Sie auch auf unſere Arme. (Bravo!)

Rede des Abgeordneten Schneider von Wien

in der Sitzung vom 24. October 1848.

Selbſt auf die Gefahr hin, meine Herren, für einen unbedachtſamen jugendlichen Träumer zu gelten, wie der Herr v. Vincke von gewiſſen Rednern geſagt hat, will ich für den § 2 und gegen das Minoritätserachten des Herrn Mühlfeld ſprechen. Man hat hier von dieſer Tribüne aus auf das hiſtoriſche und natürliche Recht hingewieſen, um gegen eine bloße Perſonalunion der deutſchen Provinzen Oeſterreich's mit den nichtdeutſchen zu ſprechen. Ich komme vorerſt auf die pragmatiſche Sanction. Herr Beidtel hat geſagt, in derſelben ſei eine Realverbindung der nichtdeutſchen Provinzen mit Deutſchland ausgeſprochen, was ich allerdings zugebe. Wenn aber der nämliche Redner behauptet, dieſe pragmatiſche Sanction könne nur aufgehoben werden durch Zuſtimmung der Vertreter aller Lande und aller Völker Oeſterreich's, ſo muß ich dem widerſprechen. Die pragmatiſche Sanction iſt nämlich nicht von einem vereinigten Landtage Oeſterreichs angenommen worden, wurde vielmehr nur den einzelnen Provinziallandtagen vorgelegt und von dieſen genehmigt. Wenn man in Oeſterreich die pragmatiſche Sanction annahm, ſo hat man ſie ebenſo aufgehoben durch die Beſchickung der Reichsverſammlung, das Intereſſe des Volkes höher achtend, als das einer Dynaſtie. Aber ein anderes hiſtoriſches Recht kann ich zu erwähnen nicht unterlaſſen. Bereits in den ſogenannten Freiheitskriegen haben die Fürſten Deutſchland's politiſche Unabhängigkeit unſeres Vaterlandes, freie einheitliche Vertretung nach Außen, wie auch Vertretung der Nation beim Bunde verheißen. Dieſem iſt auch Oeſterreich beigetreten, das Verſprechen wurde zwar nicht erfüllt, doch iſt das Recht uns geblieben; ſo hat der Bund, der ein Inbegriff von Geſandten deutſcher Fürſten war, den Beſchluß des Parlaments thatſächlich anerkannt, dadurch, daß er die Wahlen ausgeſchrieben zu einer Reichsverſammlung, die einzig und allein die Verfaſſung Deutſchland's zu geben berufen ſein ſollte. Sie ſehen alſo, meine Herren, daß das hiſtoriſche Recht eben ſo gut für uns ſpricht, als das natürliche. Man hat auf die Hinderniſſe hingewieſen, die der Vereinigung der deutſchen Provinzen mit Deutſchland entgegenſtehen, die durch den Perſonalunion derſelben mit den nichtdeutſchen Landen

Oeſterreich's entwachſen. Meine Herren! Das leugne ich nun keineswegs, die Hinderniſſe ſind bedeutend, und ich geſtehe es, daß, wenn die politiſche Klugheit nicht weiter gehen ſollte, als die Möglichkeit, ich gegen dieſen Paragraphen ſprechen würde, ſofern ich die Ausführung deſſelben für unmöglich hielte; aber dem iſt nicht ſo. Man hat von den Czechen geſprochen, von Panſlavismus in Oeſterreich, man hat darauf hingewieſen, ganz Oeſterreich würde ſich wie ein Mann erheben, um gegen einen ſolchen Beſchluß der Nationalverſammlung einen energiſchen Proteſt einzulegen. Meine Herren, daß die Czechen ein Intereſſe haben, gegen eine Verbindung mit Deutſchland zu arbeiten, liegt in ihrem vermeintlichen Intereſſe; aber genehmigen ſie den Minoritätsantrag, ſo wird es mit der ſtaatlichen und völkerrechtlichen Verbindung Oeſterreich's mit Deutſchland nicht weit kommen; denn die Majorität des Wiener Reichstags iſt eine ſlaviſche und die Regierung folgt der Politik der Majorität, alſo nothwendig einer ſlaviſchen. Dieſe ſlaviſche Partei aber war und wird immer entſchieden gegen einen Anſchluß Oeſterreich's an Deutſchland ſein. Meine Herren! Es iſt noch eine andere Partei in Oeſterreich, welche gegen den Anſchluß an Deutſchland ankämpft, es iſt die Ariſtokratie Oeſterreich's. Wir haben geſehen, wie die öſterreichiſche Ariſtokratie mit Verleugnung ihres Nationalurſprunges ſich in die Arme der Czechen geworfen, ihnen die Herrſchaft ihrer Nationalität verſprechend, um von denſelben die Sicherung ihrer Privilegien zu erwirken. Dieſe Partei agitirt nicht weniger gegen Frankfurt, und noch nie hat man die Angehörigen dieſer Partei mit Liebe von Deutſchland ſprechen hören; nicht minder iſt's der Gewerbeſtand Oeſterreich's, der mit Beſorgniß nach Frankfurt blickt, wähnend, von Deutſchland, von Frankfurt aus werde das vermeindliche Ideal der unbeſchränkten Gewerbefreiheit verwirklicht werden, wodurch der nothwendige Ruin der Gewerbe herbeigeführt werden müſſe. Dieſe Partei zu beruhigen, dürfen wir nur die Grundrechte baldmöglichſt hinausſchicken, und wir werden ſo, bin ich überzeugt, diejenigen, welche noch mit Zweifel und Beſorgniß erfüllt nach Franfurt blicken, als unſere Freunde begrüßen können. Endlich iſt's der Stock=Oeſterreicher, und ich bediene mich dieſes Ausdruckes, weil man zu gerne von Stock=Preußen ſpricht; auch der Stock=Oeſterreicher, ſage ich, er weilt mit Liebe beim Gedanken eines Groß=Oeſterreich's. Eine tauſendjährige Geſchichte haben Oeſterreich's Völker gemacht, in hundert und hundert Schlachten ſiegreich gekämpft, mehr als ein Mal Europa vor Ueberfluthungen aſiatiſcher Barbaren gewahrt; und dieſes Oeſterreich ſoll aufgegeben werden? Ich achte dieſe Partei meiner Landsleute, und weiß die Gefühle zu würdigen, durch die ihr Urtheil beſtimmt wird; aber fragen muß ich, was haben Oeſterreich's Völker von dieſen Schlachten, von dieſen Siegen

für Vortheile gezogen? War denn wirklich die Politik der Regierung zu Gunſten der großen Menge des öſterreichiſchen Volkes? Bis in die neueſte Zeit drückten Feudallaſten jeder Art auf dem Bauer, bis auf die neueſte Zeit war die Vertheilung der Staatslaſten im höchſten Grade ungleich, den Bauer und Bürgerſtand entſchieden treffend, während das große Capital ſich der Beſteuerung ſo viel als entzog. Bis zur Erhebung in den Märztagen war das freie Wort verpönt, war die freie Preſſe geknechtet, war das Verſammlungs= und Vereinigungs=Recht — von einer Nationalvertretung nicht zu ſprechen — in Oeſterreich ein leerer Traum. Meine Herren! Wenn ich in den Blättern der Weltgeſchichte von erkämpften Siegen leſe, wenn ich wirklich Momente wahrnehme, die ſelbſt etwas Erhebendes für das Gemüth haben; ſo muß ich doch geſtehen, kann eine Geſchichte mich nicht blenden, die von einem unfreien, wenn ſonſt auch herrlichen Volke gemacht wurde, und unfrei war der Oeſterreicher bis auf unſere Tage. So ſehe ich zwar große, doch nicht unüberſteigliche Hinderniſſe. Doch nicht bloß ein Recht haben wir, die Anerkennung eines derartigen Beſchluſſes Seitens Oeſterreich's zu begehren, — und im Weigerungsfalle beanſpruche ich das Recht der Minorität, ihre Sache zur Geltung zu bringen in entſchiedener Oppoſition gegen die Regierung, — wir haben auch eine Pflicht, dieſen Paragraphen zu genehmigen. Betrachten wir die Lage Deutſchland's, wenn Oeſterreich nicht in den Bundesſtaat eintritt. Hier ſind zwei Fälle denkbar: entweder gänzlicher Ausſchluß Oeſterreich's, oder ſogenannter inniger Anſchluß Oeſterreich's in Form eines Staatenbundes. Von einem gänzlichen Ausſchluſſe Oeſterreich's will ich abſehen; denn ich glaube nicht, daß irgend Jemand in der Nationalverſammlung ſitzt, der nur im Entfernten den Gedanken haben könnte, Oeſterreich von Deutſchland auszuſchließen, und ich muß im Namen meiner Landsleute gegen die Vermuthung eines Mitgliedes proteſtiren, als hätten die ſogenannten Stock=Preußen den Plan, uns Oeſterreicher von der Nationalverſammlung zum Austritt zu vermögen. Wenn aber Deutſchland in einen Staatenbund mit Oeſterreich tritt, glauben Sie wohl, meine Herren, daß eine deutſche Politik im eigentlichen Sinne des Wortes möglich iſt? wird nicht vielmehr Deutſchland zwei Schwerpunkte haben, wie der Abgeordnete von Göttingen richtig bemerkt, einen in Frankfurt und einen in Wien? Von einer deutſch=nationalen, großartigen Politik kann nach meiner innigſten Ueberzeugung dann keine Rede mehr ſein. Wenn aber das Intereſſe Deutſchland's einen ſolchen engen Anſchluß Oeſterreich's verlangt, ſo begehrt Solches dasjenige der deutſchen Lande Oeſterreich's im erhöhten Maße, und in dieſem Falle bin ich dem Herrn Abgeordneten v. Mühlfeld meinen herzlichſten Dank ſchuldig, denn er hat die ſtatiſtiſchen Daten, die ich Ihnen vorführen

will, nicht nur im Voraus gut geheißen, ſondern wo möglich noch günſtigere mitgetheilt: Ich beziehe Solches auf den Handel und die Induſtrie der deutſchen Länder Oeſterreich's nicht minder auf ihre Betheiligung an den allgemeinen Staatslaſten des Geſammt-öſterreich's. Die Induſtrie, den Handel anlangend, meine Herren, ſo werde ich nur einige Bemerkungen machen. Die Ausfuhr und die Einfuhr der öſterreichiſch-deutſchen Lande nach und von Deutſchland iſt noch einmal ſo groß, als ſie es nach und von Ungarn iſt, trotz der monopoliſtiſchen Stellung unſerer Induſtrie zu dieſem Lande. Wenn wir bedenken, daß Oeſterreich, wie der Abgeordnete von Mähriſch-Trübau dieſes Alles bereits richtig ausgeführt hat, von zwei Zolllinien noch zur Zeit umgeben iſt, eine gegen nicht-öſterreichiſche Staaten, die zweite gegen Ungarn; wenn wir erwägen, daß die Gewinnungskoſten nicht weniger als 27 Procent der Zoll-einnahmen betragen, während ſie im Zollvereine nur $10^1/_2$ Procent erfordern; wenn wir ferner erwägen, daß auf einen Kopf in Oeſterreich von den Zolleinnahmen kaum 9 Silbergroſchen auf den Mann kommen; dann können wir, meine Herren, keinen Augenblick daran zweifeln, daß der Induſtrie, dem Handel Oeſterreich's ein neuer Aufſchwung bevorſteht, da ihm nicht nur das Gebiet der deut-ſchen Zollvereins geöffnet wird, ſondern er auch mit dieſem in jenen Landen Deutſchlands concurrirt, deren Markt bisher größten-theils von Frankreich und England verſehen wurde, ich meine Mecklenburg, Schleswig-Holſtein, die Hanſeſtaaten, kurz in einem Gebiet von 1400 Quadratmeilen mit mehr als $4^1/_2$ Millionen Menſchen. Iſt aber der Induſtrie, dem Handel durch die gänzliche Vereinigung der deutſchen Lande mit Deutſchland eine ſchöne Aus-ſicht geöffnet, ſo ſind die Erleichterungen nicht kleiner, die den Bewohnern dieſer Lande werden durch Verringerung der Laſten, und das kann und wird für meine deutſch-öſterreichiſchen Lands-leute nicht von untergeordneter Wichtigkeit ſein. Im Jahre 1837 war die Geſammteinnahme des öſterreichiſchen Staatshaushalts 135 Millionen, dazu haben die deutſchen Provinzen $64^1/_2$ Millionen beigetragen (Stimmen: Hört!), während alle nichtdeutſchen Pro-vinzen: Ungarn, Italien und Galizien nicht mehr als 70 Mil-lionen, alſo ein Mehr von ungefähr nur 5 Millionen beigeſteuert haben. Nach den ſtatiſtiſchen Notizen des Herrn von Mühlfeld würde das Verhältniß noch mehr zu Ungunſten der deutſchen Län-der Oeſterreichs ſein. Laſſen Sie mich einige Betrachtungen machen. — Wenn Oeſterreich ſich nun von Deutſchland trennt, ſo genügt eine Armee von 250,000 oder 260,000 Mann nicht mehr, dann müſſen wir eine größere haben, denn wir können auf die Hülfe von Deutſchland nicht mehr rechnen. Eine Armee von 300,000 Mann koſtet, nach dem Maßſtab der preußiſchen Armee, ungefähr 34 Millionen Reichsthaler. Hält Oeſterreich eine ſolche Armee, ſo müſſen die deutſchen Provinzen, welche die Hälfte des

Geſammteinkommens beitragen, die Koſten für eine Heeresabtheilung von 150,000 Mann tragen, die ſich auf 27 Millionen Reichsthaler belaufen. Wenn hingegen die deutſchen Provinzen im Bundesſtaate mit Deutſchland ſtehen, und dieſes die gleiche Armee von 300,000 Mann in Friedenszeit halten müßte, dann würden die öſterreichiſch-deutſchen Lande, welche 26 Procent der Geſammtbevölkerung Deutſchland's beherbergen, demgemäß auch nur ein Armeecorps von 74,000 Mann zum deutſchen Contingent zu ſtellen haben. Es würde mithin dadurch allein ſchon ein Erſparniß von mehr als 13 Millionen Reichsthaler erzielt werden. — Ebenſo iſt es mit den Schulden. Die Ausgabe im Jahre 1837 für die Zinſen der Staatsſchulden war ungefähr 45 Millionen Gulden. Davon entfallen auf die deutſchen Provinzen ungefähr 22 Millionen Gulden. Wenn nun eine Trennung der öſterreichiſch-deutſchen Provinzen von den übrigen der Art eintritt, daß die reine Perſonalunion durchgeführt wird, dann muß auch eine gerechte Austragung der Staatsſchulden eintreten, und wenn ich annehme, daß die deutſchen Provinzen, welche mehr als ein Viertel der geſammten Monarchie ausmachen, mit einem Drittel der Schuldenlaſt bedacht werden, ſo dürfen ſie anſtatt 22 Millionen nur 15 Millionen zahlen, d. h. ſie haben ein jährliches Erſparniß von ungefähr 7 Millionen Gulden. Durch eine Vereinigung der deutſchen Lande mit Deutſchland zu einem Bundesſtaat würden mithin die Erſparniſſe in dieſen beiden und einzigen Rubriken ſich belaufen auf jährliche 26 Millionen. (Stimmen: Hört!) — Laſſen Sie mich nun einige Schlüſſe ziehen. In Oeſterreich beſteht die drückende Verzehrungsſteuer, das Tabaksmonopol, gegen das ich perſönlich zwar nicht bin, das Salzmonopol, ſo auch das ſittenverderbende Lotto noch bis heute, ungeachtet gegen Letzteres bereits die Stände Oeſterreichs Proteſt erhoben haben. Die Verzehrungsſteuer, das Tabaksmonopol in den nichtungariſchen Landen tragen je 20 Millionen und 10 Millionen Gulden ein. Nehme ich nun auf die deutſchen Provinzen Oeſterreich's Rückſicht, ſo ſind ſie folgendermaßen betheiligt: die Verzehrungsſteuer trägt ein 12 Millionen, das Tabaksmonopol 5,500,000 und das Salzmonopol $10\frac{1}{2}$ Millionen. Wenn ich dieſe Zahlen addire, ſo bekomme ich eine Summe von 27 Millionen, alſo eine Summe, die die deutſchen Provinzen dadurch erſparen können, daß ſie ſich für ein großes, einiges, ſtarkes Deutſchland erklären. In dem Augenblicke, wo wir die verſchiedenen Verhältniſſe Oeſterreich's ausgeglichen und geregelt haben, in dem Augenblicke wird es uns auch möglich, die Verzehrungsſteuer, das Tabaks- und Salzmonopol und auch das ſittenverderbende Lotto aufzuheben. Wer mir alſo ſagt, die Intereſſen der deutſchen Provinzen ziehen nicht vorwiegend nach Deutſchland, ſondern nach den nichtdeutſchen Landen Oeſterreich's, der muß nicht nur dieſe klar daliegenden ſtatiſtiſchen Notizen, er

muß auch alle Folgerungen aus denſelben leugnen. Herr Eiſenmann ſagt, auf Wien hinſchauend: „ich würde mich keineswegs freuen, wenn die Demokratie ſiegte", ich antworte demſelben, daß ich mich über jeden Sieg der Demokratie freue, er mag in Wien oder in irgend einem Winkel der Erde erfochten werden, ich möchte ihn erinnern, daß die Demakratie allein es war, welche den Eintritt Oeſterreich's in Deutſchland möglich gemacht: denn als am 15. Mai die Wiener ſich erhoben gegen eine Conſtitution, die durch eine eigenthümliche Zuſammenſetzung der erſten Kammer die zweite zur Nullität verurtheilte, da war der Sieg der Demokratie in Oeſterreich nicht nur ein Sieg der Freiheit, ſondern auch der deutſchen Einheit, und richtig rief mir an jenem Tage ein geachteter Staatsmann Oeſterreich's zu: Was haben ſie erreicht? gewiß kein großes einiges Oeſterreich! Wohl hatte er Recht; aber ich freute mich des Sieges, denn ich wollte und will ein großes, einiges, durch die Freiheit ſeiner Völker mächtiges Deutſchland. (Beifall.)

Rede des Abgeordneten Uhland von Tübingen

in der Sitzung vom 26. October 1848.

Meine Herren! Wir ſind hierher geſandt, die deutſche Einheit zu gründen, wir ſind nicht geſandt, um große Gebiete und zahlreiche Bevölkerungen von Deutſchland abzulöſen, Gebiete, welche durch Jahrhunderte deutſches Reichsland waren, welche auch in den trüben Tagen des deutſchen Bundes deutſches Bundesland waren. Nur die Fremdherrſchaft, nur die Zeit der tiefſten Schmach hat Deutſchland zerriſſen, jetzt aber ſoll der Tag der Freiheit, der Tag der Ehre aufgehen, und jetzt ſteht es uns nicht an, mit eigenen Händen das Vaterland zu verſtümmeln. Als den Beſchlüſſen des Vorparlaments gemäß und in Folge der entſprechenden Ausſchreiben der öſterreichiſchen Regierung das deutſche Volk in Oeſterreich ſeine Abgeordneten nach Frankfurt wählte, hat es dieſe nicht gewählt, um durch ſie lediglich ein völkerrechtliches Bündniß abſchließen zu laſſen. Dazu ſchickt man nicht anderthalbhundert Abgeordnete, man ſchickte einen diplomatiſchen Unterhändler. Oeſterreich hat ſeine Vertreter gewählt zum Werke der Einigung, und in dieſem Geiſte haben auch die öſterreichiſchen Abgeordneten ſeit fünf Monaten mit uns getagt und beſchloſſen im Sinne des neuen deutſchen Bundesſtaats; aber nicht bloß in dieſem Sinne und Geiſte, nein, ſie haben auch mit uns das Wort geſetzgebend ausgeſprochen. Das Geſetz vom 28. Juni über Einführung einer proviſoriſchen Centralgewalt für Deutſchland ſagt im zweiten Artikel wörtlich und ausdrücklich: Die neue Centralbehörde habe die Vollziehungsgewalt

zu üben „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaates betreffen. Im Gegenſatze dazu ſagt der 13. Artikel: „Mit dem Eintritte der Wirkſamkeit der proviſoriſchen Centralgewalt hört das Beſtehen des Bundestages auf.“ Der Staatenbund iſt alſo hinabgeſunken mit ſeinem Organe, dem Bundestag, und der Bundesſtaat iſt heraufgeſtiegen. Dieſes Geſetz iſt von allen deutſchen Regierungen anerkannt und verkündet, und in Folge deſſen iſt ein Mitglied des öſterreichiſchen Kaiſerhauſes zum Reichsverweſer gewählt worden, ein Mitglied dieſes Regentenhauſes, welches eben in Oeſterreich ſelbſt ſich in einer höchſt wichtigen Stellung befand, dieſe aber mit Zuſtimmung des Reichsoberhauptes aufgab und in die Stelle des Reichsverweſers, an die Spitze des deutſchen Bundesſtaates, eintrat. Hiernach beſteht der Bundesſtaat anerkannt und geſetzlich. Der Verfaſſungsentwurf iſt beſtimmt, dieſen politiſchen Grundſatz des Bundesſtaates ins Leben zu führen, ihn durchzuführen in der Gliederung und Ordnung des neuen Staates. Mag die durch das Geſetz vom 28. Juni geſchaffene Centralgewalt auch nur eine proviſoriſche ſein, der Grundſatz, auf welchem ſie beruht, iſt ein definitiver, er iſt ebenſo endgiltig, als die Beſtimmung jenes Geſetzes, daß der Bundestag aufgehoben ſei, denn dieſer iſt definitiv, nicht proviſoriſch aufgehoben. Zur Durchführung dieſes Grundſatzes nun ſind die beiden §§ 2 und 3 beſtimmt, in deren Berathung wir jetzt begriffen ſind, und jetzt erſt, bei dieſer Berathung, wird an dem Grundſatze des Bundesſtaates gerüttelt, jetzt will man uns ſtatt der wahren Einigung den innigſten Anſchluß Oeſterreich's im Wege eines völkerrechtlichen Bündniſſes anbieten! Ein ſolches Bündniß, meine Herren, iſt die Bruderhand zum Abſchied! (Auf der Linken: Sehr wahr! Sehr gut!) Es iſt mir aus den Vorträgen der Redner, welche gegen den Entwurf geſprochen haben, nicht ganz klar geworden, daß das bisherige Verhältniß des öſterreichiſchen Regentenhauſes zu den einzelnen Reichen und Provinzen mit dem vom Verfaſſungsentwurfe angenommenen Syſteme der Perſonalunion in ſo tiefem und unverſöhnlichem Gegenſatz ſtehe. Aber das iſt mir klar geworden, daß die politiſche Staatenbildung der pragmatiſchen Sanction eine ganz andere war, als diejenige, welche jetzt in Oeſterreich beabſichtigt wird. Das politiſche Syſtem der pragmatiſchen Sanction iſt das dynaſtiſch=monarchiſche. An der Spitze dieſes Syſtems ſtand eine neue deutſche Dynaſtie, die mächtigſte deutſche Dynaſtie, diejenige, welche die deutſche Reichskrone trug. In der Hand dieſes deutſchen Hauſes war allerdings das Scepter ein mächtiges, hier war die angeſtammte Art des Kaiſerſtammes eine einflußreiche auf alle unter ihm vereinigte Lande. Aber jetzt iſt dieſes dynaſtiſche Syſtem zur Neige gegangen, die großen Hebel der jetzigen europäiſchen Bewegung aber, der poli=

tiſche und der nationale, ſie würden nach dem neuen Plan in die Hand eines nichtdeutſchen Stammes gelegt werden; ſchon die Zuſammenſetzung der conſtitutionellen Verſammlung in Wien gibt dieß zu erkennen; dieſe beiden Hebel würden in die Hände der ſlaviſchen Mehrzahl gelegt werden, politiſch und durch die parlamentariſche Mehrheit, und national durch die hinter ihr ſtehende Volksmaſſe, eine Volksmaſſe, in der, wie es jetzt bei allen ſlaviſchen Stämmen, und das mit Recht, der Fall iſt, das Nationalgefühl hoch aufgeglüht iſt. Und was ſoll nun die Stellung der deutſchen Minderzahl ſein in dieſem Neuſtaate, der von der Art und Weiſe der pragmatiſchen Sanction gar nichts an ſich hat? Das Kaiſerhaus, die Dynaſtie als deutſche, was kann ſie ihnen helfen, und was kann ihnen der lockere völkerrechtliche Faden helfen, den man zu uns nach Deutſchland hinüberfliegen laſſen will? Man hat wohl geſagt: Oeſterreich hat den großen providentiellen Beruf, nach dem Oſten hin mächtig zu ſein, nach dem Oſten Aufklärung und Geſittung zu tragen. Aber wie kann das deutſche Oeſterreich Macht üben, wenn es ſelbſt überwältigt iſt? Wie kann es leuchten und aufklären, wenn es zugedeckt und verdunkelt iſt? (Bravo!) Mag immerhin Oeſterreich den Beruf haben, eine Laterne für den Oſten zu ſein, es hat einen näheren, höheren Beruf: eine Pulsader zu ſein im Herzen Deutſchland's. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Oeſterreich iſt mit uns geweſen im deutſchen Bunde; wie auf ihm ſelbſt, hat auf uns, auf allen Zuckungen der Freiheit in dem einzelnen deutſchen Staaten, der Druck der öſterreichiſchen Diplomatie gelaſtet; wir hätten dennoch Oeſterreich nicht losgelaſſen, wir wußten, was wir ihm verdankten; aber jetzt ſoll Oeſterreich von uns losgeriſſen werden? jetzt, wo es eben jung wie ein Adler, mit den friſchen Wunden der März- und Maikämpfe zu uns herangetreten iſt, um den neuen Bund der Freiheit zu ſchließen?! (Bravo!) Man ſagt, die alten Mauerwerke ſeien darum ſo unzerſtörbar, weil der Kalk mit Blut gelöſcht ſei. — Oeſterreich hat ſein Herzblut gemiſcht in den Mörtel zum Neubau der deutſchen Freiheit. (Bravo!) Oeſterreich muß mit uns ſein und bleiben in der neuen politiſchen Paulskirche. (Wiederholtes Bravo!) Meine Herren! Sie haben kaum erſt ein Geſetz zum Schutze der perſönlichen Freiheit der Abgeordneten gemacht, wollen Sie zuſtimmen, daß anderthalbhundert deutſch-öſterreichiſche Volksvertreter vor ihren Augen hinweggeführt werden in die Verbannung? (Bravo. Stimmen: Und auf den Spielberg!) — Soviel von den Anträgen, welche ſtatt des Bundesſtaates uns ein völkerrechtliches Bündniß mit Oeſterreich vorſchlugen. Nun einige Worte noch über diejenigen Vorſchläge, welche auf die Verſchiebung abzielen. Ich habe einen entgegengeſetzten Antrag, einen Antrag auf Beſchleunigung übergeben, welcher ſo lautet:

„Die Nationalverſammlung möge die §§ 2 3 und des Entwurfs von der zweiten Berathung ausnehmen und dieſelben, unbeſchadet der Aufnahme in die Reichsverfaſſung, ſogleich zum definitiven Beſchluß erheben.“

Meine Herren! Es haben alle diejenigen Redner, welche überhaupt für die Beſtimmungen des Entwurfes ſich erklärt haben, auch die Wichtigkeit eines gleichbaldigen Beſchluſſes anerkannt, und wirklich iſt die Lage dringlich. Mitten in der Zerrüttung, in der ſich jetzt Oeſterreich befindet, ſind doch Hof und Reichstag noch einverſtanden, es hat ſich zwiſchen ihnen keinerlei Mißklang in Beziehung auf Dasjenige gezeigt, was für Deutſchland gefährlich iſt in Beziehung auf die Gründung eines neuen Reiches, in welchem die deutſche Bevölkerung eine völlig untergeordnete wäre. Die Reichsgewalt hat Commiſſäre nach Oeſterreich geſchickt, um die dortigen Kämpfe zu verſöhnen, um die deutſchen Intereſſen zu wahren, aber, wenn die deutſchen Intereſſen gewahrt ſein ſollen, ſo müſſen die Commiſſäre des Reiches wiſſen, welches iſt die Stellung, welche die geſetzgebende Gewalt Deutſchland's ſich geben will zu den deutſch-öſterreichiſchen Staaten. Diplomatiſche Verhandlungen ſind gefährlich, wenn ſie keine feſte Grundlage haben. Nach dem gewöhnlichen Gange der Berathung würden die §§ 2 und 3 zu einer nochmaligen Leſung kommen, allein dieß kann doch dem bisherigen Verlaufe nach erſt in einigen Monaten ſtattfinden, und ſo bliebe die Frage von der größten Wichtigkeit eine ſchwebende, darum habe ich meinen Antrag geſtellt; er iſt lediglich ein eventueller; erſt wenn die Beſtimmungen der beiden Paragraphen zum Beſchluß erhoben werden, würde er an die Ordnung kommen, und ob ich gleich große Wichtigkeit darauf lege, daß ſogleich beſchloſſen werde, behalte ich mir dennoch vor, nach Umſtänden den Antrag zurückzuziehen, wenn ich befürchten müßte, daß eine Nebenabſtimmung der Hauptabſtimmung Nachtheil zufügen könnte, zurückzuziehen in der Hoffnung, daß die Nationalverſammlung mit großer Mehrheit die Anträge des Verfaſſungs-Ausſchuſſes zu ihrem Beſchluß erheben werde, und im Vertrauen, daß ſo wichtige Beſchlüſſe, auch wenn eine zweite Leſung ſtattfindet, dennoch unwiderrufliche ſind. Man kann für die Verſchiebung anführen, daß gegenwärtig in Oeſterreich, und von da aus im übrigen Deutſchland große Gährung herrſche; ich glaube nicht, daß dieſer Grund ſtichhaltig iſt, diejenigen Beſchlüſſe ſind immer die beſten, wahrhaft praktiſchen, die an der brennenden Sachlage angezündet ſind. Heilſame Gährung, die endlich unſer langwieriges Verfaſſungswerk zur Klärung brächte! Eben weil es gährt, müſſen wir die Form bereit halten, in die das ſiedende Metall ſich ergießen kann, damit die blanke, unverſtümmelte, hochwüchſige Germania aus der Grube ſteige. (Anhaltendes Bravo!)

Rede des Abgeordneten Berger von Wien

in der Sitzung vom 26. October 1848.

Meine Herren! Ich habe mich gegen die §§ 2 und 3 des Entwurfes eintragen laſſen, und bin daher ſchuldig, Ihnen vor allem Andern den Standpunkt darzulegen, auf welchem ich mich befinde. Ich ſtehe durchaus nicht auf dem Standpunkte der ſchwarz-gelben Politik, ich befinde mich durchaus auf deutſchem Standpunkte, und dennoch ſpreche ich gegen die §§ 2 und 3 lediglich aus dem Grunde, weil, wenn das Prinzip des Bundesſtaates geſetzt iſt, ich jene Paragraphen lediglich als deſſen Conſequenzen betrachte, weil ich der Meinung bin, es handle ſich nicht ſowohl darum, uns Deutſch-Oeſterreicher in dieſen Bundesſtaat aufzunehmen, ſondern darum, uns aus demſelben hinauszujagen. (Mißbilligung von einzelnen Stimmen.) In dieſem Sinne alſo ſpreche ich gegen dieſe dieſe Paragraphen, und Sie ſehen aus dieſer Erklärung, daß ſich mein Standpunkt für durch dieſe Vorerklärung in ein gegen umgewandelt hat. Ich werde nun weder auf die breite Grundlage des Herrn Beda Weber gerathen, noch in den grobkörnigen Styl dieſes Redners verfallen, welcher der Begeiſterung eines Landsmannes von mir miniſterielle Aſpiranzen unterſchob; ich halte das für völlig unwürdig. Ich werde auch nicht, wie Herr Graf Deym es im Eingange ſeiner Rede that, ſagen, ich ſei deutſch, ganz deutſch, durch und durch deutſch, damit am Ende der Slave deſto beſſer durchgucken könne. (Lebhaftes Bravo.) Ich halte die Verſammlung, und den Stoff, der hier verhandelt wird, für ziemlich erſchöpft, und werde daher meine Rede ſo kurz als möglich faſſen, ich werde Ihnen nicht ein Ragout bereiten nach der bekannten oratoriſchen Kochkünſtelei, vermöge welcher man aus den Vorträgen der Vorredner ohne Berückſichtigung des ganzen Zuſammenhanges aus ihrer Rede beliebig Stellen zupft, ſie mit der nöthigen Salonmalice und und ſchlechten Witzen übergießt, und ſchließlich eine ſtaatsmänniſche Rede daraus macht. (Lebhafter Beifall.) Es iſt zu bedauern, daß, indem dieſe Frage hier theoretiſch behandelt wird, und auch ich ſehe ihre Behandlung hier nur für eine ſolche an, ſie in demſelben Augenblicke unter den Mauern Wiens ihrer praktiſchen Entſcheidung entgegengeht, es iſt wirklich zu bedauern, daß, während wir unſere ſchwachen Stimmen in die Wagſchaale legen, man dort vielleicht bereits mit Kanonen abgeſtimmt hat. Indeß glaube ich, daß Sie Ihre Entſcheidung nicht durch den Hinblick auf die dortigen Verhältniſſe leiten laſſen, daß Sie nicht jene Scheu, welche Herr Graf Deym vor der Idee hatte, theilen, ſondern daß Sie den Principien und nicht den Umſtänden folgen. (Hört!) Man

hält das Princip für unpraktiſch, leiten Sie es aber auf dem richtigen Wege in das Bewußtſein der Nation, nicht auf dem der Verrückung oder der Verrücktheit, und es wird gewiß praktiſch ſein, und wenn Sie dann wollen, daß Oeſterreich deutſch werde, ſo wird es deutſch werden, wenn auch ein Windiſch-Grätz uns ſlaviſch kanoniſiren wollte. Ich erwähnte eben den Namen Windiſch-Grätz und bemerke dabei, daß man eben heute das Gerücht verbreitet hat, es ſei der Anführer der ſlaviſchen Soldaten bereits in die Mauern Wiens eingerückt. Mir ſcheint, als ob man ſchon ſeit einigen Tagen ſolche und ähnliche Gerüchte verbreitet habe, um dadurch unſere Abſtimmung zu alteriren. Es gibt zaghafte Seelen unter meinen Landsleuten, welche bei der Militärherrſchaft in Wien nicht Kraft genug haben könnten, ihre Meinung, ſowie ſie wollten, auszuſprechen. (Von verſchiedenen Seiten heftige Einſprache dagegen. Ruf: Zur Ordnung! Das iſt Schmähung!)

Vicepräſident Simſon: Herr Berger! Ich darf unter keinen Umſtänden dulden, daß Sie Mitglieder dieſes Hauſes, obenein Ihre Landsleute — wenn ich recht verſtanden habe — auf ſolche Weiſe verdächtigen; Sie dürfen eine ſolche Verdächtigung nicht einmal andeuten, widrigenfalls ich Sie deßhalb alles Ernſtes zur Ordnung rufen müßte.

Berger: Ich füge mich dem Ordnungsrufe, und nehme alſo jene Aeußerung zurück. Ich glaube, wenn jene Militärherrſchaft begründet werden ſollte, ſo dürfte es ſehr ſchwer ſein, den Thron auf den Spitzen der Bajonnette zu balanciren. Im Eingange meiner Rede berührte ich bereits, daß es ſich nicht darum handle, uns in den Bundesſtaat aufzunehmen, ſondern uns aus demſelben auszuſchließen. Es iſt ein Unglück, daß dieſe Frage bis jetzt verſchoben wurde, ſie war principiell die erſte, die von Anfang an keinem Zweifel unterlag. Als mein Freund Wiesner als erſter Vertreter Oeſterreich's im Vorparlamente das Wort ergriff, da gab es einen nicht enden wollenden Enthuſiasmus. Wenn man aber die jetzige Stimmung für Oeſterreich mit dem rechten Lichte beleuchten wollte, ſo müßte man mit dem Dichter ausrufen: „Zum Teufel iſt der Spiritus, das Phlegma iſt geblieben!“ (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren! Ich ſagte, die Vorausſetzung, unter welcher wir hier ſitzen und tagen, iſt der fertige Bundesſtaat, dieſer iſt das Princip, nach welchem Sie Ihren Platz mit uns hier haben. (Auf der Linken: Sehr gut!) Sie können uns nicht hinausweiſen, denn es wären dann alle Ihre Beſchlüſſe ungiltig. Nach der Mathematik laſſen ſich ungleichartige Größen nicht zu einer Summe oder einem Producte combiniren, und wenn alſo die Einen im Sinne des Bundesſtaates, die Andern in dem des Staatenbundes hier ſaßen, wie können Sie ſich dann auf die Majorität verlaſſen, zu welcher die Oeſterreicher mitgeſtimmt haben? Ich glaube, Sie können doch

Ihrer ganzen parlamentariſchen Vergangenheit ein ſolches Dementi nicht geben und etwa ſagen wollen, Oeſterreich gehöre nicht zum deutſchen Bundesſtaate? Meine Herren! Als es ſich um die Blokade von Trieſt handelte, da ſprachen Sie, Trieſt iſt deutſch; als das wälſche Südtyrol, vor welchem der Abgeordnete Beda Weber ſo große Furcht zeigte, ſich von Deutſchland trennen wollte, da war großer Enthuſiasmus, da rief man mit dem Dichter, der hier ſitzt: „Das ganze Deutſchland muß es ſein.“ Und, meine Herren, Sie wollten Trieſt nicht hergeben, ebenſo Südtyrol nicht, Sie haben mit geometriſcher Genauigkeit Poſen durch eine Demarcationslinie getheilt, die Begeiſterung für Schleswig-Holſtein war eine allgemeine, und nun, wo ſieben Millionen Deutſche zur Thür hinausgeworfen werden ſollen, da haben Sie gar keine Begeiſterung? (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren! Der erſte Paragraph ſpricht Alles aus, er ſagt, was einmal zum deutſchen Bunde gehört hat, das wird jetzt auch zum neuen deutſchen Bundesſtaate gehören, und mit dieſem Pnragraphen halte ich die Sache für erledigt, und die §§ 2 und 3 überflüſſig, weil ich uns nicht den Vorwurf machen laſſen möchte, als ob wir als Profeſſoren in unſeren Lehrbüchern der deutſchen Verfaſſung die Conſequenzen und Corollarien hineinſetzten, die ſich von ſelbſt verſtehen. Wenn ich neulich in der öſterreichiſchen Frage gegen unſer Miniſterium ſprach, ſo muß ich ihm dagegen heute vollkommene Anerkennung angedeihen laſſen; es iſt uns mit einem herrlichen Beiſpiele vorangegangen, und Sie werden nicht hinter ihm zurückbleiben wollen. Der Herr Miniſter des Innern hat die öſterreichiſchen Truppen als Reichstruppen bezeichnet und verwendet; der Herr Finanz-Miniſter hat in zwei Umlagen durch das Geſetzblatt, in dem vollen Bewußtſein, daß Oeſterreich zum deutſchen Bunde gehöre, die Beiträge für die Centralgewalt und für die Marine auch für Oeſterreich nach dem Martricularbetrage vertheilt, und ich zolle ihm dafür meine volle Anerkennung. Meine Herren! Herr v. Vincke, — und ich muß um Verzeihung bitten, daß ich ihn beim Namen nenne; denn ich weiß nicht, welcher Ort das Glück ſeiner Vertretung genießt, — hat aus Gründen der europäiſchen Politik und der öſterreichiſchen Geſammt-Monarchie und aus den Gründen der Unausführbarkeit der conſtitutionellen Perſonalunion, Herr v. Vincke hat Ihnen gezeigt, daß Oeſterreich nicht in, ſondern neben Deutſchland hergehen müſſe. Ich bemerke ſchon hier nur vorläufig, daß gerade in dieſer Weiſe, wie die Frage behandelt wird, es ſich kundgebe, wie ſehr man die ganze Frage verrückte; man hat ſie aus einer volksthümlichen zu einer dynaſtiſchen, aus einer nationalen zu einer internationalen gemacht, man hat ſich vom Standpunkte des Bundesrechtes auf den völkerrechtlichen Standpunkt geſtellt. Meine Herren! Schaffen Sie erſt Ordnung im eigenen Hauſe, und wenn Sie dann damit fertig ſind,

dann ſehen Sie, wie es bei den Nachbarn ausſieht; — wenn wir Oeſterreicher in das Haus mit hineingehören, dann nehmen Sie uns erſt auf, und dann ſehen Sie erſt nach einer großen europäiſchen Politik ſich um, zuerſt aber treiben Sie deutſche Politik, und dann erſt europäiſche. Darum aber müſſen Sie zuerſt das deutſche Oeſterreich in den deutſchen Bund einfügen, und wenn Sie Das gethan haben, dann werden ſich die Wege zeigen, wie Das, was die öſterreichiſche Geſammtmonarchie leiſten ſoll, durch einen großen mitteleuropäiſchen Staatenbund geleiſtet werden kann, einen Staatenbund, der nach Oſten und nach Weſten hin alle Intereſſen befriedigen wird, die Sie eben durch Auflöſung der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie gefährdet glauben. Und wahrhaftig, Sie können es nicht leugnen, daß das deutſche Oeſterreich ein Theil des deutſchen Bundes iſt, es iſt ein Particularſtaat Deutſchland's; daraus folgt die Nothwendigkeit, daß die übrigen Lande Oeſterreich's nur in dem Verhältniſſe der Perſonalunion beſtehen können. Kümmern Sie ſich aber nicht mit Herrn v. Vincke darum, wie dieſe Perſonalunion zu realiſiren ſei, und wahrlich, ich möchte nicht mit dem Conſtitutionalismus ſo ſehr coquettiren, daß ich ihm das Volk opfern würde. Bei mir iſt darüber kein Zweifel, und wenn das Volk ſehen wird, daß die Perſonalunion nicht durchführbar ſei, und, meine Herren, wenn die öſterreichiſche Dynaſtie ſehen wird, daß die Perſonalunion wirklich nicht zu realiſiren iſt, dann wird ſie auf ein Auskunftsmittel denken, ſie wird an einen Plan denken, von welchem ſchon neulich ſo Manches verlautet hat, und wovon auch ſchon die Zeitungen geſprochen haben, nämlich ein föderatives Verhältniß herzuſtellen, bei welchem die einzelnen Staaten an die einzelnen Glieder des Kaiſerhauſes zu vertheilen wären, und dieſen Plan hatte man auch ſchon damals, als die Lage der Dinge für Italien noch günſtiger war, als man auf liberalerem Wege, als gegenwärtig, mit Italien den Frieden abſchließen wollte, damals, als man für die Perſonalunion mit Italien und mit Ungarn war. Und wieviel bliebe denn da von der öſterreichiſchen Monarchie noch übrig, was ſich der Perſonalunion nicht fügen könnte? Ich ſage, daß dadurch, durch eine ſolche völkerrechtliche Auseinanderſetzung, durch eine demokratiſch-föderative Herausbildung am Beſten jenes Princip der Gleichberechtigung der verſchiedenen Nationen verwirklicht würde, auf welches Princip Herr v. Mühlfeld ſeine Theorie der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie gebaut hat, und ich ſage, daß ſie ſich am Beſten im Intereſſe der Dynaſtie verwirklichen werde, wenn eben die Dynaſtie nicht allen Intereſſen vor den Kopf ſchlägt. — Man hat ſich ſo ſehr und ſo vielfältig auf die hiſtoriſche Nothwendigkeit Oeſterreich's berufen. Es iſt dieſe hiſtoriſche Nothwendigkeit zum Dogma der ſchwarzgelben Politik geworden, und auch hier von dieſer Tribüne aus hat man dieſes

Dogma gepredigt. Man hat von „Organiſirung,“ von „vielfältigen Beziehungen,“ von „hiſtoriſchen Erlebniſſen,“ von „gemeinſchaftlich vergoſſenem Blute“ geſprochen, und noch mehr dergleichen myſtiſche Phraſen der ſchwarzgelben Politik hier aufgetiſcht, um zu zeigen, daß die öſterreichiſche Geſammtmonarchie eine wirkliche Nothwendigkeit ſei. (Bravo und Heiterkeit.) Es hat ſogar ein Abgeordneter, wie Voltaire von Gott, ſo von dieſer Monarchie angeführt: Wenn ſie nicht wäre, ſo müßte man ſie erfinden! Meine Herren! Wer die Geſchichte von Oeſterreich kennt, der wird ſie wahrhaftig nicht für ſo göttlich finden, um zu neuen Erfindungsgedanken begeiſtert zu werden. (Heiterkeit.) Doch es iſt nöthig, auf dieſe Idee näher einzugehen, nothwendig iſt es, auf die Frage als eine hiſtoriſche einzugehen. Es iſt nicht zu leugnen, daß auf dem Territorium, welches jetzt die öſterreichiſche Geſammtmonarchie heißt, die vier Hauptracen der europäiſchen Völkerfamilie in einander greifen. Das Dogma der hiſtoriſchen Nothwendigkeit Oeſterreich's präciſirt ſich alſo dahin, es ſei nothwendig, die dort von ihren Hauptſtämmen losgeriſſenen Nationalitäts-Fragmente und die dort bloßgeſtellten einzelnen nationalen Elemente, die keinen Mittelpunkt hätten und nichts mehr von ihren Hauptmaſſen wüßten, von denen ſie losgetrennt ſeien, mit einander zu verbinden. — Dieſes Dogma kommt mir gerade ſo vor, wie die Schwierigkeit der Aſtronomen mit den in den letzten Jahren entdeckten zahlreichen Aſteroiden, die weiter nichts ſind, als die Fragmente eines zertrümmerten Weltkörpers, und die Aſtronomen werden durch alle Beobachtungen nicht die Nothwendigkeit beweiſen, daß dieſe Aſteroiden in den Urplaneten zurückkehren. (Heiterkeit.) Ich nehme die Idee nicht in ſo ſchlechtem Sinne, ich nehme ſie in einem ganz anderen Sinne, als daß man glauben könnte, die Idee könne ſich je gemeiner und niederträchtiger Mittel bedienen, um ihre Exiſtenz zu erhalten; und wenn Sie damit die Geſchichte Oeſterreich's vergleichen, ſo finden ſie doch wahrlich, daß man ſich zur Hervorbringung dieſer Monarchie ſolcher Mittel bedient hat, die ſich aus den Zeiten herdatiren, wo man über Menſchen und Länder, wie über Dinge verfügte; man hat ſich Menſchen und Länder als Acceſſorium angeheirathet und vererbt; man hat Polen getheilt, und ſo iſt Oeſterreich entſtanden. Ich erinnere an jenes Diſtichon: „Belle gerant alii, tu felix Austria nube.“ Ich frage Sie, iſt das die Idee der hiſtoriſchen Nothwendigkeit, kann auf dieſe Weiſe ein Staat gebildet werden? Gehen wir auf die Märztage zurück. Als das Parlament noch nicht beſtand, als man die öſterreichiſchen Vorparlaments-Verhandlungen noch verbotener Weiſe bei Hoffmann und Campe in Hamburg drucken ließ, als die Völker Oeſterreich's noch unter dem Abſolutismus geknechtet waren, da zweifelte Niemand, und ſelbſt die gelbſten Vertheidiger der öſterreichiſchen Monarchie zweifelten nicht, daß

Oeſterreich bei dem erſten Freiheitshauche auseinanderſtäuben werde, und kaum war der 15. März vorüber, da kamen Deputationen aus allen Provinzen, czechiſche, galiziſche, croatiſche, ungariſche — dieſe ſetzten es durch, — Deputationen petitionirten um ihre Selbſtſtändigkeit, und Italien brach in offenen Aufſtand für dieſelbe aus. Meine Herren! Iſt das der Drang jener losgeriſſenen Völker, ſich in die Einheit zu fügen? Iſt etwa das blutige Bajonnett= und Kanonen=Rendezvous, das ſich in dieſem Augenblicke die Völker Oeſterreich's unter den Mauern Wiens geben, ein Symptom der Politik des Weltgeiſtes!? — Doch, Sie ſehen, mit der idealen Conception der öſterreichiſchen Geſchichte werden Sie nicht auskommen, und man hat ſich daher auf die rechtshiſtoriſche Baſis geſtellt. Ich folge, und komme auf den rechtshiſtoriſchen Boden. Ich will, nachdem alle öſterreichiſchen Papiere ſo ſehr im Werthe geſunken ſind, auch eines hervorziehen, jenes vergilbte Pergament der pragmatiſchen Sanction, und es mit Ihnen betrachten und ſehen, ob wir den öſterreichiſchen Geſammtſtaat daraus herausſtäuben. Es iſt überhaupt eine mißliche Sache, ſtaatsrechtliche Fragen auf den privatrechtlichen Leiſten zu ſpannen; ich will nicht, wie Andere es thaten, die pragmatiſche Sanction für ein bloßes Teſtament halten, welches etwa die öſterreichiſche Dynaſtie für ſich gemacht hat, und ich will ſie auch nicht für ein Fideicommiß=Inſtrument erklären; ſondern ich will, wie Herr v. Würth hier es dargeſtellt hat, die pragmatiſche Sanction als einen Vertrag, der mit den Ständen vereinbart worden ſei, betrachten. Und weil wir hier auf dem Gebiete des Vertrages uns befinden, ſo will ich als ſtrenger Juriſt mich auch ſtreng an den alten römiſchen Rechtsſatz halten: „Pacta dant legem contrahentibus," zu welchem die Doctrin die Erläuteruug macht, daß, wenn es ſich nicht bloß um perſönliche Leiſtungen handelt, der Vertrag auch für die Erben bindend iſt. Wir wollen dieſe Sätze der Vertragslehre auf die pragmatiſche Sanction anwenden. Wo ſind die hiſtoriſchen Stände, die damals contrahirt haben? Hat ſie die Revolution nicht vernichtet? und wenn ſie ſie nicht vernichtet hat, ſo mögen die hiſtoriſchen Stände mit der Dynaſtie den Geſammtſtaat Oeſterreich aufrecht erhalten. Vergeſſen wir aber nicht, daß ein Dritter dazukam, daß der Vertrag dadurch eine ganz andere Geſtaltung erhielt, daß das Volk hinzutrat, das den Vertrag nicht geſchloſſen hat. Freilich werden Sie ſagen, die Stände vertreten das Volk. Da habe ich aber einen hohen Gewährsmann für Dasjenige, was Stände und was hiſtoriſche Stände vertreten. Als der König von Preußen im Jahre 1846 den berathenden Landtag in Berlin im weißen Saale eröffnete, welcher Landtag ein ſtändiſcher war, ſagte er zu der Verſammlung: „Meine Herren! Die Stände vertreten ſich ſelbſt," und das iſt der Begriff der Stände. Ein Stand ver=

tritt immer *nur ſich* in dem Volke, nicht das Volk. Das iſt die Kritik der ſtändiſchen Verfaſſung. Darum bin ich auch nicht für den tiers état, wie ich denn überhaupt für keinen Etat bin, und wenn Sie mir fünfzehn Etats machen wollen. Ich bin für das ganze Volk. Gehen wir auf das Vertragsband zurück, ſo ſteht die Geſchichte ſo, daß die Stände ſich zu etwas verpflichtet haben, was ſie nachgerade nicht mehr erfüllen können, und da ſteht ein anderer Rechtsſatz: ad impossibile non datur obligatio. Weil ich aber auf dem rechtshiſtoriſchen Boden ſtehe, ſo will ich auch darauf bleiben, und nun frage ich alle Redner, die für die pragmatiſche Sanction auftraten, warum ſie denn bei dieſer pragmatiſchen Sanction ſtehen bleiben? Iſt denn die Geſchichte durch die pragmatiſche Sanction mit Brettern verſchlagen? Gibt es nichts vor ihr? Gab es nicht eine Schlacht am weißen Berge, welche die böhmiſche Freiheit vernichtete? Gab es nicht eine Summe von ſelbſtſtändigen ſtändiſchen Provinzial-Verfaſſungen in ganz Oeſterreich, die auf ſehr freiheitliche Grundlagen gebaut waren? Und nun komme ich auf die Geſchichte des Hauſes Habsburg. Dieſe Geſchichte iſt nicht Anderes, als die Vernichtung der Provinzial-Verfaſſungen jener Länder, die Oeſterreich conſtituirten mit ihrer relativen Unabhängigkeit. Es gelang ihm dieß mit Ausnahme von Ungarn überall. Man hat erſt in der neueren Zeit die letzten Riſſe der freien Verfaſſungen in Oeſterreich zertrümmert, und nach dem kurzen Aufklärungstraume der Joſephiniſchen Periode wußte der große Despot Franz I., „der Gütige," die ganze Politik Oeſterreich's in die geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei des Fürſten Metternich hineinzuleiten, in jenes Organ der Politik, wo *Haus* und *Hof* der einzige Zweck waren, wofür die *Staats*kräfte ſich zu verbluten hatten. Das war das Symboliſche der Bezeichnung Haus-, Hof- und Staatskanzlei. (Vielſtimmiges Bravo!) Sie ſehen alſo, meine Herren, daß, Sie mögen die hiſtoriſche Nothwendigkeit von welcher Seite auch betrachten, ſie immer ein Dogma bleibt, das keinen vernünftigen und objectiven Grund hat. — Man hat aber auch eine andere Seite der hiſtoriſchen Nothwendigkeit herausgekehrt, und ſie wurde uns in dieſen Tagen des Breiteren auseinandergeſetzt. An die hiſtoriſche Nothwendigkeit appelliren die *verletzten Intereſſen*. — Ja, meine Herren, die kleinen Intereſſen ſind der Katzenjammer nach dem Rauſche großer Revolutionen, und dieſer Katzenjammer wurde Ihnen in der Broſchüre eines öſterreichiſchen Abgeordneten kürzlich auch gedruckt vorgelegt. Es iſt, ich wiederhole es, dieſe Schrift ein gedruckter Katzenjammer der verletzten kleinen Intereſſen. (Unruhe in der Verſammlung.) Ich will auf die einzelnen Uebelkeiten dieſes Katzenjammers etwas näher eingehen. (Mehrere Stimmen: Oh nicht!)

Vicepräſident Simſon: Ich glaube nicht, daß die Ausmalung dieſes Bildes der Sache förderlich iſt.

Berger: Ich werde die Sache ausmalen, nicht das Bild. Dieſe kleinen Intereſſen ſind zunächſt die der Dynaſtie, und was ich von dieſer halte, habe ich ſchon früher geſagt. Ich will mich hier, Angeſichts der Ereigniſſe und der hingeſchleuderten Manifeſte von Olmütz, nicht in nähere Auseinanderſetzungen einlaſſen, denn ich könnte bittere Worte, und dem Herrn Beda Weber eine Definition der Camarilla geben, die er freilich noch nicht hatte. Aber das kleine Intereſſe iſt ferner die übermüthige Ariſtokratie, die ſich durch die Revolution zu Boden geſchmettert ſah, es iſt das Beamtenheer, das es in Oeſterreich ſo bequem hatte, es iſt die Armee, die das Parlament der Despotie war; das iſt der Clerus, dem ſehr behäbig in Oeſterreich gebettet war; für dieſe Intereſſen würde es freilich weit bequemer ſein, in den alten Abſolutismus zurückzukehren. (Bravo!) Es gab ſehr weiſe Männer, welche ſchon das Gras in den Straßen von Wien wachſen hörten, weil ſie eine höhere Anſchauung der mitteleuropäiſchen Politik nicht begreifen: es gab Leute, die noch neuerlich für die Staatsſchulden Oeſterreich's ſchwärmten; es wäre ihnen gewiß unangenehm, wenn ihre Coupons, wenn ſie fällig ſind, nicht gleich bezahlt würden. Aber der Abgeordnete Giskra hat auseindergeſetzt, daß die Zerſplitterung der Menarchie in den einzelnen Staaten die Staatsſchuld auf eine Baſis ſtellte, wodurch allen Staatsgläubigern ihre volle Befriedigung gewährt wird. Leider hat man vielleicht dieſen Zeitpunkt leichtſinnigerweiſe verſtreichen laſſen. Dadurch verſchwindet auch meine Furcht vor dem Schickſal der Nationalbank, die auch nichts Anderes iſt, als ein theilweiſer Ausdruck der öſterreichiſchen Staatsſchuld, und damit komme ich auf den conſtructiven Theil meiner Darſtellung, nämlich jenen Theil, worin ich Ihnen nur in den allgemeinſten Umriſſen andeuten will, daß, wenn auch das deutſche Oeſterreich in den Bundesſtaat Deutſchland's aufgeht, hierdurch die mitteleuropäiſchen Intereſſen, und alle jene Intereſſen, die Oeſterreich zu vertreten hätte, nicht im Mindeſten gefährdet ſein würden. Ich habe ſchon im April dieſes Jahres, als es ſich um die Parlamentswahlen nach Frankfurt handelte, die Frage über den Bundesſtaat und Staatenbund in Oeſterreich in zahlreichen Aufſätzen verhandelt. Damals war mir bereits klar, daß das öſterreichiſche Deutſchtand in den deutſchen Bundesſtaat eingefügt werden und nebenbei der Staatenbund in Oeſterreich beſtehen könne. Aber Das wurde mir niemals klar, wie man von innigem Anſchluß an Deutſch-Oeſterreich ſprechen und dabei zugleich eine Realunion in Oeſterreich verfolgen kann. Der innige Anſchluß iſt eine leere Phraſe. Erörtern Sie ſeinen Inhalt, ſo beſteht er darin, daß das deutſche Oeſterreich gewiſſe Inſtitutionen mit dem übrigen Deutſch-

land gemeinſchaftlich haben müßte. In dem Staatenbunde müſſen gerade jene Inſtitutionen gemeinſchaftlich ſein, die auch in der öſterreichiſchen Realunion gemeinſchaftlich ſein müßten, und man hat ſchon früher geſagt, dieß hieße auf zwei Achſeln tragen. Entweder — Oder. Entweder gehören wir in den deutſchen Bundesſtaat, oder wir gehören nicht einmal in den deutſchen Staatenbund, wenn die Realunion der öſterreichiſchen Monarchie fortbeſtehen ſoll. (Mehrere Stimmen: Sehr richtig.) Herr v. Vinke hat uns zwar ſehr freundſchaftlich eingeladen, daß, wenn Sie Ihr Urtheil über die hochwichtige Frage werden gefällt haben, wir Oeſterreicher noch hier bleiben können, bis Sie das deutſche Staatskindlein in der Paulskirche werden zu Tage gebracht haben. Meine Herren! Ich glaube, daß dieſer freundſchaftliche Pathendienſt für uns nur entwürdigend wäre. (Stimmen: Gewiß!) Ich glaube an ein großes, mitteleuropäiſches Staatenſyſtem, wenn ich auch nicht für die öſtliche Schweizerfamilie ſchwärme; ich glaube, daß ſich aus dem zertrümmerten Polen, daß aus Ungarn, daß aus den ſüdſlaviſchen Reichen, wohin ſich allerdings die Politik unſerer Centralgewalt energiſch erſtrecken ſollte, daß daraus ſelbſt ein mitteleuropäiſches Föderativſyſtem geſchaffen werden müſſe; die Dynaſtie, wenn ſie es nicht verträglich hält, über das deutſche Oeſterreich zu herrſchen, ſie hätte dort eine große Miſſion für ihre monarchiſche Bethätigung. Dieſe ſüdſlaviſchen und romaniſchen Reiche müſſen in einen großen Staatenbund vereinigt werden, und der Knoten dieſes Staatenbundes wäre Wien. Und wenn Sie dieſen Staatenbund erbaut haben werden, dann dürfen Sie ſich nicht mehr darum kümmern, daß wir die deutſche Cultur nur in der dürftigen Weiſe nach Oſten verpflanzen ſollten, wie es uns der Metternich=Sedlnitzky'ſche Culturſtaat geſtattete. Meine Herren! Dann werden Sie die Propaganda der Revolution, ich ſpreche dieſes Wort aus, es iſt das ſchönſte, das es gibt (Gelächter), die Propaganda der Freiheit und der Humanität nach dem Oſten tragen, dann wird die deutſche Donau nicht verſanden, und in Wien wird das Gras nicht wachſen, wenn es die Hauptſtadt des großen mitteleuropäiſchen Staatenſyſtemes iſt. (Lebhaftes Bravo.)

Rede des Abgeordneten Groß von Prag
in der Sitzung vom 26. October 1848.

Meine Herren! Ich kann mit dem Redner, *) der eben die Tribüne verlaſſen hat, mich in ſeinem Hauptgrundſatze nicht einverſtanden erklären. Er äußerte ſich nämlich dahin: „wenn er wüßte, daß Oeſterreich in ſeinem Geſammtbeſtande erhalten werden könne, er dann nie und nimmer von einem Anſchluß an Deutſchland würde hören wollen.“ Ich bin der gerade entgegengeſetzten Meinung; ich ſtimme deßhalb für pure Annahme der §§ 2 und 3, weil ich Oeſterreich erhalten wiſſen will im Intereſſe Deutſchland's, im Intereſſe Oeſterreich's ſelbſt, weil ich die deutſche Einheit durchgeführt wiſſen will. (Stimmen: Laut!) Ich ſage, ich ſtimme deßhalb für Annahme der §§ 2 und 3, weil ich Oeſterreich erhalten wiſſen will im Intereſſe Deutſchland's und Oeſterreich's ſelbſt. Ich erlaube mir, dieß vor Allem durchzuführen. Ich will Oeſterreich erhalten wiſſen, aber nicht zuſammengehalten mit eiſerner Fauſt. Ich will nicht, daß der Reif, den der Abſolutismus um die widerſtrebenden Elemente Oeſterreich's geſpannt hat und den das Jahr 1848 gewaltſam ſprengte, in der neueſten Zeit wiederum ſtraffer angezogen werde. Meine Herren! Wenn man den Blick auf die einzelnen Theile der öſterreichiſchen Monarchie richtet, ſo wird es wohl klar, daß nicht Gewalt die Beſtandtheile derſelben zuſammenhalten kann. Sie alle kennen wahrſcheinlich das in neueſter Zeit vom Kaiſer von Oeſterreich an die Lombarden erlaſſene Manifeſt, worin er ihnen nationale Reorganiſation, abgeſonderte Vertretung und die Verbindung mit Oeſterreich unter einem Vicekönig zuſagt. Daß Galizien eine nationale Reorganiſation und eine abgeſonderte Verwaltung von Oeſterreich bekommen werde, darüber haben auch in Oeſterreich Staatsmänner, die das allgemeine Vertrauen genießen, ſich ausgeſprochen, und gewiß wird Manchem aus Ihnen Galizien als das Land erſcheinen, was dereinſt als der Kern eines neuen Staates ein freies regenerirtes Polenreich anbahnen ſoll, das befreundet mit Deutſchland, verbündet oder verbunden mit Oeſterreich iſt. Ungarn, meine Herren, werden Sie gewiß nicht in ein Abhängigkeitsverhältniß zu Oeſterreich bringen wollen; die Croaten und Slavonier werden nie in dem Verhältniß gehalten werden können, in dem ſie bisher zu Ungarn geſtanden; trotz hiſtoriſchen Verträgen, trotz dem, daß man Croatien und Slavonien als Kronlande von Ungarn betrachtet hat, werden Sie nie die Kluft ausgleichen, die die Neuzeit zwiſchen Croatien und Slavonien einerſeits und Ungarn andererſeits geriſſen hat. Ich

*) Mareck von Gratz.

will aber nicht, daß dieſe Staaten gänzlich von einander geſondert werden ſollen. Nichts bindet die einzelnen Länder feſter, als die materiellen Intereſſen. Die materiellen Intereſſen der einzelnen öſterreichiſchen Provinzen aber führen ſie zu einander; denn vereinzelt fällt jede Provinz der Monarchie den unfreundlichen Nachbarn auf dieſer oder jener Seite in die Hände. Weil ich eine freie Verbindung, baſirt auf Selbſtconſtituirung der einzelnen Staaten, für Oeſterreich will, will ich ſie durch § 3 angebahnt wiſſen. Wenn der Herr Staatsſecretär v. Würth ſich dahin geäußert hat, daß die Perſonalunion das allerletzte, geringſte Band ſei, was zwiſchen zwei Staaten beſtehen könne, dann muß ich geſtehen, daß ich in der monarchiſchen Staatsform doch das Verhältniß zu dem Staatsoberhaupte nicht für das letzte, nicht für das geringſte anſehen. Es nimmt mich um ſo mehr Wunder, daß gerade Herr v. Würth dieſe Meinung ausſprach, indem er ſehr wenig an die Pietät und Anhänglichkeit der öſtereichiſchen Völkerſtämme an das angeſtammte Herrſcherhaus zu glauben ſcheint. Ich halte die Perſonalunion nicht für ein ſo loſes Band, und wenn Herr Würth weiter erklärte, das Band der Perſonalunion könnte wohl halten zwiſchen Schweden und Norwegen, einem Staate, der ganz außerhalb der politiſchen Bewegung Europa's liege, ſo muß ich wiederum geſtehen, daß ich mich darüber wundere, da ſeit beinahe drei Jahrhunderten keine größere europäiſche Bewegung ſtattfand, an der nicht gerade Schweden mitbetheiligt war. Meine Herren, Oeſterreich, das haben ja alle Redner zugegeben, die Zuſätze zu § 2 und 3 beantragen, oder alle Redner, die das Minoritätserachten des Herrn Mühlfeld vertheidigen, Oeſterreich iſt gegenwärtig in einem Zuſtande der Unſicherheit nach Außen und der Unſicherheit und Zerriſſenheit im Innern. Wollen Sie nun von dieſem Staate, der im Innern zerriſſen iſt, der aus ſo vielen Wunden blutet, fordern, daß er ſich aus eigener Kraft neu geſtalte? Wollen Sie ihm gar keinen feſten Punkt von Außen geben, gar keine feſte Vermittelung anweiſen? Dieſe Vermittlung kann Oeſterreich nur in Deutſchland finden, nur auf Deutſchland ruht die natürlichſte, ſicherſte Intervention für Oeſterreich. Deßhalb will ich durch den § 3 eine Neugeſtaltung Oeſterreich's durch Deutſchland angebahnt wiſſen. Ich muß mich aber entſchieden gegen ein bloßes völkerrechtliches Verhältniß zwiſchen Deutſch-Oeſterreich und Deutſchland erklären. Meine Herren, wenn auch Herr Mühlfeld geltend machte, daß in ſeinem Amendement ebenfalls auf die Macht und Einheit Deutſchlands hingedeutet werde, ſo möchte ich doch erinnern, daß ebenſo von einem völkerrechtlichen Verhältniſſe zwiſchen Deutſchland und Nordamerika die Rede war, und man dieß doch von dieſer Tribüne nicht anempfohlen hat zum Nachtheile der Macht und Einheit Deutſchland's. Ich will aber die Aufnahme Deutſch-Oeſterreichs in Deutſchland auch

im Intereſſe der deutſchen Nation in den deutſch-öſterreichiſchen Landen. Meine Herren! Länger als 30 Jahre waren die deutſch-öſterreichiſchen Länder und ganz Oeſterreich abgeſchnitten von dem deutſchen Geſammtvaterlande. An den Grenzen unſerer Heimath erhoben ſich die Schranken nicht bloß für den commerciellen, ſondern auch für den geiſtigen Verkehr. Die väterliche Regierung wollte den beſchränkten Unterthanenverſtand bewahren vor dem Gifte der ausländiſchen Bildung, denn Deutſchland war ja Ausland für uns. Wundern Sie ſich nicht, meine Herren, wenn nicht früher in dieſen Ländertheilen Sympathieen für Deutſchland, für ſein-Einheit und Größe exiſtirten. Es gab nur Wenige, die die Hoffnung auf das große deutſche Vaterland nährten, und es waren, ich möchte ſagen, nur Auserwählte, die dieſe Sympathieen im Herzen trugen. Die Sympathie für Deutſchland war nicht ſo groß im Volke, und ich geſtehe, ſie iſt es ſeit ſechs Monaten auch noch nicht geworden. Iſt das aber zu verwundern? Meine Herren, kann eine Idee ſo ſchnell durch ein Volk dringen, das man gewaltſam von der politiſchen Bildung abſchnitt? Wollen Sie jetzt, nachdem das Jahr 1848 die Schranken niedergeriſſen hat, die Schranken wieder aufrichten, uns wieder ausſcheiden von der deutſchen Bildung und der deutſchen Freiheit? Erlauben Sie mir, daß ich einen Blick auf die Provinz werfe, zu deren Vertretern ich hier zu gehören die Ehre habe. Die deutſche Bevölkerung Böhmens beträgt nur zwei Fünftheile der geſammten Bevölkernug. Die letzte Zeit hindurch war der alte Nationalhaß, der wohl früher nach blutigen Kriegen die beiden Nationen trennte, ſo ziemlich verſchwunden, von einem Haß zwiſchen Deutſchen und Czechen war nicht mehr die Rede, wie alle aus Böhmen anweſende Abgeordnete bezeugen können. Die beiden Nationen verbrüderten ſich und vermengten ſich mit einander, ſo daß Sie jetzt die Deutſchen von den Czechen nicht mehr ſtrenge ſondern können. Die czechiſche Bewegung, deren Element von Außen hereingebracht iſt, war Anfangs nur eine literariſche, wenn ich ſo ſagen darf, ſie beſchränkte ſich nur auf die ſlaviſche Cultur des Volkes. Erſt das Jahr 1848 und namentlich die Frage: „gehört Böhmen noch zu Deutſchland, gehört es zu dem neuen Deutſchland, oder nicht?“ dieſe Frage machte die Nationalfrage in Böhmen auch zur politiſchen, und dieß erſt bewirkte die Spaltung. Von dieſem Zeitpunkte an ſtanden ſich die Nationen feindlich gegenüber. Der Fünfziger-Ausſchuß lud Palacky ein, als Vertreter Böhmens hier ſeinen Sitz zu nehmen. Sie Alle kennen die Antwort, welche Palacky erfolgen ließ. Jener Brief iſt ein hiſtoriſches Actenſtück geworden in der Geſchichte Böhmens und Oeſterreich's. Es ſind auf dieſer Tribüne bisher noch keine Gründe geltend gemacht worden gegen die Incorporirung der deutſch-öſterreichiſchen Lande in Deutſchland, die nicht ſchon in jenem Brief enthalten oder ange-

deutet wären. Palacky ſpricht in jenem Brief kein Wort von den Czechen oder Slaven, er iſt ganz öſterreichiſch, er will nur das große Oeſterreich erhalten; aber zwiſchen den Zeilen kann man die Politik der Slaven leſen. Man hat in neueſter Zeit in Oeſterreich das Princip der Gleichberechtigung beider Nationalitäten aufgeſtellt und, meine Herren! Ich kann Sie verſichern, Niemanden wird es ernſter um die Aufrechthaltung dieſes Principes zu thun ſein, als den Deutſchen in Böhmen. Aber ich muß Sie darauf aufmerkſam machen, daß die Slaven dieſes Princip anders deuten, als wir es verſtehen und im § 47 der Grundrechte, wie durch den Beſchluß vom 30. Mai ausgeſprochen haben; ſie ſagen: „in Oeſterreich haben die Slaven die Majorität, es iſt die Gleichſtellnng der Nationalitäten garantirt; da nun die Slaven der Kopfzahl nach der größere Theil ſind, ſo gehört ihnen auch der größere Theil an dieſer Gleichberechtigung." Das ſcheint mir nun ein Ausfluß der ſlaviſchen Politik zu ſein. So lange ſich die Gleichberechtigung der Slaven darin geltend macht, daß ſie die Anwendung der Volksſprache in Kirche und Schule, im Gerichtsverfahren, kurz in Beziehung auf innere Inſtitutionen beanſpruchen, ſo lange werde ich dieſes Princip vertheidigen; wenn man aber dieſem Princip eine weitere Ausdehnung gibt in einem deutſchen Staate, ſo muß ich mich dagegen erklären. Dieß iſt namentlich in Beziehung auf Böhmen der Fall. Für die Deutſchen in Böhmen nehme ich das Recht in Anſpruch, daß ſie zum großen deutſchen Vaterlande gehören. Ich ſehe davon ab, daß Handel, Gewerbe, Bildung in Böhmen rein-deutſch ſind, daß der bemittelte Bürgerſtand ein deutſcher iſt; aber ich kann nicht zugeben, daß man die Deutſchen ſowohl in meiner ſpeciellen Heimath, als auch in den übrigen Provinzen von Deutſchland nur deßhalb abſchließen will, weil man nur auf dieſem Wege die Geſammtmonarchie zu erhalten hofft. Ich werde kurz ſein. Ich fordere die Aufnahme der deutſch-öſterreichiſchen Länder in Deutſchland ferner auch im Intereſſe der Freiheit; ich will nicht, daß nur für unſere Heimath die Revolution ſpurlos vorübergegangen ſei, und ich glaube, die Freiheit des Jahres 1848 wird uns ſicherer garantirt im Vereine mit 32 Millionen freien Deutſchen, als mit 17 Millionen Slaven. Mag es Herr Beda Weber auch übel nehmen, daß man die Croaten hier auf dieſer Tribüne Horden genannt hat; ich muß dennoch von ihnen behaupten, daß ſie die Freiheit nicht ſo verſtehen, wie wir Deutſche ſie verſtanden wiſſen wollen. Im Intereſſe der Freiheit will ich, daß die öſterreichiſche Regierung eine deutſche werde; denn bisher hat mir die Art, wie man in gewiſſen höhern Kreiſen Oeſterreich's den Conſtitutionalismus verſteht, und die Art der väterlichen Proclamationen, die mich ganz an die alte Obervormundſchaft erinnern, nicht bewieſen, daß unſere Freiheit ſo ſicher garantirt ſei unter

dem Scepter Oeſterreich's, wenn die Regierung auch den Namen einer conſtitutionellen führt. Auch im Intereſſe der Humanität will ich den Anſchluß Deutſch=Oeſterreich's. Es iſt dieß Princip hier ſchon geltend gemacht worden und zwar im entgegengeſetzten Sinne. Man ſagte, Oeſterreich ſolle den Uebergang deutſcher Cultur und Geſittung für den Orient vermitteln. Ich erkenne dieſen Beruf vollſtändig an und auch aus dieſem Grunde ehre ich den Wunſch, daß Oeſterreich erhalten werde; aber ſoll denn das das Mittel dazu ſein, der deutſchen Bildung den Weg nach dem Orient zu öffnen, wenn ſie die deutſch=öſterreichiſchen Provinzen von Deutſchland abſperren, wenn Sie, um den Strom dorthin zu leiten, die Quelle verſtopfen wollen, aus der jener kommt? Es wurde hierbei unſeres ſpeciellen Vaterlandes gedacht, ich füge nur hinzu: laſſen Sie den Strom erſt durch die Länder gehen, dann wird er ſicher ſich verbreiten, aber gewiß nicht dann, wenn Sie die Schranken wieder aufbauen, die im Jahre 1848 glücklicherweiſe niedergeſtürzt wurden. Die Slaven machen unter andern auch geltend, Oeſterreich müſſe erhalten werden, um gegen den Oſten als Vormauer für Deutſchland zu dienen. Meine Herren! Ich kann dieſer Vormauer=Politik nicht huldigen. Es iſt das ein alter Plan der Slaven, hinter dem etwas Anderes zu ſuchen ſein dürfte, als bloßen Schutz für Deutſchland, denn uns Deutſche in Oeſterreich wollen ſie wahrſcheinlich aus Wohlthätigkeitsſinn als Material für dieſe Vormauer verwenden. Ich bin der Anſicht, ein freies, kräftiges Volk iſt ſich ſelbſt die beſte Mauer gegen den Feind, der von Außen droht. Wenn ich nun ſagte, daß ich im Intereſſe der Humanität ſo ſtimme, ſo kann ich mich doch mit einem Redner aus der Rheinprovinz, welcher dieſes Vordringen der deutſchen Cultur ſo weit ausgedehnt ſehen wollte, daß das lateiniſche Kreuz auf der Sophienmoſchee in Stambul ſtatt des griechiſchen prangen ſolle, nicht einverſtanden erklären, denn ich will das Vordringen deutſcher Bildung nach dem Oſten im Intereſſe des großen Princips der Humanität, aber nicht im Intereſſe des lateiniſchen Ritus; wenn der Redner jedoch meint, es ſei zu befürchten, daß mit dem griechiſchen Ritus vom Norden aus auch ruſſiſche Inſtitutionen dahin kommen könnten, ſo bin ich allerdings vollkommen mit ihm einverſtanden. Meine Herren! Haben Sie den Muth, § 2 und 3 ohne Beſchränkung und ohne Aufſchub anzunehmen, hüten Sie ſich vor allem Andern vor dem beliebten Grundſatze des Abwartens. „Abwarten" war das Loſungswort der öſterreichiſchen Politik, „abwarten" war der ſchwarzgelbe Faden, welcher ſich durch das ganze Syſtem des ſogenannten Friedensfürſten von Europa zog. (Bravo.) Beſchließen Sie, meine Herren! ohne Zögern die §§ 2 und 3, denn wenn Sie muthig beſchließen, dann ſteht hinter Ihnen das ganze deutſche Volk, wenn Sie aber zaudern, dann dürften Sie das Vertrauen

noch mehr erſchüttern, welches ohnehin ſchon wankend geworden iſt. Wenn Sie glauben, daß die deutſche Einheit noch möglich ſei, ſo ſchaffen Sie dieſelbe durch Ihren entſchiedenen Beſchluß; halten Sie dieß aber in der That nicht für möglich in der jetzigen Zeit, ſo denken Sie, daß die Idee der deutſchen Einheit unſterblich iſt, und daß nach uns kräftigere und muthigere Männer kommen werdeu, welche ihre Verwirklichung möglich machen werden; die Geſchichte aber wird richten über diejenigen, welche ſie das erſte Mal möglich zu machen nicht wagten. (Bravo.)

Rede des Abgeodneten Wurm von Hamburg

in der Sitzung vom 27. October 1848.

Meine Herren! Angeſichts der Folgen eines ſolchen Beſchluſſes, ich ſage Angeſichts aller denkbaren Folgen eines ſolchen Beſchluſſes rathe ich Ihnen und fordere Sie auf, für die §§ 2 und 3 zu ſtimmen, ſowie ſie vorliegen, alſo gegen alle Zuſätze und gegen alle Aenderungen derſelben. In dieſer Abſicht hat mich auch der Eindruck einer der mächtigſten Reden, die von dieſer Stelle vernommen worden, nicht irre gemacht. Sie haben geſtern nicht gewollt, daß unter dem Eindruck jener Rede weiter debattirt, und noch weniger, daß ſofort abgeſtimmt werde. Wir haben alſo Muße gehabt, in der Zwiſchenzeit die Sache weiter durchzudenken und durchzuſprechen. Mich hat Nachdenken und Berathung mit politiſchen Freunden nur in der Ueberzeugung beſtärkt, die ich heute zu begründen habe. Was die Geſchicke der öſterreichiſchen Monarchie ſein werden, ich weiß es nicht. Ich traue mir die ſichere Kenntniß der Einzelheiten, ich traue mir den Seherblick nicht zu, der in die Zukunft trägt. Aber von zwei Dingen eins: Entweder die öſterreichiſche Geſammtmonarchie fällt auseinander, oder ſie iſt lebenskräftig und lebensfähig. Unter der einen und andern Vorausſetzung frage ich mich, was ſollen wir thun mit den §§ 2 und 3? Unter der einen und andern Vorausſetzung habe ich mir geſagt, das Beſte iſt, dafür zu ſtimmen, ſowie ſie ſind, das heißt gegen alle Zuſätze und Abänderungen, und zwar aus folgenden Gründen. Zuerſt ſetze ich voraus, die öſterreichiſche Monarchie fällt auseinander, da habe ich denn vor allen Dingen den Vorwurf abzuwehren, als ob wir es wären, die mit unſerm Beſchluß die öſterreichiſche Monarchie zertrümmern könnten, oder als ob wir es wären, die einen Feuerbrand hineinſchleuderten in das vielleicht ſchon brennende Gebäude. Wenn man uns wirklich Deſſen anklagen wollte, daß dieſe Paragraphen, falls ſie von uns angenommen werden, die öſterreichiſche Monarchie zertrümmern könnten — ich weiß nicht, ob ich einer ſolchen Anſchul-

digung nicht entgegenhalten würde, was Niebuhr Denjenigen entgegen hielt, die Friedrich den Großen angeklagt haben, daß er es ſei, der die deutſche Reichsverfaſſung zertrümmert habe. „Ich habe noch nie gehört,“ ſagt Niebuhr, „daß man Demjenigen, der die Leiche begräbt, nachſagte, er ſei es, der den Mann erſchlagen habe.“ Wenn die §§ 2 und 3, oder wenn irgend welche Paragraphen die öſterreichiſche Monarchie auseinander reißen, ſo iſt ſie ſchon zerriſſen und geborſten, ſo iſt ſie unhaltbar und unrettbar verloren. Setzen wir nun voraus, daß es im Geſchick ſo beſtimmt ſei. Was dann? Dann allerdings iſt ein ſtarkes Bollwerk dahin, und unwiederbringlich dahin, ein ſtarkes Bollwerk, das Jahrhnnderte aufgerichtet haben, erſt gegen die Türken und dann gegen die Ruſſen. Wir kennen die Sendung des großen öſterreichiſchen Geſammtſtaates, wir wiſſen, weßhalb die Kaiſerkrone auf den Häuptern der habsburgiſchen Dynaſtie ſich feſtgeſetzt hatte, und als mit dem Frieden von Kutſchuk-Kainardſche die Gefahr von den Türken vorüber war, begann die Gefahr von den Ruſſen, von beiden das größere Uebel: und Oeſterreich war bis zu dem letzten Jahrzehend auf ſeinem Poſten zu finden. Wäre jemals Oeſterreich auf dieſem Poſten nicht mehr zu finden, ſo leugne ich in der That nicht die Gefahr, die große Gefahr, die alsdann entſteht; aber um ſo größer iſt die Nothwendigkeit, meine Herren, daß ein ſtarkes und einiges Deutſchland daſtehe, um die Gefahr abzuwehren, die die öſterreichiſche Geſammtmonarchie nicht mehr abwenden könnte, ein ſtarkes einiges Deutſchland, geſtärkt noch und geeinigt durch die Millionen in der öſterreichiſchen Monarchie, die zu Deutſchland gehörten, und in dieſem Augenblicke, Sie mögen ſagen, was Sie wollen, noch zu Deutſchland gehören. Wenn Sie wirklich das ſtarke und einige Deutſchland ſo hinſtellen, dann wird Deutſchland den Ruſſen die Stirne zu bieten und der übrigen Bevölkerung des jetzigen öſterreichiſchen Geſammtſtaats einen ſtarken Anhaltspunkt zu bieten im Stande ſein. — Ich komme nun zu der zweiten Vorausſetzung, derjenigen nämlich, die öſterreichiſche Monarchie ſei noch lebensfähig, das Fahrzeug ſei noch ſeefähig, das Prachtſchiff Auſtria ſei ſeefähig auch jetzt noch, ſeitdem Der nicht mehr am Steuer wacht, der ſonſt in dem Congreß der Fürſten für ſie gehandelt, für ſie gedacht. Die öſterreichiſche Monarchie ſoll alſo fortbeſtehen. Was dann? Wie, meine Herren, dann ſollten wir die Initiative ergreifen, die Initiative der Trennung der deutſchen Länder der öſterreichiſchen Monarchie? Ich kann ſie nur eine Trennung nennen; und ich nenne ſie eine Initiative der Trennung, weil ſie von uns ausgeht. Bis jetzt haben ſie Schickſal und Verfaſſung mit uns getheilt, ſie ſollen ſie künftig nicht mehr mit uns theilen, ſondern eine beſondere Verfaſſung haben, und nur durch ein Föderativband mit uns verbunden ſein. Ich hoffe, wir haben

dabei nicht an das föderative Band des erſten Pariſer Friedens uns zu erinnern, eine Erinnerung von übler Vorbedeutung. Der erſte Paragraph wird aufgehoben, wenn Sie einen derartigen zweiten einſchieben. Das Gebiet des Reiches bleibt nicht mehr daſſelbe des bisherigen deutſchen Bundes. Meine Herren! Iſt es nicht ohne Beiſpiel in der Geſchichte, daß ein großes Volk ſo viel Land und eine ſo große Bevölkerung aufopfert und darauf verzichtet ohne Schwerdtſtreich im tiefen Frieden, eine ſolche Bevölkerung, von der nicht bewieſen iſt, daß ſie nicht deutſch ſein wolle, von der wir gerade umgekehrt wiſſen, daß ſie zum großen Theile deutſch ſein will und deutſch bleiben wird. (Bravo!) Meine Herren! Iſt es nicht ohne Beiſpiel, zu präſumiren, daß ein Volk ſolche Opfer aus freien Stücken zu bringen bereit ſei? Darüber, was in dieſer Beziehung präſumirt wird, fragen Sie die preußiſchen Miniſter. Leſen Sie in den neueſten Debatten des preußiſchen Landtags nach, was der Miniſter Eichmann in Bezug auf unſere Beſchlüſſe vorausſetzt. Er erwartet als natürlich, daß wir nur eine Perſonalunion ferner wollen fortbeſtehen laſſen. Wir aber ſollten ſagen: „Nein, ſo ſtreng wollen wir nicht ſein; der preußiſche Miniſter irrt, wir werden ein anderes Verhältniß für Oeſterreich ſtatuiren?“ Statuiren wir ein ſolches für Oeſterreich, wie ſteht es dann, — um nur das Eine zu nennen, — mit Limburg? Man fragt uns, welche Macht werden wir haben, um unſeren Beſchlüſſen Folge zu geben? Ich frage dagegen, welche Macht hat man denn, um von dem öſterreichiſch Geſammtſtaate, von einer ſlaviſchen Mehrheit das Bündniß zu erzwingen, daſſelbe Bündniß, das man haben will, und wie man es haben will? (Bravo!) Aufgeben können Sie Oeſterreich. Das iſt leicht geſchehen, mit einem Hauch des Mundes können ſie es hingeben, aber ſie können den Geſammtſtaat, wie ſie es doch wünſchen, an das deutſche Intereſſe feſſeln, und ihm die Pflege des deutſchen Elementes ruhig überlaſſen? Mit wem haben Sie es zu thun? Nicht mit der Regierung allein; es bedarf einer Verhandlung zwiſchen dieſer Verſammlung und dem öſterreichiſchen Reichstag. Ich weiß gar wohl, es iſt nicht üblich im Völkerrecht, daß geſetzgebende Verſammlungen mit einander verhandeln. Doch iſt es nicht ohne Beiſpiel. Die Union Norwegens und Schwedens ward zwiſchen dem norwegiſchen Storthing und dem ſchwediſchen Reichstag vereinbart, und die Vereinbarung der Vertreter zweier freien Völker ward nur durch die Regierung publicirt. Ich ſage, Sie geben das deutſche Element auf, wenn Sie ſeine Pflege dem Geſammtſtaat überlaſſen, und es nur durch eine beſondere Bundesacte ſchützen. Sie geben es der ſlaviſchen Mehrheit des Reichstags hin. Die Erfahrung hat uns gezeigt, was in Beziehung auf das Geldausfuhrverbot, in Beziehung auf die böhmiſchen Wahlen eine Regie=

rung hat leiſten können, die einer ſolchen Mehrheit gegenüberſteht. (Hört! Hört! Sehr gut!) Und das, nachdem der Jubel bei der Wahl des Reichsverweſers die alten Sympathieen wieder geweckt hatte von einem Ende Deutſchland's bis zum andern. Worauf denn zählt man, wenn man dem Geſammtſtaat ſo willfährig ſein will, um eine ſolche Initiative ſelber zu ergreifen? Zählt man vielleicht auf die Sympathieen der Magyaren? Ich warne vor dieſem Rechnen und Bauen auf die Sympathieen, am Allermeiſten auf die Sympathieen der Magyaren. Ich muß Sie bitten, mit mir auf einige Augenblicke den Aeußerungen des berühmten Redners der Magyaren, des Herrn Koſſuth, zu folgen. Derſelbe ſagte in ſeiner Rede vom 3. Auguſt: „Wenn die öſterreichiſche Dynaſtie ſich gegen die unaufhörlichen Machinationen der Reaction eine Zukunft ſichern will, ſo muß Oeſterreich in Deutſchland unbedingt aufgehen.“ Das iſt doch wohl deutſch genug? Hören Sie weiter: „Der Reichskriegsminiſter Peucker hat dem Wiener Provincialminiſterium befohlen, am 6. Auguſt die öſterreichiſchen Farben in der Armee abzulegen, und dafür die deutſchen aufzuſtecken. Damit hört Oeſterreich auf, ein ſouveräner Staat zu ſein, kann an Ungarn keine Rechte mehr anſprechen. Sollte Doblhof dem Aufgehen Oeſterreich's in Deutſchland entgegentreten, ſo würde die öſterreichiſche Dynaſtie aus dem Reiche der europäiſchen Dynaſtieen verſchwinden, und es erübrigt dem Kaiſer und König nichts Anderes, als mit der ungariſchen Nation den Grund zur zukünftigen Exiſtenz der Dynaſtie in Ungarn zu legen.“ „Ungarn,“ ſagte Herr Koſſuth ſchon am 30. Juli, „Ungarn ſei von allen Provinzen die größte, die ungariſche Krone habe Rechtsanſprüche an Galizien und Dalmatien; mit Croatien würde man ſich vertragen. Se. Majeſtät würde dann über zwei Monarchieen herrſchen der einen ungariſchen zu Ofen, vollkommen ſouverän, in der anderen zu Wien, von Frankfurt abhängig.“ Wenn derſelbe Koſſuth ſodann erklärt, „die öſterreichiſche Monarchie, im Fall ſie gegen die Einheit Deutſchland's einen Krieg führen wollte, hätte auf Ungarn's Hilfe niemals zu rechnen,“ ſo kann man ſich über das Motiv dieſer freiwilligen Adhäſion nicht täuſchen: „Buda-Peſth würde ja, in Folge des „Aufgehens Oeſterreich's in Deutſchland,“ der eigentliche Schwerpunkt, das Centrum des Staatencomplexes.“ Nun, meine Herren, werden Sie mir verſtatten, Ihnen ins Gedächtniß zu rufen, daß und in welchem Sinn ein Deutſcher vor vielen Jahren Daſſelbe ausſprach, ein Deutſcher in dem Augenblicke, wo Deutſchland von Oeſterreich ſich abgewendet hatte? Es war Friedrich Gentz, welcher wenige Tage nach der Auflöſung des deutſchen Reichs am 4. Auguſt 1806 an Johannes Müller ſchrieb: „Er, Gentz, ſei jetzt beſchäftigt mit einem Plane zur Stiftung einer neuen öſterreichiſchen Monarchie. Wien müſſe aufhören, Reſidenz zu ſein; die deutſchen Staaten als Nebenländer,

Grenzprovinzen betrachtet; der Sitz der Regierung tief in Ungarn aufzuſchlagen; eine neue Conſtitution für dieß Land; mit Ungarn, Böhmen, Galizien, und was von Deutſchland blieb, behauptet man ſich noch gegen die Welt, wenn man will; Fiume und Trieſt müſſen um jeden Preis gerettet werden, oder wieder erobert, ſonſt hat dieſer Staat keine Waſſercommunication; alles Uebrige in größter Fülle, und die Grenzen durch Natur und einige Kunſt ſo zu befeſtigen, daß der Teufel und ſeine Legionen nicht eindringen können.“ Iſt's nicht, als wenn Koſſuth aus deutſchem Munde und im Jahre 1806 hier ſpräche? „Wenn dieß befolgt wird,“ fährt Gentz fort, und das entſpricht den magyariſchen Sympathieen, „wenn dieſes befolgt wird, ſollen Preußen und Deutſchland zeitig genug bei dieſer neuen Monarchie um Hilfe flehen.“ Das war die Anſicht eines Deutſchen im Dienſte des Kaiſers von Oeſterreich, als Deutſchland ſich von Oeſterreich abgewendet hatte. Unter ſolchen Vorausſetzungen, meine Herren, kommt man auf ſolche Entwürfe. Ich zähle auf keine Sympathieen für Deutſchland unter den Völkern der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie, ich zähle nur auf Intereſſen, und auf dieſe werde ich nachher zu reden kommen. Meine Herren! Unſere Sendung iſt, das deutſche Element in Oeſterreich zu ſtärken, ſtatt es zu ſchwächen, ſtatt es den ſlaviſchen oder magyariſchen Sympathieen hinzugeben. Wenn wir aber die öſterreichiſchen Deputirten aus unſerer Mitte entfernen, was dann, was ſollen ſie zu Hauſe ſagen? Daß ſie bei der zweiten Leſung, wenn wir den fraglichen Antrag annehmen, die Paulskirche räumen müſſen. Das iſt gewiß, daß ſie nicht mit uns, und für uns, eine Verfaſſung machen können, die Oeſterreich nicht binden ſoll, das iſt ausgemacht. Man kann es umgehen, man kann davon ſchweigen, aber man hebt die ſittliche, politiſche Nothwendigkeit nicht auf. (Mehrere Stimmen: Sehr richtig!) Nun, meine Herren, denken wir uns das Schlimmſte, denken wir uns, nicht zwar durch unſere Beſchlüſſe, aber durch Ereigniſſe und Entſchließungen des öſterreichiſchen Geſammtſtaates komme es dahin, daß die öſterreichiſchen Brüder aus unſerer Mitte ſcheiden müßten. Mir würde es ein ſo ſchwerer Tag ſein, als irgend Einem hier, aber Das weiß ich, wenn ſie uns verlaſſen, ſie würden wiederkommen. Wenn Brüder von einander gehen, ſo ſprechen ſie: Auf Wiederſehen! Sie müſſen wiederkommen, mein' ich; wir könnten es Einer ohne den Andern auf die Dauer nicht aushalten. Soll ich ſagen, meine Herren, was unter vielem Erhebenden und Ermuthigenden, neben vielem Entmuthigenden, was mir das Erhebendſte war? Es iſt das Erſcheinen, die Stimmung der öſterreichiſchen Abgeordneten in unſerer Mitte. (Bravo!) Oeſterreich, bis jetzt eine Welt für ſich, Oeſterreich, ein Buch für uns Andere mit ſieben Siegeln, Oeſterreich iſt für uns aufgeſchloſſen,

wir finden dort denſelben Pulsſchlag der Neuzeit. Oeſterreich iſt mit einem Male eingetreten durch ſeine Abgeordneten in den Kreis der deutſchen Ideen, und der deutſche Herzſchlag iſt zugleich ein öſterreichiſcher, der öſterreichiſche zugleich ein deutſcher. Ich glaube, meine Herren, und beharre dabei, ſie würden wiederkommen unter der Vorausſetzung, daß wir ſie nicht loslaſſen wollen, aber nur unter dieſer Vorausſetzung. Nur wenn wir eine ſtarke Einheit organiſiren, und wenn von unſerer Seite der ausgeſprochene Wille da iſt, ſie ſollen und werden zu uns gehören, werden ſie wiederkommen. Sollte es ſich ſo geſtalten, daß ſie uns verlaſſen müſſen, nun dann mag von dort, von Oeſterreich, das trennende Wort ausgehen, aber nicht von uns. (Von mehreren Seiten: Bravo!) Wäre die Nothwendigkeit vorhanden, Niemand könnte ſie tiefer beklagen, als ich; jetzt aber iſt wenigſtens die Nothwendigkeit nicht an uns, dieſe furchtbare Initiative zu ergreifen. Wir, ſo viel an uns iſt, wir können Deutſchland nicht theilen wollen, träte aber die Nothwendigkeit ein, — nun ſo würde Oeſterreich die Unterhandlung zu eröffnen haben; die Unterhandlung würde zu Dem führen, was nicht ausbleiben könnte, zur engeren Allianz. Die würden wir erhalten, denn ſie wäre begründet auf gegenſeitige Intereſſen; ſie würde kommen, das hat keine Noth. Warum jetzt aufgeben, was wir haben, und von Anderen nur Das fordern, was wir auf jeden Fall erhalten, auch ohne dafür ein ſo ſchweres Opfer zu bringen? Meine Herren! Der Magyar, auf deſſen Sympathie ich nicht zähle, haßt Rußland recht gründlich, er weiß, daß er verloren wäre, wenn nicht ſeine Politik an das deutſche Reich ſich anlehnte. — Meine Herren! Ich will nicht fragen, was von Oeſterreich's Geſammtmonarchie übrig bliebe, wenn ſich Italien, und in nicht ferner Zukunft, wenn das größte Unrecht der Geſchichte geſühnt ſein wird, nicht durch leere Worte, nein, durch Thaten (anhaltendes Bravo), wenn auch Galizien ſich abgelöſt hat, — aber was die Südſlaven betrifft, ſo hab' ich meine Ketzerei für mich; ich muß es bekennen, ich halte die Bewegung nicht für eine ruſſiſche, ſie ſieht mir nicht ſo aus. Jellachich ſcheint ſich mir ſehr zu bemühen für den Geſammtſtaat, ich glaube nicht, daß er das Geſchäft des Kaiſers von Rußland thut, wenn er dafür eine Lanze bricht. Ich glaube, daß man in Rußland nicht ſehr zufrieden iſt, wenn Das, was früher eine feſte Militär-Grenze war, von Bajonnetten umſtarrt, wenn es ins Treiben kommt; wenn vom Süden her ein Häuflein nach dem anderen nach Oeſterreich herüberzieht und ſich einem ſlaviſchen Feldzeichen anſchließt. Ich glaube, man macht nicht das Geſchäft des Panſlavismus, wenn man ſich ſo gebahrt, wie Jellachich thut, man denke übrigens von ihm, was man will. Und ſo mögen wir auch dort nicht ruſſiſche Sympathieen, ſondern vielmehr Inter-

eſſen, die ſich an Deutſchland lehnen, vorausſetzen. Noch einmal, meine Herren, ſollen wir die Initiative zur Trennung ergreifen? Mich gemahnt es jener Theilung der Monarchie Karl's des Großen, mich gemahnt es jenes unglückſeligen Vertrages von Verdun, deſſen tauſendjährige Wiederkehr Viele gefeiert haben, ohne zu bedenken, was er bedeutet. Dadurch, daß man meinte, es ſollen die einzelnen Theile geſondert zwar, aber durch ein Föderativband umſchlungen werden, dadurch iſt Karl's des Großen Monarchie zerbrochen. Man hatte geglaubt, das deutſche Element ſtärken zu können, und das romaniſche Element hat vorgewaltet. Abgefallen für Deutſchland, getrennt ſind für immer die Gebiete, denen die Staatsweisheit eine ewige Allianz zugedacht hatte, und es iſt für unſere Kaiſer Italien ein Irrlicht geblieben, von dem man ſich dachte, daß es in einer Beziehung zu uns ſtehen müſſe, weil es einſt zu Karl's des Großen Reich gehörte, unerachtet man darauf verzichten mußte, es einzuverleiben. — Ich komme auf Das, was der letzte Redner *) des geſtrigen Tages mit ſchönen und ſtaatsmänniſchen Worten geſchildert hat, auf die große Miſſion Deutſchland's durch Oeſterreich nach dem Oſten hin. Gewiß, meine Herren, dieſe Miſſion muß erfüllt werden, ſie iſt groß, iſt ſchwer, um ſo ſchwerer, weil Oeſterreich ſeit einem Jahrzehent, ich will es genauer präciſiren, ſeit dem Jahre 1835 vollſtändig aufgehört hat, ſeiner Miſſion zu genügen. Dort iſt der Grund erſt wieder zu gewinnen, den man in Rußland hingegeben hat. Nehmen Sie jene Verträge, auf welche Oeſterreich eingegangen iſt, jenen unglücklichen Donau-Vertrag vom 25. Juli 1840. Die Donau iſt dadurch ein Strom geworden, der ganz von Rußland dependirt. Es heißt da im zweiten Artikel: Zur freien Fahrt in den ſchiffbaren Donaumündungen ſind berechtigt die öſterreichiſchen Kauffahrer, und die jeder anderen Nation, welche das Recht hat, das ſchwarze Meer zu befahren, und welche im Frieden mit Rußland ſteht." Alſo ſelbſt die Flagge der Türkei, wenn ſie mit Oeſterreich im Frieden wäre, nicht aber mit Rußland, wäre ausgeſchloſſen. — Dann der Dardanellen-Vertrag von 1841, welcher das ſchwarze Meer zu einem ruſſiſchen Binnenſee ſtempelt, von welchem alle anderen Kriegsflaggen ausgeſchloſſen ſind, während in Sevaſtopol die ruſſiſche Kriegsflotte ſich befindet. Was die Donau noch ferner anbelangt, von der Sulinamündung will ich nicht ſprechen, aber was iſt denn geworden aus dem Kanal von Czernawoda nach Kuſtendſchi? Nichts iſt geſchehen; der ruſſiſche Einfluß iſt überall; er muß erſt wieder beſeitigt werden. Meine Herren! Es iſt die Miſſion Deutſchland's, mittelſt Oeſterreich's ſich dort wieder in den Beſitz zu ſetzen, und den Einfluß zu üben, welcher deutſche Geſittung, deutſche Art und deutſche Macht weiter tragen kann. Aber, meine Herren, wer den Zweck will, muß auch

*) Heinrich v. Gagern von Darmſtadt.

die Mittel wollen. Machen Sie Deutſchland ſtark, und es wird ſeine Miſſion erfüllen. Wie ſollen aber, wie würden wir auf den Oſten, auf die herrliche Levante, wirken können, wenn wir nicht die Macht haben, Das zu aſſimiliren, was uns gehört hat, und noch gehört? (Beifall.) Vielmehr, meine Herren, Deutſchland und die deutſch-öſterreichiſchen Lande mit Deutſchland in einer Verfaſſung geſchlungen, das iſt ein Staatskörper, der ein Gegengewicht behaupten, und eine Anziehungskraft üben wird. In einem Stück endlich bin ich vollſtändig einig mit dem letzten Redner des geſtrigen Tages. Sie ſollen nicht zögern, hat er Ihnen zugerufen, die Hand ans Werk zu legen, Sie ſollen die aufſchiebenden Anträge zurückweiſen. Darin würde ich ein großes Verderben erkennen, wenn wir jetzt nicht den Muth hätten, zu entſcheiden. In welchem Sinne zu entſcheiden iſt, darüber erinnere ich mit Vergnügen an die Aeußerung deſſelben Redners in der Darmſtädter Kammer am 24. März d. J.: „Oeſterreich," hat er damals geſagt, „Oeſterreich iſt im Begriff, ſich erſt in ſich neu zu geſtalten, das wechſelſeitige Verhältniß der verſchiedenen in ihm vereinigten Nationalitäten zu einander zu beſtimmen. Die Frage, ob und welche Gemeinſchaft unter uns beſtehen wird, iſt noch nicht gelöſt. Wir aber können bis dahin nicht die Hände in den Schooß legen. Wir müſſen voranſchreiten zur Conſtituirung Deutſchland's, Oeſterreich überlaſſend, künftig ſeine Rolle darin ſelbſt zu finden." Ich hoffe, meine Herren, es wird dabei bleiben, daß es Oeſterreich überlaſſen iſt, ſeine Rolle zu finden, daß wir nicht davon ausgehen, Oeſterreich eine Rolle anzuweiſen, die eigentlich keine Rolle iſt, daß wir alſo Oeſterreich nicht von der künftigen Verfaſſung Deutſchland's ausſchließen, es nicht auf ein anderes Verhältniß, nicht im Voraus auf eine „beſondere Bundesacte" verweiſen. (Beifall.) Endlich, meine Herren, bei Ihrer Entſcheidung mag Ihnen der Gedanke vorſchweben an das deutſche Element, den deutſchen Geiſt in Oeſterreich. Ich nenne es ein Zeichen guter Vorbedeutung, daß die Jugend überall ſich für Deutſchland erklärt hat, denn der Jugend gehört die Zukunft. Vertrauen Sie dem Geiſte der deutſchen Jugend in Oeſterreich. Ich weiß, daß die Morgenröthe, die dort aufgeſtiegen war, getrübt und gedunkelt worden iſt; ich weiß, daß nicht immer ein ſtetiges, reines und klares Licht dort geleuchtet hat. Aber der deutſche Geiſt iſt da, er iſt dort und er iſt hier unter unſeren öſterreichiſchen Brüdern. Wir haben auch an dieſer Stätte uns erſt an dem Funkenſprühen dieſes Geiſtes erfreut, des Geiſtes der deutſchen Jugend, welche dem Kaiſer die deutſche Fahne in die Hand gegeben, und zum Fürſten Metternich geſprochen hat: „Fort mußt du, deine Uhr iſt abgelaufen." (Stürmiſcher Beifall!)

Inhalt.

		Seite
Einleitung		3
Rede von Eiſenmann		16
„ „	Reitter	26
„ „	Giskra	35
„ „	Wagner	54
„ „	Schneider	62
„ „	Uhland	67
„ „	Berger	71
„ „	Groß	80
„ „	Wurm	85

Bayerische Staatsbibliothek München

Bayerische
Staatsbibliothek
München

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Eisenmann, Gottfried, 1795-1867

Neun Reden für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland

Frankfurt am M. 1848

Res/Austr. 5508 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10914668-3